DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

189 17. JAHRGANG Juni 2000 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

ÖKOSTROM VON UNTEN

In Hunderten von Regionen werben Zusammenschlüsse von Energieinitiativen, Anlagenbetreibern, Anti-Atom-Initiativen für Ökostrom, informieren, planen und setzen neue Anlagen um und sind gleichzeitig die tragende Basis für eine bundesweite Ökostromversorgung. So ein Entwurf des »Instituts für Ökologie« und der Zeitung »Ö-Punkte«, der auch vorsieht, dass überall »atomstromfreie Zonen« geschaffen werden.
In Nordrhein-Westfalen bietet das »netz NRW« erstmals einen Strompool für Betriebe an, die auf den Bezug von 100% Strom aus regenerativen Energien umstellen und durch die Kooperation mit anderen Betrieben Geld sparen wollen. Seite 3

REISE IN DIE NIEDERLANDE

Die »Vereinigten Arbeitskollektive« (VAKgroep) in Utrecht sind ein seit den 70er Jahren bestehender Zusammenhang von Wohnprojekten, Betrieben und Initiativen. Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) war Mitte März zu Gast bei einem Kongress der VAKgroep, der unter dem Titel »Solidarität statt Konkurrenz, Alternativen zur Marktwirtschaft« in Utrecht stattfand und hatte zudem die Gelegenheit, einige Projekte aus dem Zusammenhang kennenzulernen. Seite 4/5

MEDIEN

1985 entstand die einzige autonome Zeitschrift für Behindertenpolitik, »die randschau«. Schon viele Male wurde sie für tot erklärt, immer wieder wurde trotz aller Widrigkeiten weitergemacht. Eine »Abschlußausgabe« der jetzigen Redaktion signalisiert das endgültige Aus. Seite 6

KOMMUNEN

»Kommunen sind wohl die radikalste Form des gemeinsamen Wirtschaftens und des anderen Lebens. Sie können als »Vollgenossenschaften« bezeichnet werden, weil sie Leben und Arbeiten zusammenbringen, sie also den ganzen Genossen bzw. die ganze Genossin einbeziehen«, schreibt Gisela Notz in ihrem Beitrag. Vorgestellt wird das »Vorbild Niederkaufungen«, nach deren Grundsätzen rund 20 Kommunen in Deutschland leben. Die Beispiele »Schäfereigenossenschaft Finkhof« und die »Kommune Buchhagen« vervollständigen ihren Beitrag auf Seite 10/11.

ÖKOBANK

Weil drei Kreditnehmer pleite gingen, ist die Ökobank ins Trudeln geraten. Gestützt wird sie nun vom Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes der Volksbanken und Raiffeisenkassen. Das Sanierungskonzept sieht Einsparungen vor. Helmut Richter zu Strategien und Lösungsmöglichkeiten zur Überwindung der Krise um die Ökobank auf Seite 13.

www.contraste.org

Inderinnen statt Inder

Frauensolidarität jetzt

Zurzeit beherrscht die Diskussion um Inder statt oder und Kinder die deutschen Medien und lässt dabei vergessen, dass in Indien, ja in ganz Südasien Hunger und Armut für viele Menschen zum Alltag gehören. Dass die Opfer von Elend und Armut aber hauptsächlich kleine Mädchen im Alter von 1 bis 4 Jahren und junge Frauen im reproduktionsfähigen Alter sind, wurde mir erst durch die Bekanntschaft mit Amrita Rangasami deutlich, die in Neu Delhi das Institut CSAR (Centre for the Administration of Relief) leitet und über die Ursachen von Hunger in Südasien (Indien, Pakistan, Bangladesch und Sri Lanka) forscht.

Südiran, Region Behbahan: Frauen beim Zubereiten von Teig für eine Neujahrssüßigkeit (1998) Foto: Parto Teherani-Kroenner

Ricarda Buch, Berlin ● CSAR sammelt statistische Daten zu Krankheiten, Sterblichkeitsraten und Todesursachen und wertet diese getrennt nach Geschlechtern, Alter und Regionen aus. Die Ergebnisse dieser Studien zeigen, dass in Südasien mittlerweile mehr Männer als Frauen leben und dass dort – zu meinem Entsetzen – das natürliche Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern umgekippt ist: Durchschnittlich werden pro 100 weibliche etwa 105 männliche Babys geboren. Da männliche Babys und Kleinkinder aber krankheitsanfälliger sind, gleicht sich dieser geringe männliche Überschuss aus. Darüber hinaus haben Frauen eine längere Lebenserwartung und in den Industrieländern gibt es mehr Frauen als Männer. In Südasien ist das umgekehrt....

Diese Fakten haben mich so erschüttert, dass *ich Auszüge aus der* Broschüre übersetzt und mich aus Platzgründen aber lediglich auf Indien bezogen habe. Besonders getroffen hat mich die Tatsache, dass in einigen Regionen Indiens knapp 20% der weiblichen Todesfälle im reproduktionsfähigen Alter von 15 bis 29 Jahren auf Verbrennungen zurückzuführen sind. In Indien zahlt die Familie der Braut ein Brautgeld an die Familie des Bräutigams...., Mädchen und Frauen sind dadurch für ihre in Armut lebenden Eltern eine finanzielle Belastung und werden nicht nur in der Zuteilung von Lebensmitteln, sondern auch von Pflege und Fürsorge vernachlässigt. Besonders zu leiden haben Frauen in Regionen, in denen ohne ihre Mitsprache neue Bewässerungstechniken eingeführt wurden.

Forschungen über Hunger und die Ernährungssituation von Menschen in Entwicklungshilfeländern sind nicht neu. Zu wenig beachtet ist aber die Erkenntnis, dass überall auf der Welt, Frauen für die Ernährungssituation ihrer Familien zuständig sind. Das umfasst nicht nur das Herstellen und Zubereiten von Mahlzeiten, – wir essen ja schließlich kein rohes Getreide oder holen uns die Blätter von der Wiese, sondern Essen und Kochen sind ein tief verwurzelter kultureller Vorgang, der auch Eigentumsverhältnisse, z.B. am Kleinvieh oder die Verfügung über Geld zum Einkauf der Tiefkühlpizza und damit Überlebens- und Wertschätzungsmöglichkeiten von Frauen innerhalb bestimmter Gruppen sichert.

Wird durch die Einführung moderner Agrartechnologien oder fremder Lebensmittel in dieses sensible Umfeld in den ruralen Gesellschaften eingegriffen, kann das zu einer existenziellen Bedrohung für Frauen und Mädchen werden. Denn häufig erlangen sie weder einen Anspruch auf das Eigentum an diesen Techniken noch einen Zugang oder Mitsprache über die Verteilung des Ertrags. Umso wichtiger ist es, dass Frauen sich zusammenschließen, Netzwerke bilden und über die Einführung von neuen Techniken mitbestimmen. Dazu forschen Parto Teherani-Krönner und Rita Schäfer an der Humboldt-Universität und haben für CONTRASTE einen spannenden Beitrag zur Bedeutung von Frauenzusammenschlüssen für die Ernährungssicherheit mit Beispielen von ruralen Frauenkooperativen im Iran und Honduras geschrieben. Wie wichtig es ist, dass Frauen ihre Souveränität und Mitbestimmung bei Fragen der Ernährung und Landwirtschaft erhalten und ausbauen, zeigt auch das Interview hierzu mit Parto Teherani-Krönner in dieser Ausgabe.●

Seite 7 bis 9

D 8008

00.3637 275 001

Wolfgang Beywl
Bonnstr. 84

D-50321 Brühl

LANDESPRESSEKONFERERENZ IN HAMBURG:

»Wir haben *uns* missbrauchen lassen«

Weil Medien-Vertreter viel über den Kosovo-Krieg berichteten aber bisher wenig über ihre Rolle diskutierten, unternahm die Landespressekonferenz in Hamburg am 22. März des Jahres den Versuch, die Debatte nachzuholen. Haben die Medien wirklich vom Golfkrieg gelernt? Ein Jahr nach Beginn der NATO-Bombardierung auf Jugoslawien üben sich Medienvertreter in zum Teil selbstkritischer Reflexion.

Günter Frech ● Es scheint festzustehen: Den angeblichen Plan »Hufeisen« in dem Slobodan Milosevic die »ethnische Säuberung« des Kosovos begründet haben soll, hat es so nie gegeben. *Und wenn*, wurde er auf der Bonner Hardthöhe geschrieben. Zu dieser Schlussfolgerung muss man nach der Lektüre diverser Zeitungsartikel zwischen dem 20. und 25. März des Jahres kommen. Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder, noch Außenminister Joschka Fischer und schon gar nicht Verteidigungsminister Rudolf Scharping haben sich dazu geäußert. »Warum nimmt keine Journalistin, kein Journalist diese Politiker ins Kreuzverhör?« fragte ein Kollege auf der Veranstaltung der Landespressekonferenz (LPK) in Hamburg.

Neben dem Vorstand der LPK hatten die dju in der IG Medien und der DJV eingeladen. Thema: »Ein Jahr danach – die Journalisten und der Krieg. Zu den Opfern gehört auch die Wahrheit.« Darüber diskutierten *Andreas Pawlouschek* von ARD-Aktuell, *Erich Follath* vom Auslandsressort des »Spiegel«, *Thomas von Mouillard*, stellvertretender Chefredakteur der dpa, *Hermann L. Gremliza*, »Konkret«-Herausgeber, *Dieter Lutz*, Leiter des Instituts für Friedensforschung und die beiden Gewerkschafterinnen *Annegret Witt-Barthel* (DJV) und *Sigrid Meissner* (dju).

Oft gehörter Satz während des Krieges: »Zu den Opfern gehört auch die Wahrheit.« – »In anscheinend weiser Erkenntnis«, so Meissner, »wurde dieser Satz ein wenig abgeändert. Dennoch: Wie Kriege nicht ausbrechen, sondern von Menschen geführt werden, wird auch nicht die Wahrheit einfach zum Opfer.« Diejenigen, die Krieg führen, wollen nicht, dass die Menschen die Hintergründe über den Krieg erfahren und in den Medien haben sie ihre Helfershelfer. Weiter sagte Meissner, zugespitzt zeige sich in der Kriegsberichterstattung, was ansonsten im journalistischen Alltag üblich ist: Fehlende und oberflächliche Recherche, mangelnde Qualität journalistischer Arbeit, schneller Ausstoß ungeprüfter Nachrichten.

Witt-Barthel fragt, ob deutsche Soldaten »auf Grund von Halbwahrheiten und tendenziöser Berichterstattung« in den Krieg geschickt wurden. In der Legitimation des Bundeswehreinsatzes als »humanitäre Intervention« sieht die Gewerkschafterin eine Erklärung für die parteiische Berichterstattung: »Die meisten Medien haben sich in eine Moralisierung der Politik und der Angriffe einbinden lassen. Sie haben damit den beruflich ethischen Grundsatz verlassen, Distanz zu wahren und sich nicht parteilich in die Ereignisse verwickeln zu lassen.« Witt-Barthel schloss ihr Statement mit der Frage eines russischen Politikers, die dieser auf einer Tagung in Moskau Journalisten vor dem Hintergrund des Tschetschenien-Krieges stellte: »In der Kosovo-Krise haben wir erlebt, wie die westlichen Medien die öffentliche Meinung in den NATO-Ländern auf die Seite der Militäraktion gegen die Serben brachte. Können sie uns bitte erklären, wie sie das gemacht haben?«

Fortsetzung Seite 2

Peinlich: Bevölkerungskontrolle

Für eine Textpassage aus dem Expo-Schwerpunkt entschuldige ich mich – im Text über Bevölkerungspolitik wird zwar richtig die Instrumentalisierung der Bevölkerungsfrage als technisch zu lösendes »Problem« kritisiert, dann aber selbst von einer »humanen« Art der Begrenzung des Bevölkerungswachstums gesprochen. Diese »humane Art« wird nirgends definiert – es ist mir auch unklar, was das genau sein soll ... mal abgesehen davon, dass der Begriff »human« spätestens seit dem Angriff auf Jugoslawien sehr anrüchig ist. Zum zweiten bleibt auch die Forderung der Begrenzung des Bevölkerungswachstums fragwürdig. Immerhin wird nicht die Begrenzung der Bevölkerung, sondern »nur« des Wachstums gefordert, aber auch das bleibt eine Forderung, die nicht begründet ist. Bevölkerungswachstum als solches ist aber kein Problem, daher muss es auch nicht gelöst werden. Ein Problem entsteht erst dann, wenn z.B. viele Menschen in einer kapitalistischen Logik wirtschaftlich agieren. Aber dann ist auch nicht die Zahl das Problem. Das ist mir wichtig, klarzustellen. Der kritisierte Satz ist mir schlicht durchgegangen. Sorry.●

Jörg Bergstedt,
Redaktion »Umweltschutz von unten«

GRAFISCHE BETRIEBE

Wegen zu geringer Resonanz wurden die für Ende April 2000 in Berlin geplanten traditionellen »Frühlingstage« der Grafischen Betriebe abgesagt, wie uns Veranstalter Constantin Bartning mitteilte.

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

»Wir haben uns missbrauchen lassen«

»Ich bin immer wieder sehr überrascht, wie sehr wir uns haben missbrauchen lassen«, konzedierte ARD-Mann Pawlouschek. Der Zwang, für Nachrichtensendungen und eine Fülle von Sondersendungen Bilder zu liefern, habe dazu geführt, dass der Wahrheitsgehalt oft nicht ausreichend überprüft wurde. Die vielen Sondersendungen hätten oft unter einem »Mangel an Analyse« gelitten. Der Sender habe sich an der Oberfläche der Chronistenpflicht bewegt und damit ein »relativ unkritisches Forum geboten«, so der Fernsehmann. Während der täglichen NATO-Pressekonferenzen hätten zu wenig Kollegen die Gelegenheit ergriffen »hart nachzufragen« und insgesamt habe sich der Berufsstand zu spät mit Grundsätzen seines Gewerbes beschäftigt.

Auch »Spiegel«-Redakteur Follath räumt ein, dass in seiner Redaktion nicht alles zum besten lief. Doch insgesamt sei die Berichterstattung im »Spiegel« »gar nicht so übel« gewesen. Insgesamt sei er erstaunt, wie wenig Raum Kriegsgegnern in den Medien zugestanden wurde. Der dpa-Mann Mouillard will die Berichterstattung nicht »in Bausch und Bogen verurteilt« sehen. Zwar sei die Agentur hier und da Falschmeldungen der Militärs aufgesessen, doch nach »zwei oder drei Tagen« habe man sich von der Wortwahl der Militärs distanziert und auch das Wort Krieg in die Berichterstattung aufgenommen.

Friedensforscher Lutz warf den Medien vor, sie seien der »Bonner Staatsräson« gefolgt und hätten unreflektiert über den Krieg berichtet. Sein Institut habe bereits lange vor dem Krieg eine Analyse vorgelegt, die belegt, »dass es keinen Völkermord im Kosovo und damit keinen Kriegsgrund gab«. Doch dafür habe sich kein Medienmensch interessiert. Ihrer vordringlichen Pflicht, die Regierung zu kontrollieren, sind die Medien Lutz zufolge nicht nachgekommen.

»Das Bonner Triumvirat zieht unerschütterlich an einem Strang. Scharping, Schröder und Fischer wachsen über sich hinaus. Der Kosovo-Krieg hat diese Männer zusammen geschweißt. Mit Härte und unbeugsamer Festigkeit verteidigen sie den Einsatz deutscher Soldaten.« –

Diskussionsrunde mit Dieter Lutz, Sigrid Meissner, Annegret Witt-Barthel, Hermann Gremliza und Andreas Pawlouschek (v.l.n.r.) Fotos: Henning Scholz

»Ich kann über Leichen gehen, ihr könnt es nicht« – Diesen Satz soll diversen Zeitungsberichten zufolge Milosevic zu Fischer gesagt haben. Gremliza klärt auf: »Ziemlich erschrocken erinnert sich Joschka Fischer später: Milosevic sei ihm vorgekommen, wie einer, der ihm in die Augen sieht und schweigend mitteilt: Ich gehe über Leichen, und das kannst Du nicht«, so das Original-Zitat aus der »Zeit«. Weiter zitiert Gremliza – neben unzähligen anderen Zeitungen – das »Hamburger Abendblatt«: »Sie sehen«, so der Konkret-Herausgeber, »Kriege und insbesonders deutsche Kriege, kennen keine Parteien. Der Krieg kennt nur noch Deutsche, Volksgenossen. Wo es aber keine Parteien mehr gibt, gibt es keine zwei Meinungen, und wo es keine zwei Meinungen mehr gibt, gibt es keine Information, sondern Propaganda.«●

Aus: Menschen machen Medien, Zeitschrift der IG Medien Nr. 5/6

BUNTE SEITEN 2001

Unser Aufruf zur Mitarbeit an den BUNTEN SEITEN in der letzten CONTRASTE-Ausgabe verhallte ungehört. Könnte es sein, dass ein politisches Adressenverzeichnis und der »Reader der AlternativMedien« sich selbst überlebt hat? Für die Redaktion der BUNTEN SEITEN ist der bisherige Rücklauf an Adressenmeldungen, Anzeigenschaltungen, Zusatzrubriken und Zusatzinformationen nicht gerade ermutigend.

Zur Finanzierung der Herstellungskosten benötigen wir wie in den vergangenen Jahren ein Anzeigenvolumen von 20.000 DM. Durch kleinere Textbeiträge als Zusatzinfos von Projekten und Initiativen unter ihrem kostenlosen Adresseneintrag, die nicht gleich den vielfach nicht vorhandenen Werbeetat sprengen, würden wir »zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen«: Die Absicherung der Kosten und zusätzlich eine inhaltliche Bereicherung unseres »Vernetzungsmediums«.

Das ehrenamtliche Redaktionsteam in Heidelberg würde sich über eine telefonische Rückmeldung von Betrieben, Projekten oder Initiativen jedenfalls freuen und umso motivierter an der Neuerscheinung arbeiten.

Freuen würden wir uns auch über Vorbestellungen der BUNTEN SEITEN zum Vorzugspreis von 20 DM (statt 30 DM) zzgl. 4 DM Versandkosten unter der Heidelberger Redaktionsanschrift.●

BAYER: Produktion in die USA verlagert

Das Leverkusener Unternehmen Bayer produziert in den USA Chemikalien, die in Deutschland seit fast 10 Jahren verboten sind. Im texanischen Werk Baytown stellt der Konzern große Mengen Dichlordifluormethan (R12) und Trichlorfluormethan (R11) her, obwohl beide Stoffe zu den gefährlichsten FCKW gehören und die Ozon-Schicht schädigen. Seit dem Abkommen von Montreal ist die Herstellung von R11 und R12 international streng begrenzt. In Deutschland wurde die Produktion durch die FCKW-Halon-Verbotsverordnung von 1991 untersagt.

Prof. Dr. Jürgen Rochlitz, Chemiker an der FH Mannheim und Beirat der Coordination gegen BAYER-Gefahren: »Die Herstellung von R11 und R12 durch das Unternehmen Bayer ist ein ungeheuerlicher Anschlag auf Umwelt und Gesundheit. Bayer missachtet bedenkenlos die von der Chemischen Industrie selbst gesetzten Regeln des responsible care. Wie verträgt sich dieses Verhalten mit der immer wiederkehrenden Behauptung, im Ausland würden keine Stoffe produziert, die in Deutschland verboten sind?« Rochlitz war Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Mitglied der Enquete Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt.

Im aktuellen Geschäftsbericht des Konzerns heißt es: »In allen Ländern und Erdteilen gelten für Bayer die gleichen Maßstäbe«. Die Herstellung von R11 und R12 wurde bekannt, da in den USA strengere Regeln für die Offenlegung von Produktionskennzahlen gelten als in Deutschland. Die aktuellsten Daten betreffen das Jahr 1997. Das Unternehmen verweigert bislang Auskunft darüber, ob und in welchem Umfang R11 und R12 auch im laufenden Geschäftsjahr hergestellt werden und womit der Verstoß gegen die eigenen Grundsätze begründet wird.●

NEUE MEDIEN

Ökologischer Landbau in Europa

Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Die *Stiftung Ökologie und Landbau* hat mit Unterstützung der Europäischen Kommission eine Internetseite – *www.organic-europe.net* – zum ökologischen Landbau in Europa gestartet. Laut dieser Website werden zurzeit etwa 3,2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche in den EU und EFTA-Mitgliedsstaaten ökologisch bewirtschaftet. Dies entspricht einem Anteil von circa 1,9 Prozent an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche.

Spitzenreiter ist Liechtenstein, hier wurden 17 Prozent (Stand Ende 1999) ökologisch bewirtschaftet, gefolgt von Österreich mit 8,4 Prozent. In der Schweiz, in Finnland, Dänemark und Schweden sind sowohl die Flächenanteile als auch der Anteil ökologischer Betriebe in den 90er Jahren stark gestiegen. Im Unterschied dazu weisen Länder wie Deutschland, Luxemburg oder die Niederlande ein gleichförmiges Wachstum an Betrieben und Flächen auf. In Großbritannien hat 1996 die Einrichtung eines staatlichen Services für umstellungswillige LandwirtInnen und in Frankreich die Verabschiedung eines staatlichen Aktionsplanes 1997 zu einer starken Zunahme an Ökobetrieben geführt. Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren auch der Ökolandbau in den südeuropäischen Ländern: Die Beliebtheit, derer sich mediterrane Ökoprodukte in den nördlicheren Ländern erfreuen, hat die Umstellung auf Ökoanbau in Spanien, Italien und Griechenland begünstigt.

In den sechs EU-Beitrittsländern Tschechische Republik, Polen, Ungarn, Estland, Slowenien und Zypern begann der Ökolandbau überhaupt erst in den 80er Jahren und steht erst am Anfang. Nennenswert ist die tschechische Republik, in der bereits 2,6 Prozent der Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. In diesen sechs Beitrittsstaaten gibt es inzwischen Gesetze oder Gesetzesentwürfe für den ökologischen Landbau, die im Zuge des Beitritts zur EU zum Teil noch an die EU-weit geltende Verordnung 2092/91 (EG-Bio-Verordnung) angepasst werden müssen. Auf der Website sind seit März 2000 von ExpertInnen verfasste Artikel (leider nur auf englisch) und eine Adressdatenbank mit über 600 Adressen zum Ökolandbau in 25 Ländern Europas sowie weitere Hintergrundinformationen abrufbar.●

AKTION 2000

Die Monatsstatistik

Eine Monatszeitung, die aus inhaltlichen Gründen nicht für den Markt produziert werden kann, hat es nicht leicht. Die Grundkosten für monatliche Produktion sind enorm hoch. Rabatte für alternative Zeitschriften bei Unternehmen wie z.B. Deutsche Post AG gibt es natürlich auch nicht und eine Finanzierung über den Anzeigenmarkt erübrigt sich – denn unsere bescheidene Auflage ist nicht besonders attraktiv für Anzeigenkunden. Bleibt nur eines: Die Finanzierung des Zeitungsprojektes durch Vereinsmitgliedschaften, Abos und Spenden. Vorteile hat dieses Finanzkonzept allemal: Die Unabhängigkeit des Projektes. Um das Erscheinen der CONTRASTE auch weiterhin zu gewährleisten, benötigt das Projekt in diesem Jahr 10.000 DM an Mehreinnahmen durch neue Abos, Spenden und Fördermitgliedschaften. Nachfolgend unsere aktuelle Statistik:

Zwanzig Prozent der Summe, die wir in diesem Jahr benötigen, um nicht wieder rote Zahlen schreiben zu müssen sind geschafft. Im Monat Mai konnte sich eine Abonnentin dazu entscheiden, Mitglied im Förderverein der CONTRASTE zu werden:

● Helma Nastali, Berlin, (120) DM

Schön ist, zwei neue Fördermitglieder begrüßen zu dürfen:

● Jonas Kuckuk, Lilienthal (120 DM)
● Silke-Maria Homeyer, Dortmund (120 DM)

Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 280 DM an Mehreinnahmen.

Folgende Spende ging auf unserem Konto ein:

● Heinz Weinhausen, Köln (50 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 560 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 890 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Sechs Abos wurden gekündigt.

In unserer Statistik ergeben sich durch die Kündigungen Mindereinnahmen von 480 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 410 DM. Damit benötigen wir für das Jahr 2000 noch 8.959,50 DM.

Statistisch gesehen hätten wir bereits im ersten Quartal einen Mehrerlös von 2.500 DM erreichen müssen. Wenn wir den Altschuldenanteil von 5.000 DM, den wir gerne mit entschuldet hätten, rausrechnen, bleibt ein Betrag von 3.959,50 DM, der bis zum Jahresende an Mehrerlösen auf jeden Fall erreicht werden muss, damit wir zumindest keine weiteren Schulden machen müssen.

Derzeit verschulden wir uns mit jeder neuen Ausgabe immer noch um 364 DM.

50 neue Abos...

...wären notwendig (bereinigt), um das sich abzeichnende Minus aufzufangen. Wir wissen aus Erfahrung, dass unsere kleine Zeitung kaum bekannt ist und die beste Werbung ist immer noch die direkte Ansprach über begeisterte und zufriedene LeserInnen der CONTRASTE. Vielleicht könnt Ihr in Eurem Umfeld einige Leute für ein Schnupperabo gewinnen. 10 DM für ein dreimonatiges Abo zum kennenlernen sind sicher gut angelegt.

Wir verschicken auch gerne Werbeexemplare zum kostenlosen verteilen und Werbefalter. Bestellen könnt Ihr diese unter der Anschrift der Heidelberger Redaktion.

Außerdem hoffen wir auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.! dp

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Mehr Mitbestimmung statt mehr Markt

Schafft 1,2 ... viele atomstromfreie Zonen!

Zurzeit setzt alles auf den Markt – die Regierungen, die Konzerne natürlich am meisten, die Institutionen, aber auch viele Verbände und NGOs. Der liberalisierte Strommarkt macht zwar die Menschen immer mehr nur zu KonsumentInnen, die auf die tatsächlichen Abläufe keinen Einfluss mehr haben, dennoch versprechen sich Umweltverbände und Ökostromanbieter gerade von diesem neoliberalen Umbau der Gesellschaft den Atomausstieg.

Jörg Bergstedt, Redaktion Umweltschutz von unten ● Das Institut für Ökologie und die Zeitung »Ö-Punkte« haben ein Gegenmodell entwickelt. Es kann sofort starten. Sein Ziel: Überall in den Regionen atomstromfreie Zonen schaffen, regionale Öffentlichkeitsarbeit für einen Umstieg von Atom- auf Ökostrom anzetteln sowie dezentral Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften gründen, die über die Werbung, Beratung und neue regenerative Energieanlagen beraten. Ziel ist, die bundesweiten Ökostromanbieter dafür zu gewinnen, im Markt nicht eine Chance, sondern eine große Gefahr zu sehen. Dort sind die milliardenschweren Atomstromversorger der Gegner, die mit eigenen Pseudo-Öko-Angeboten KundInnen ziehen. Zudem unterliegen Ökostromanbieter der ständigen Gefahr, geschluckt zu werden – dann wäre alles Werben von ÖkostromabnehmerInnen umsonst gewesen.

Die Alternative wäre ein dezentrales Modell. Statt über die Konkurrenz im Markt verbünden sich Ökostromanbieter mit der politischen Bewegung, z.B. Energieinis oder Anti-Atom-Gruppen. Sie werden zu den AkteurInnen in den Regionen. Sie sollen langfristig auch die Entscheidungsbasis der Ökostromanbieter bilden. Dann gäbe es »Ökostrom von unten«, d.h. in den Regionen würde entschieden, wie für Ökostrom geworben und wie der Ökostrom produziert wird – will heißen: Wo welche neuen Anlagen entstehen.

Ziel ist es, durch die Umstellung von Haushalten, Betrieben, öffentlichen Einrichtungen usw. auf Ökostrom den Anteil an Atomstrom und die Macht der Atomkonzerne zu verringern. Das geht nur, wenn ...

- Die Umstellung nicht im liberalen Markt erfolgt, denn der und den ihn schaffenden Institutionen tragen wesentliche Schuld an Ausbeutung, Diskriminierung und Umweltzerstörung.
- Der dann bezogene Ökostrom auch wirklich sauber ist und von Firmen stammt, die nicht wiederum Teil der Atomkonzerne sind.
- Langfristig gesichert bleibt, dass die neuen Ökostromversorger nicht Stück für Stück auf einen halbherzigen Kurs umsteigen bzw. von den Atomkonzernen geschluckt werden.
- Das Werben um eine Umstellung auf Ökostrom verbunden wird mit widerständigen Aktionen gegen die Nutzung von Atomkraft und die dahinter stehenden Machtstrukturen.

Die Anzahl von Ökostromanbietern ist schon jetzt sehr hoch. Bislang fehlt allen die regionale Mitbestimmung mit Ausnahme derer, die schon regionale Strukturen haben (vor allem Schönau) und jetzt ihren Strom nur bundesweit vermarkten. Es wäre günstig, wenn die AnbieterInnen sich an der Idee regionaler Strom-EVGs beteiligen und überlegen, wieweit ihre Struktur sich so verändern lässt, dass die regionalen Strom-EVGs ein Mitbestimmungsrecht haben und ein ruinöser Wettbewerb im Ökostrombereich vermieden werden kann. Der visionäre und langfristige Entwurf wäre, dass in Hunderten von Regionen aktive Zusammenschlüsse von Energieinitiativen, Anlagenbetreibern, Anti-Atom-Initiativen und anderen AkteurInnen für Ökostrom werben, informieren und neue Anlagen planen/umsetzen – und diese gleichzeitig auch die tragende Basis der bundesweiten Ökostromversorgung sind. Die Ökostromversorger schaffen Gremien mit beratender Kompetenz und z.B. Vetorechten bei Veränderungen der Stromquellen usw., in denen jede Region eine Stimme hat. So würde eine mitbestimmungsorienterte Ökologie geschaffen – ein notweniger Schritt, politisch und für die Motivation von AkteurInnen, die zu Recht eine glaubwürdige Absicherung dessen fordern, für das sie sich engagieren.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Glaubwürdig agieren

Wie überall ist auch der Ökostrommarkt durchdrungen von FalschspielerInnen. Etliche Ökostromanbieter gehören zu Atomkonzernen, andere kooperieren mit ihnen. Den meisten geht es um Profit. Nur wenige achten auf glaubwürdige Organisation und Stromquellen. Besonders perfide sind viele Angebote großer Stromversorger, die den ohnehin im Netz vorhandenen Anteil an Ökostrom jetzt nur gesondert verkaufen. So holen sie mehr Gewinn aus ihrem Strom, gleichzeitig wird mit jedem/r ÖkostromkundIn der Reststrom nur dreckiger – aber keine einzige Kilowattstunde tatsächlich auf Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse umgestellt.

Als Partner für »Ökostrom von unten« kommen nur die in Frage, die auch neue regenerative Anlagen schaffen, also den Atomstrom tatsächlich mikrometerweise verdrängen – und gleichzeitig nicht selbst Atomkonzernen gehören. Selbst bei diesen wenigen sind Widersprüche erkennbar, sei es die Einspeisung von Strom aus BHKWs oder die Kooperation mit zweifelhaften Partnern bis zur Präsentation im Zusammenhang der Expo 2000.

Der beste Weg ist, für die regionalen Zusammenschlüsse eine hohe Transparenz zu schaffen, damit dort immer selbst entschieden werden kann, wer die Partner sind.

Ab sofort kann es in den Regionen losgehen. Einige Ökostromanbieter haben dem Start zugestimmt. Die Schritte in den Ökostrom-von-unten-Regionen im Überblick und am Beispiel Mittelhessen präzisiert:

Es wird eine Vorzeige-atomstromfreie-Zone ausgewählt. Die erhält Ökostrom, muss aber nicht mehr zahlen als für den normalen Strom. Das wird organisiert über einen Tauschhandel zwischen Ökostromversorger, Ö-Punkte und der atomstromfreien Zone. Diese sollte möglichst Publikumsverkehr und Anlaufstellen verbinden, die dann auch Infos bereithalten können. Gefragt sind also Umweltzentren, kulturelle Einrichtungen mit Infobüros oder Ähnliches. Dieser erste Schritt kann in den Ökostrom-von-unten-Regionen mit einem ausgewählten Gebäude sofort vollzogen werden.

Beispiel: In Mittelhessen ist die Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen seit einigen Wochen atomstromfreie Zone. Das Gebäude wird von der *Naturstrom AG*, einem der Ökostromanbieter, die Partner dieser Aktion sind, versorgt. Im Gegenwert werden die Ö-Punkte für den Ökostrom werben.

Das Gebäude wird gekennzeichnet als atomstromfreie Zone. Zudem läuft Öffentlichkeitsarbeit an: Versand von Unterlagen mit Ummeldeformular über die bestehenden Verteiler z.B. von Umweltverbänden, Energieinis, Anti-Atom-Gruppen usw. Zudem kann und soll es Veranstaltungen geben, Pressearbeit usw. Umgestellte Haushalte, öffentliche Gebäude usw. können gekennzeichnet sein. Geplant ist zudem einen Schwerpunkt »Ökostrom« in der Herbstausgabe der Ö-Punkte und der Oktoberausgabe der CONTRASTE mit einer Liste aller regionalen Zentren sowie Berichte in weiteren Zeitungen. Das heißt, es wäre gut, wenn bis zum Herbst in den Regionen die konkreten Absprachen erfolgt sind.

Beispiel: Im Herbst soll die »Kampagne« öffentlich starten. Bis dahin werden Energieinitiativen und Anti-Atom-Gruppen angesprochen und (hoffentlich) gewonnen. Für Herbst ist eine Zeitung zum Ökostrom geplant, die in Mittelhessen erscheint. Weitere atomstromfreie Zonen in Gießen, Marburg und Umgebung sollen in öffentlich genutzten Gebäuden entstehen. Für beide Städte sind Vorträge vorgesehen.

Zur Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit, der Beratung, aber auch der Diskussion um Neuanlagen in der Region kann und sollte sich ein regionaler Zusammenschluss z.B. aus Anti-Atom-Inis, Energieinis und weiteren Gruppen gründen. Idee ist eine Art Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaft, die einerseits über den Verbrauch (Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, politische Einflussnahme auf öffentliche Gebäude, Studentenwerk usw.), andererseits auch über die Erzeugung (neue regenerative Anlagen) diskutiert und ENTSCHEIDET. Letzteres ist wichtig: Die regionalen Zusammenhänge, nicht bundesweite GeldjongleurInnen, planen Neuanlagen – zusammen mit den BürgerInnen. Als Finanzebene steht hinter allem der Ökostromversorger, der den Strom abnimmt und (rechnerisch) wieder in der Region absetzt.

Beispiel: Soweit ist alles noch nicht. Aus der hoffentlich entstehenden Runde heraus sollen Neuanlagen geplant werden, z.B. Windenergie- oder Wasserkraftanlagen.

Nach Abschluss der Testfrage streben wir eine Dezentralisierung der Machtverhältnisse im Stromsektor an. Schließlich bewegt sich sonst alles im neoliberalen Markt, d.h. in der Konkurrenz mit YELLO, den Pseudo-Öko-Angeboten der großen Versorger usw. Zudem gibt es die jederzeitige Gefahr eines Aufkaufs der Ökoanbieter. Daher unser Vorschlag »Ökostrom von unten«. Die Anbieter, hier also EWS organisieren sich so um, dass die regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften die Machtbasis darstellen, d.h. ohne sie nichts geht. Dann ist neben der ökologischen auch die Machtfrage in Angriff genommen – ein Paradebeispiel von »Umweltschutz von unten«.

Beispiele: Dieser Schritt ist sicher noch ein Stück hin. Wenn er aber vollzogen ist, würde die Region Mittelhessen, d.h. die hier aktive Runde aus Energieinis, Anti-Atom-Gruppen, VerbraucherInnen, AnlagenbetreiberInnen usw. ein Stimmrecht im Entscheidungsorgan des Ökostromanbieters haben.●

Informationen zur Ökostrom-von-unten-Aktion gibt es bei den Ö-Punkten, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. (0 64 01) 90 32 83, Fax -5, oe-punkte@gmx.de.

Oekostromnetz-NRW:

Erster regenerativer Strompool

Der Wirtschaftsverband netz NRW – Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften e. V. bietet erstmals einen Strompool für Betriebe an, die auf den Bezug von 100% Strom aus regenerativen Energien umstellen und durch die Kooperation mit anderen Betrieben Geld sparen wollen.

Redaktion Heidelberg ● Die Bildung von Strompools ist derzeit in. Vielerorts bilden sich Einkaufsgemeinschaften, die durch Nachfragebündelung bei Versorgern Preisvorteile beim Strombezug aushandeln. Fast immer haben sie dabei allein den Strompreis im Blick, Art und Ort der Erzeugung spielen so gut wie keine Rolle. Das will netz NRW mit seinem neuen Produkt »oekostromnetz-NRW« ändern. Der Verband ist ein Zusammenschluss von 300 Klein- und Kleinstbetrieben (KKU), denen ökologische und soziale Verantwortung wichtig ist. Das Produkt »oekostromnetz-nrw« ist genau auf die Mitgliedsbetriebe zugeschnitten.

Partner für die Versorgung der Betriebe mit Strom ist die *Naturstrom AG* aus Düsseldorf. Sie bietet zu 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energiequellen (Photovoltaik, Windenergie, kleine Wasserkraftwerke, Biomasse, Geothermie) an. »Wesentliches Kriterium für die Auswahl unseres Stromhändlers war, dass Naturstrom die Einnahmen aus dem Stromverkauf ausschließlich in neue Erzeugungsanlagen fließen lässt und dadurch die Gesamtstruktur der Stromerzeugung umweltfreundlich verändert«, erklärt *Markus S. Wetter*, Geschäftsführer von netz NRW. »Außerdem gewährleistet Naturstrom, mit dem Grüner Strom Label in Gold zertifiziert, ein seriöses Produkt. Als Landesverband war für uns zudem interessant, dass die Energieanlagen von Naturstrom überwiegend in NRW stehen.«

Durch die Bündelung der Nachfrage kann Naturstrom den Betrieben attraktive Preisnachlassstufen einräumen. Besonderes Bonbon: auch die Mitarbeitenden der angeschlossenen Betriebe können den Tarif für ihre Privathaushalte nutzen. Es besteht zudem die Möglichkeit, dass weitere Unternehmensverbände (auch mit Betrieben außerhalb NRW), denen ökologische Verantwortung wichtig ist, sich dem »oekostromnetz-NRW« anschließen.

Nächstes Ziel des »oekostromnetz-NRW«: mit 1 Mio. kWh pro Jahr eine weitere Preisnachlassstufe erreichen! Dann wird es für alle Beteiligten nochmals günstiger. Aber es gibt auch andere Vorteile für die beteiligten Betriebe. »Für ökologisch orientierte Betriebe kann das Werben mit der Nutzung von Ökostrom durchaus einen positiven Imageeffekt haben,« weiß *Thomas von der Fecht*, der das Angebot betreut. »Wenn in Mails oder auf Produkten auf deren Erzeugung mit Ökostrom verwiesen wird, ist das für bewusste KundInnen sicherlich ein wichtiger Hinweis.«●

Nähere Informationen zum Produkt »oekostromnetz-nrw« und die Vertragsunterlagen sind zu erhalten bei: netz NRW e.V., Geschäftsstelle Köln, Thomas von der Fecht, Theodor Heuss-Str. 2, D-50668 Köln, Fon (02 21) 913 02 84, Fax 913 02 86
Email: thomas.vdfecht@netz-nrw.de.

Anzeige

TAK AÖ: REISE IN DIE NIEDERLANDE

Zu Besuch in Utrecht

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) veranstaltet viermal im Jahr Seminare zu Themen rund um Alternative Ökonomie, z.B. zu Genossenschaften, sozialen Utopien, Globalisierung, gesellschaftlichem Arbeitsvermögen, Finanzierungsinstrumenten, Altersvorsorge etc. Zu diesen Seminaren treffen sich Menschen aus Betrieben, Projekten, Initiativen, Vernetzungszusammenhängen, wissenschaftlichen Bereichen usw.

Das Hausboot de Dolaard, z.Zt. als StudentInnenwohnheim genutzt — Foto: Thomas Kalka

Elisabeth Voß, Berlin ● Am Frühlingsseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie (TAK AÖ) haben in diesem Jahr erfreulich viele »Neue«, und auch ein paar lange nicht mehr gesehene »Alte« teilgenommen. Wir waren mit insgesamt 26 Erwachsenen und 3 Kindern in den Niederlanden, bei den *Vereinigten Arbeitskollektiven* (VAKgroep) in Utrecht, einem seit den 70er Jahren bestehenden Zusammenhang von Wohnprojekten, Betrieben und Initiativen (siehe z.B. CONTRASTE Mai 1994 und Dezember 1996). Die meisten Teilnehmenden unsererseits kamen aus interessanten Wohn- oder Arbeitsprojekten oder politischen Initiativen, z.B. *Mietshäusersyndikat* (Freiburg), *Sozialistische Selbsthilfe Mühlheim* (Köln), *Cafe Ruffini* (München) und *Bündnis zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine* (Berlin), auf das ich an dieser Stelle besonders hinweisen möchte.

Grüße in den Hochsicherheitstrakt

Die drei wurden am 19.12.99 (zeitgleich mit der ergebnislosen Durchsuchung des Berliner Mehringhofs nach Waffen und Sprengstoff) verhaftet, und werden seitdem zu Hochsicherheitsbedingungen in verschiedenen westdeutschen Knästen gefangen gehalten (CONTRASTE berichtete). Ihnen wird – auf Grund von Aussagen eines Kronzeugen – die Beteiligung an verschiedenen Anschlägen der RZ in den 80er Jahren vorgeworfen. Einige Berliner TeilnehmerInnen der Reise nach Utrecht arbeiten im Solidaritätsbündnis mit. Den Kontakt zur VAKgroep in Utrecht hatte ich für den TAK AÖ hergestellt, weil ich das Projekt schon lange aus verschiedenen Vernetzungszusammenhängen kenne, denen Harald früher auch angehörte. Jetzt wartet er in seiner Zelle gespannt auf den Bericht von unserer Reise: »Das würde mich schon interessieren, wahrscheinlich aus einer Mischung von Neugier und nostalgischer Erinnerung und dem Wunsch noch ein bisschen mitzukriegen von Themen und Projekten, an denen ich mal mitgearbeitet habe.« An dieser Stelle viele liebe Grüße in den Düsseldorfer Knast, und bis gleich....

Rahmenbedingungen für Projekte in Holland

In Utrecht hatten wir die Gelegenheit, viele Projekte und Initiativen kennen zu lernen. Dabei fiel immer wieder auf, dass die Rahmenbedingungen für alternative Ökonomie in den Niederlanden (noch) deutlich andere, bessere sind als bei uns. Zum Beispiel gibt es eine Mindestrente, unabhängig von Beitragszahlungen, sodass die auch in der Szene hier zu Lande immer mehr um sich greifende und Spuren hinterlassende Angst vor Altersarmut dort nicht zu spüren ist. Auch Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen wurden bislang weitgehend in Ruhe gelassen und mit vergleichsweise großzügiger staatlicher Unterstützung versorgt. Auf diesem Boden konnten viele Projekte mit kontinuierlicher unbezahlter Arbeit entstehen, weil der Erwerbsdruck relativ gering war. Leider ändert sich dies, auch in Holland gibt es nun zunehmend Druck auf Nicht-Erwerbstätige, an Fortbildungen oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilzunehmen. Die in den letzten Jahren eingeführten unbefristeten Maßnahmen, mit deren Hilfe viele Projekte Dauerarbeitsplätze für ihre bislang unbezahlten MitarbeiterInnen einrichten konnten, sind nun leider nicht mehr möglich.

Unbezahlte Arbeit

Ein schönes Beispiel dafür ist das *Hotel Strowis*, in dem wir gewohnt haben. Es bildet zusammen mit dem soziokulturellen Zentrum *ACU* das *Vorstraat-Projekt*, welches zwar nicht Teil der *VAKgroep*, aber durch gegenseitige Hilfe und Mitarbeit eng mit dem Zusammenhang verbunden ist. Das Vorstraat-Gelände wurde 1972 besetzt und in den 90er Jahren legalisiert, nachdem die BesetzerInnen sich bereiterklärt hatten, einen Teil des Geländes zu räumen. Dadurch konnte das seit über 20 Jahren bestehende *ACU* gerettet und ein weiteres Gebäude in Selbsthilfe als Low-Budget-Hotel hergerichtet werden. Es wird von einem Kollektiv aus unbezahlten Kräften und MaßnahmeteilnehmerInnen betrieben.

Weitere Projekte auf Basis unbezahlter Arbeit (bezahlt werden nur Verwaltung und Putzen) sind z.B. die Kneipe *Averechts*, in der wir ein paar Mal ausführlich und lecker gegessen und getrunken haben, sowie das *Restaurant de Baas*, für dessen Besuch die Zeit leider nicht reichte. Beide wurden in den 70er Jahren gegründet, mit ihren Gewinnen unterstützen sie Projekte, vor allem in der »3. Welt«. Als so genanntes »Utrechter Modell« stand das Averechts Pate bei der Übernahme der Kneipe *Ex* im *Berliner Mehringhof* durch einen Zusammenschluss verschiedener Gruppen der Berliner Szene Anfang 1998.

Die Kochkünste der vegetarischen Volksküche *»Den Troog«*, Teil des Arbeits- und Aktionskollektivs *Rampenplan*, konnten wir auf dem *Solidair-Kongress* am Samstag genießen. Sie entstand in der 80er Jahren zur Versorgung der Menschen auf großen politischen Veranstaltungen (z.B. Anti-AKW) und hat auch schon viele Treffen in Deutschland bekocht. Das Essen wird zum Materialpreis abgegeben, dafür ist Mithilfe beim Schnippeln und Spülen erwünscht. Eventuelle Überschüsse fließen in die Bewegung.

Kollektivbetriebe

Drei Beispiele für Betriebe innerhalb der VAKgroep sind die Baufirma *Bouwmaat*, das Grafikbüro *Om* und das Beratungsbüro de *Verandering*. Üblicherweise haben die Betriebe in der VAKgroep keine Angestellten, sondern sind Zusammenschlüsse von selbstständig Tätigen.

Bouwmaat besteht seit 10 Jahren. Die Baubranche boomt, mittlerweile arbeiten 8 Männer im Projekt, die Hälfte von ihnen ist noch kein Jahr dabei. Es gibt keine Hierarchien, die Löhne der Kollektivisten werden (nach Jahresergebnis der Firma, Ausbildung und Erfahrung des Einzelnen) am Jahresende gemeinsam festgelegt, bezahlt werden nur die geleisteten Stunden – die meisten arbeiten in Teilzeit –, bei Krankheit gibt es 3 Monate Lohnfortzahlung. Im Jahr werden monatliche Abschläge ausgezahlt.

Das Grafikbüro *OM* wird von zwei Männern betrieben, die ebenfalls in Teilzeit arbeiten, einer von ihnen ist auch Sekretär der VAKgroep. Sie übernehmen überwiegend Aufträge für alternative Projekte und machen die Öffentlichkeitsarbeit der VAKgroep. Solipreise für Projekte mit wenig Geld sind möglich, sowie mitunter eine Mitfinanzierung aus dem Solidarfonds der VAKgroep.

Das Beratungsbüro *de Verandering* spielt eine zentrale Rolle beim Aufbau und der laufenden Unterstützung von Projekten innerhalb und außerhalb der VAKgroep. Dort arbeiten 6 Leute (davon zwei Frauen), u.a. *Paul Dijkstra* – der letzte verbliebene Projektgründer der VAKgroep, der sich viel Zeit für uns genommen hat, und *Stuart Field* – unser fürsorglicher Begleiter während des ganzen Seminars, der von *Radical Routes* (s. CONTRASTE Nr. 161, 173, 174) aus England letztes Jahr nach Utrecht umgesiedelt ist. *De Verandering* arbeitet oftmals auf Risiko, d.h. sie beraten und unterstützen Projekte kostenlos oder zu einer geringen Monatspauschale. Erst bei erfolgreicher Umsetzung des Vorhabens wird das Honorar in Form eines Prozentsatzes vom Investitionsvolumen fällig, in der Regel in Höhe von 1,5%. Bei Bedarf vergibt das Beratungsbüro Unteraufträge an ExpertInnen (z.B. ArchitektInnen).

Wohnprojekte

Die meisten und mitgliederstärksten Gruppen innerhalb der *VAK* sind die Wohnvereine. Sie sind jeweils autonome Eigentümer ihrer Häuser (mit Ausnahme des im Besitz der VAKgroep befindlichen Weglaufhauses für Menschen aus der Psychiatrie), jedoch durch die Mitgliedschaft im Zusammenhang an bestimmte Auflagen gebunden. Zum Beispiel sollen die Mieten innerhalb der Wohngruppen nach Einkommen gestaffelt werden. Bei einem Verkauf des Hauses ist ein Drittel des Verkaufgewinns an die *VAKgroep* abzuführen.

Wir konnten Wohnungen des größten Wohnvereins *Regenboog* besichtigen, zu dem 17 Häuser gehören, wozu aber angemerkt sein soll, dass die Häuser in Utrecht meist recht klein sind, und oft nur wenige Personen in ihnen leben. *Regenboog* hat sich zur besseren Überschaubarkeit und Verbindlichkeit untereinander gerade in kleinere Untereinheiten (Cluster) aufgeteilt. Wir konnten auch mit einem Mitglied des kleinsten Wohnvereins *Vin-*

Fortsetzung nächste Seite

PROJEKTBEISPIEL

Hotel Strowis, das Vorstadt-Projekt

Vor etwa fünf Jahren begann eine Gruppe Autonomer Pläne zu schmieden, wie ihr Gelände, das seit 1972 älteste besetzte Gebiet in den Niederlanden, vor dem Zugriff von Immobilienspekulanten bewahrt werden könnte.

Jost an der Rezeption des selbstverwalteten low-budget Hotel »Strowis« — Foto: Thomas Kalka

Das Hauptinteresse bestand dabei, die seit 20 Jahren etablierte Kneipe »Acu« zu retten. Nachdem es sich jedoch herausstellte, dass nur das ganze Gelände auf einmal gekauft werden hätte können, entstand die Idee, das *Acu* in Kooperation mit einem selbstverwalteten low-budget Hotel (»Strowis«) zu betreiben. Dazu sollte ein altes Haus, eine ehemalige Kindermädchenschule von 1650, zum Hotel umgebaut werden.

Als das Gelände an einen Projektentwickler verkauft wurde, konnte dieser durch Gespräche mit der Stadt Utrecht zu Verhandlungen mit den Autonomen gebracht werden. Neben der Angst vor einer Schließung des Acu bestand seitens der Gemeinde auch ein Interesse an einem preiswerten Hotel in Untrecht.

Unterstützt vom *Büro »Veränderung«* der *VAK Group* wurde ein 4 Mio. Gulden teures Konzept entwikkelt, für das eine lokale Bank als Investor gewonnen werden konnte. Für 40% des Geldes übernahm die Gemeinde Utrecht eine Bürgschaft. Die *VAK Group* (Büro Veränderung) leistete Konzept- und Finanzierungsberatung, Projektbetreuung, Verhandlungen mit der Bank und der Gemeinde. Es war überraschenderweise nicht schwierig, am Anfang über 100.000 Gulden als Startkapital als Privatdarlehen im Bereich zwischen 100 bis 10.000 Gulden pro Person zu bekommen.

Aus Solidarität zum *Acu* wichen die alten Bewohner der Häuser und Bauwagen relativ bereitwillig. Unterstützt von der Baukooperative der VAK Group, die auch die Bauleitung übernahm, arbeiteten bis zu 200 Menschen an der Sanierung und dem Umbau der Häuser. Dabei zählte die über zwei Jahre arbeitende Kerngruppe anfangs 4 und zum Ende 20 Personen, die anderen beteiligten sich zwischen 2 Wochen bis 2 Jahren. Die Arbeit wurde selbstverwaltet und unentgeltlich geleistet, motiviert durch gutes Essen und der Möglichkeit, etwas zu lernen. In der letzten Phase musste durchgearbeitet werden, da schon Reservierungen vorlagen und auch die ersten Raten an die Bank bezahlt werden mussten. Die gute Belegung ist darauf zurückzuführen, dass bereits ein halbes Jahr vor der Eröffnung Werbung gemacht und das Projekt in der Szene bekanntgemacht wurde. Außerdem wurde auch mit der Touristeninformation in Utrecht zusammengearbeitet.

Im September 1999 öffnete das »Strowis« erstmals. Es arbeiten dort momentan 25 Leute, davon werden 10 über Arbeitbeschaffungsmaßnamen (32 Std./Woche) finanziert, die anderen arbeiten freiwillig. Dabei werden die Mittel für die Arbeitsbeschaffungsmaßname vom Staat zur Verfügung gestellt, können jedoch selbstorganisiert eingesetzt werden. Das Hotel ist rund um die Uhr geöffnet.

Die freiwilligen Mitarbeiter empfinden ihre unbezahlte Arbeit nicht als Nachteil. Sie schätzen es, daß die Bezahlten sich besser auskennen. Momentan wird nur Nachtarbeit bezahlt. Monatlich finden Koordinierungstreffen statt. Das »Strowis« erwirtschaftet Überschüsse, die zur Finanzierung des *Acu* verwendet werden.

Über dem *Acu* entstand Wohnraum für 3-4 Leute und ein Büro, daß Obdachlosenarbeit macht und politisch aktive Gruppen beherbergt. Acu und Strowis sind unabhängig, kooperieren aber und bilden zusammen das Vorstadt-Projekt. Obdachlose werden auch im »Strowis« aufgenommen, dies wird jedoch von der *VAK Group* aus einem Solidaritätsfonds bezahlt. Einige Obdachlose nutzen das »Strowis« auch, um ab und zu Urlaub von ihren Obdachlosenunterkünften zu machen, den sie dann auch selbst bezahlen. Das Hotel steht allen offen, für unangenehme Gäste gibt es eine schwarze Liste. Leute ohne Ausweis werden auch aufgenommen. Dieses wird von der örtlichen Polizei geduldet, da diese die Unterstützung des »Strowis« schätzt. Es herrscht eine gute Arbeitsatmosphäre. Im Gegensatz zu anderen Hotels gibt es keine Kluft zwischen Gästen und Mitarbeitern. Viele der Arbeitenden haben durch Mitbauen und Sanieren einen starken Bezug zu dem Projekt. Im Rückblick auf die Planungs- und Sanierungszeit schlägt Jost für das nächste Projekt vor: »Mehr tun als reden. Die Ideen kommen beim Tun. Mit Reden wurde zuviel Zeit vertan.«●

Wiedergegeben nach einem Gespräch im März 2000 mit Jost vom »Strowis« von Thomas Kalka (Berlin).

FORTSETZUNG VON SEITE 4

der (Schmetterling) sprechen. An diesem ist interessant, dass vier sehr junge Menschen schon als StudentInnen ihr eigenes Haus gekauft haben, und als erste Gruppe dafür die solidarische ökonomische Unterstützung der VAKgroep in Anspruch genommen haben, weil sie allein bisher nicht in der Lage sind, das Haus zu finanzieren.

Vernetzung und Solidarität

Am Sonntag hatten wir noch die Gelegenheit, zwei weitere Projekte der VAKgroep zu besichtigen. Das *Kade-Atelier* ist eine Kunstakademie für Malerei. Dort werden Kurse angeboten, Werkbesprechungen und Unterstützung bei der Vermarktung. Das *Hausboot de Dolaard* gehört der der VAKgroep angeschlossenen Stiftung *Rogier Ochi Groep en Micha*, die auch Eigentümerin des Hauses ist, in dem sich der *Bouwmaat* befindet. Es wird zurzeit als StudentInnenwohnheim genutzt, und soll evtl. zukünftig als Erweiterung des Hotel *Strowis* dienen.

Neben den vielfältigen Eindrücken bei unseren Projektbesuchen gab es auch zwei Gesprächstermine, an denen wir gezielt unsere Fragen stellen und Einzelheiten auch zum Gesamtzusammenhang von VAKgroep/Solidair erfahren konnten. Die VAKgroep ist ein Zusammenschluss von Vereinen, ihr gehören etwa 150 Personen an, von denen aber nur die wenigsten aktiv sind. Auf der jährlichen Mitgliederversammlung werden alle Entscheidungen durch die Delegierten der Mitglieds-Projekte getroffen. Verschiedene Arbeitsgruppen, die allen Mitgliedern offen stehen, erledigen die vielfältigen Aufgaben (Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltung der gemeinsamen Gelder etc.). Der *Ana Maria Fonds* unterstützt Projekte, die mit dieser Hilfe »etwas hinzufügen an das, was die Welt im sozialen und politischen Sinne braucht, um besser zu werden.« Er ist benannt nach einer Salvadorianischen Guerillera, die 1983 von ihren eigenen Genossen ermordet wurde, zur Erinnerung daran, »dass die Alternativen, die wir schaffen wollen, nicht nur von der Gesellschaft, sondern auch von eigenen Leuten.... bedroht werden.«

Die VAkgroep existiert nun schon seit 25 Jahren, und hat in dieser Zeit immer ausgefeiltere Strukturen sozialer Ökonomie entwickelt. Dabei war es immer wichtig, nicht nur nach innen, also gegenüber den eigenen Mitgliedern solidarisch zu sein, sondern auch Gruppen zu unterstützen, die nicht zum Zusammenhang gehören. So dient z.B. das Büro der VAKgroep mit all seinen technischen Möglichkeiten auch als Ressource-Center für die politische Szene in Utrecht. Wir lernten dadurch das Projekt *Grenzeloos*/Kein Mensch ist illegal kennen, das dort sein Büro hat und Hilfestellungen in allen Lebensbereichen für Illegalisierte anbietet.

Mich freut bei meinen Besuchen in Utrecht immer wieder, dass an der Wand des VAKgroep-Büros – liebevoll gerahmt – die Plakate aus der Mappe zur Unterstützung politischer Gefangener hängen, die CONTRASTE Anfang der 90er Jahre in Kooperation mit dem ID-Archiv in Amsterdam herausgebracht hat.

Die neue Struktur solidarischer Ökonomie: Solidair

Aktuell ist die VAKgroep damit beschäftigt, sich eine neue Organisationsstruktur zu geben, die *Vereniging Solidair*. Diese wurde am 18. März mit dem Kongress »Solidarität statt Konkurrenz, Alternativen zur Marktwirtschaft« der Öffentlichkeit präsentiert, an dem wir auch teilnehmen konnten. Ein Thema, das sowohl in einer zentralen Podiumsdiskussion als auch in einem Workshop behandelt wurde, war die Frage nach möglichen Gegensätzen oder Ergänzungsmöglichkeiten zwischen Politik und Selbstverwaltung. In der Praxis gibt es (sowohl in Utrecht als auch in anderen holländischen Städten) Unterstützung und nicht unerhebliche finanzielle Mittel der Gemeinden für alternative Projekte, daher war ich etwas erstaunt über die Vehemenz der Fragestellung und den oft sehr aggressiven Diskussionsstil, dem vor allem eine grüne Abgeordnete des Utrechter Gemeinderats ausgesetzt war, die selbst zur Projekteszene gehört.

In verschiedenen Workshops wurden unterschiedliche Projekte vorgestellt und grundsätzliche Fragen diskutiert, z.B. zum Zusammenhang von Protestbewegung und Alternativszene (»KonstruktivistInnenbewegung«), zur Weltwirtschaft und zu Globaler Existenzsicherung. Unser Beitrag zur Konferenz wurde gehalten von Jürgen Feldmaier aus Freiburg in Form eines Workshops zum Mietshäusersyndikat (CONTRASTE-LeserInnen sicher bekannt). Ein Workshop befasste sich mit feministischer Ökonomie. Die Referentin für dieses Thema war ausgefallen, und unsere Teilnehmerin Carola Möller aus Köln konnte kompetent einspringen.

Frauen in der Alternativen Ökonomie

Carola stellte als Erstes fest, dass auf dem Kongress bisher nicht über die Geschlechterfrage gesprochen wurde, und benannte dann aus feministischer Sicht notwendige Umorientierungen der Ökonomie: Ein neuer Arbeitsbegriff sei erforderlich, der sich an gesellschaftlich nützlicher Arbeit orientiert; eine andere Arbeitsbewertung; eine andere Arbeitsorganisation, die von der unbezahlten Arbeit her aufgebaut ist; und Arbeitsinhalte, die uns dienen statt dem Staat und dem Kapital.

Auch die VAKgroep wurde aus dieser Sicht kritisch beleuchtet. Sie bezeichnet sich selbst als sozialistisch-feministisch. Wie schlägt sich das praktisch nieder? Das Geschlechterthema scheint es dort eher nicht zu geben, alle setzen sich gemeinsam fürs große Ganze ein. Kritisch wurde angemerkt, dass es im Projekt zwar eine Autowerkstatt gibt, aber keinen Kindergarten. Leider ist der Zusammenhang ebenso männerdominiert, wie wir es aus unseren alternativökonomischen Projekten meist auch kennen. Immerhin ist es möglich, das zu thematisieren.

Die Notwendigkeit bzw. Berechtigung von Frauengruppen wurde (v.a. von holländischen Frauen) kritisch gesehen: es gab die Befürchtung, Männer würden sich durch Frauengruppen angegriffen/bedroht fühlen, oder alle Frauenthemen und sozialen Fragen könnten auf die Frauengruppen abgeschoben werden.

Für die neue Struktur *Solidair* gab es aus dem Workshop zu feministischer Ökonomie zwei konkrete Vorschläge: Zum einen sollte geklärt werden, was wirklich unter dem Sozialen/Solidarität verstanden wird unter dem Aspekt Frauen/Männer, zum anderen sollte die Ökonomie von der unbezahlten Arbeit her neu organisiert werden. Ich bin gespannt, ob diese Diskussion dort weitergeführt wird.

Als Fortsetzung des Workshops zu feministischer Ökonomie auf dem Kongress gab es ein Frauentreffen im kleineren Kreis. In der Kürze der Zeit war es leider nicht möglich, über das Benennen von Details männlichen Dominanzverhaltens und weiblicher Verantwortlichkeit für Soziales hinaus zu kommen. Eine fundierte Erforschung der Gründe für den regelmäßigen (viel zu oft lautlosen) Rückzug von Frauen aus gemischten Zusammenhängen, sowie strategische Überlegungen und Schritte, wie das geändert werden könnte, scheinen leider hier wie dort zu fehlen.

Aufbau der Solidair

Die Solidair hat eine auf den ersten Blick etwas kompliziert erscheinende Struktur, die einerseits entwickelt wurde, um nicht mit dem Kreditwesengesetz in Konflikt zu kommen, andererseits auch die unterschiedlichen Grade an Beteiligung und Verbindlichkeit der Mitglieder ganz formal zu ermöglichen.

Die ökonomische Struktur im engeren Sinne ist die *Respons CV*. Sie tritt nicht öffentlich in Erscheinung und ist organisiert als Kommanditgesellschaft, deren Komplementär (voll haftend, aber durch Rechtsform aufs Vereinsvermögen beschränkt) der Verein *AMF Administration* ist, der die Verwaltung übernimmt. Kommanditisten (also mit ihrer Einlage haftend) sind die Vereine *Resonans* (Projekte mit fast vollständiger ökonomischer Einbindung in die Struktur), *VAKgroep* (mit ihren bisherigen Mitgliedern, sofern sie nicht in andere Vereine der neuen Struktur eintreten), *Commitment* (Projekte mit teilweiser ökonomischer Einbindung) und *SamSam* (SicherheitsgeberInnen) sowie die Stiftung *Ana Maria Fonds Immobilien* (-verwaltung). *Respons* vergibt Gelder (Darlehen oder Zuschüsse) sowohl an eigene Gruppen (Mitglieder von Resonans, VAKgroep oder Commitment) als auch an externe. Sie ist »die Tat«.

Die fünf Kommanditisten der Respons bilden zusammen mit dem gemeinnützigen *Ana Maria Fonds* (Vergabe von Fördermitteln aus Spenden) den Verein *Solidair*. Er ist »das Wort«, macht die Öffentlichkeitsarbeit für den Zusammenhang und beschließt über die Charta die Grundlagen der gemeinsamen Arbeit. Diese Charta (siehe Kasten) ist für die Arbeit von Respons verbindlich. Wenn in der Öffentlichkeit von *Solidair* die Rede ist, dann ist die ökonomische Struktur *Respons* immer mit gemeint, ohne selbst genannt zu werden.

Der Verein *Solidair* soll eine »internationale Bewegung für Kooperation und Solidarität« begründen. Neben dem Aufbau von Strukturen solidarischer Ökonomie sind auch Grundlagenforschungen, Veröffentlichungen, Fortbildungen und Unterstützung gesellschaftlich ausgegrenzter Gruppen geplant. Wir als TAK AÖ wurden gefragt, ob wir beobachtendes Mitglied im Verein *Solidair* werden möchten. Wir würden dann – für einen Mitgliedsbeitrag, der sich nach Köpfen bemisst – regelmäßig alle Veröffentlichungen erhalten, an allen Diskussionen teilnehmen und eine Person in den Vorstand entsenden. Es soll auch für ausländische Projekte möglich sein, über die Mitgliedschaft bei einem Kommanditisten der Respons finanziell an dieser neuen Struktur beteiligt zu sein.

Danksagung, Kontakte und Infos

Zum Schluss noch vielen herzlichen Dank an die FreundInnen aus Utrecht für ihre viele Arbeit rund um unsere Reise (Vorbereitung, Betreuung vor Ort, liebevolle Versorgung mit Essen und Getränken, Kinderbetreuung, Übersetzungen auf dem Kongress usw.), für ihre Freundlichkeit und Ausdauer, auch wenn wir selbst manchmal etwas angestrengt und undiszipliniert waren. Es war ein schöner, interessanter, anregender Besuch, und ich hoffe, dass die vielen neuen Kontakte (sowohl zu den UtrechterInnen als auch zwischen uns) noch reiche Früchte tragen werden.●

Kontakt nach Utrecht:

Vereniging Solidair, Lauwerecht 55, NL 3500 BN Utrecht
Tel. 0031- 30 - 276 09 30, Fax 272 15 32
e-mail: info@solidair.nl
www.solidair.nl

Wer Genaueres über unsere Reise und die Vereinigten Arbeitskollektive wissen möchte, kann den Rundbrief des TAK AÖ bestellen (er enthält die bei uns obligatorischen Protokolle) bei: Waldemar Schindowski, Holzheimer Str. 7, D-89233 Neu-Ulm, Fax: 07308-919095
e-mail: waldemar@leibi.de
www.leibi.de
Dort gibt es auch Informationen zu den nächsten Seminaren des TAK AÖ:
25.08. bis 03.09.00, Oberürsel (in Kooperation mit dem DGB): Solidarische Ökonomie: Gemeinwirtschaft, Sicherung kollektiven Eigentums, Qualitätssicherung etc. (s. Seite 12).

Weitere Informationen zu Axel, Harald und Sabine gibt es unter:
www.freilassung.de

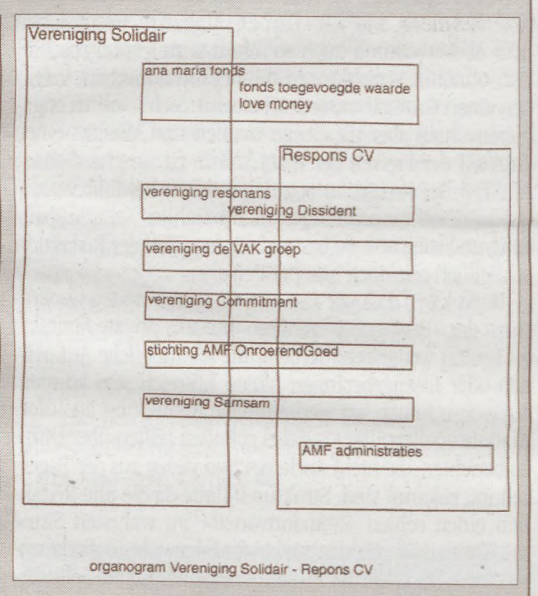
Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie sammelt praktische Erfahrungen auf dem Hausboot de Dolaard — Foto: Thomas Kalkar

Charta der Vereinigung Solidair

Die Vereinigung Solidair steht für die Förderung einer fortschrittlichen Infrastruktur: Aufbau eines Netzwerks der Kooperation auf der Basis sozialer und wirtschaftlicher Solidarität.

a. Solidair steht für Nachhaltigkeit in ökonomischem Verhalten, für Kooperation und gegenseitige Unterstützung, für soziales, ökologisches und verbindliches Handeln.
b. Solidarität bedeutet, dass in der Kooperation und Interaktion zwischen den Menschen ihre Selbstverantwortung unlösbar verbunden ist mit Achtsamkeit und Respekt für andere. Achtsamkeit und Aufmerksamkeit für andere nehmen einen zentralen Platz ein in der eigenen Organisation und der Gesellschaft. Dies erfordert ebenso Achtsamkeit und Aufmerksamkeit für Fragestellungen und Entwicklungen in der Gesellschaft.
c. Solidair strebt nach einer Veränderung von marktwirtschaftlichem Denken und Handeln hin zu solidarischem, ökonomischem Denken und Handeln. Der Kern davon ist, dass Einkommen und Position der Teilnehmenden nicht ein Ziel an sich sind, sondern ein Mittel um so gut wie möglich zu funktionieren.
d. Die Teilnehmenden erklären sich bereit, teilzunehmen an einem (Lern-) Prozess zur Stärkung und Weiterentwicklung ökonomischer Solidarität.
e. Die Vereinigung umfasst eine Reihe von Organisationen, die ihre eigenen Ziele und Mittel einsetzen um die solidarisch-ökonomische Struktur aufzubauen.
f. Die innerhalb der Vereinigung zusammenwirkenden Organisationen bieten jede auf eine andere Weise die Möglichkeit, sich entsprechend den eigenen Bedingungen und Visionen an der Vereinigung zu beteiligen.
g. Mit diesen unterschiedlichen Möglichkeiten strebt die Vereinigung an, die Bedingungen zu schaffen zur Erweiterung ihrer Struktur ökonomischer Solidarität zu einem bedeutenden Erneuerungsfaktor für die Gesellschaft. Diese Erneuerung bewirkt praktische Veränderungen, eine Veränderung die Ideale übersetzt in Instrumente zur solidarischen Ausrichtung unseres täglichen Lebens.

Diese Charta wird im Laufe der Zeit angepasst und verändert durch Beratungen und Vorschläge von allen, die an der Vereinigung Solidair beteiligt sind. Sie beinhaltet die Aufgaben und Ziele der Vereinigung.●



organogram Vereniging Solidair - Repons CV

Anzeige

Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle...

Seit dem 19.12.99 sitzen Axel H., Harald G. und Sabine E. auf Grundlage des terroristischen §129a in Haft. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen eine Beteiligung an Aktionen der RZ/Rote Zora gegen die rassistische staatliche Flüchtlingspolitik aus den 80er Jahren vor.

Für die Kampagne zur Freilassung der drei brauchen wir in den nächsten Monaten dringend Spenden für Rechtsanwältinnen, Reisekosten und Öffentlichkeitsarbeit.

...jede Mark ein Schritt zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine!

Solikonto: Martin Poell, Kto-Nr: 2705-104, BLZ 10010010, Postbank Berlin, Stichwort „Freilassung"

Infos unter: www.freilassung.de

»DIE RANDSCHAU - ZEITSCHRIFT FÜR BEHINDERTENPOLITIK« AM ENDE ?

Über das Scheitern eines autonomen Versuchs

Entstanden ist sie 1985 aus der »Luftpumpe« und der »Krüppelzeitung«. Die einzige autonome Zeitschrift für Behindertenpolitik Deutschlands, »die Randschau«, ist schon viele Male in ihrer Geschichte für tot erklärt worden und hat sich trotz der seit Beginn anhaltenden denkbar schlechten Bedingungen immer wieder berappelt: vor allem durch neue MitarbeiterInnen oder den Neuanfang mit einer neuen Redaktion. Nachfolgend ein kleiner Rückblick der letzten Redaktion auf vergangene Jahre bis zu der Entscheidung, die Zeitschrift einzustellen.

Nun sieht die Sache erstmals ganz düster aus: Die *Randschau*, übernommen vor zwei Jahren von einem neuen Redaktionsteam und so noch einmal vorm finalen Absterben gerettet, steht vor ihrem endgültigen Aus. Im Frühjahr 1997 verbreitete die vorherige Redaktion einen Notruf: Die *Randschau* sucht ab sofort eine neue Redaktion, anderenfalls müsse sie eingestellt werden. Es meldete sich zunächst eine Vielzahl Interessierter (allerdings auch weit weniger, als die alte Redaktion sich erhofft hatte), von denen sich aber nur ein Teil dazu entschloss, die *Randschau* zu übernehmen. Neben zwei Mitgliedern aus der alten Redaktion wurde die Zeitung nun von fünf neuen RedakteurInnen erarbeitet, für die das zum größten Teil eine völlig neue Aufgabe war. Vor diesem Hintergrund und auf Grund der Tatsache, dass auch sieben Leute wenig sind für ein bundesweites Zeitschriftenprojekt, das ohne öffentliche und private Unterstützung auskommen will und das von seinen HerausgeberInnen in deren Freizeit erstellt wird, ist es leicht nachzuvollziehen, dass wir schon von Beginn an mit der Zeitung etwas überfordert bzw. überlastet waren.

So tappten wir in viele AnfängerInnenfehler, verwirrten manche der AbonenntInnen durch einen anderen Stil und waren selber oft unzufrieden mit unseren Ausgaben. Natürlich machten wir einen Lernprozess durch, der jedoch nicht zu einer einheitlichen Linie bzw. einem »Programm« der *Randschau* führte, nach dem wir selber uns hätten richten können und an dem die LeserInnen sich hätten orientieren können. Immer wieder von neuem mussten wir unseren Standpunkt ausloten: Sind wir nun ein völlig offenes Forum, bei dem jedeR alles veröffentlichen kann? Oder beschränken wir uns klar auf eine bestimmte Art des Inhalts und der Form? Unsere Entscheidung fiel immer wieder auf »irgendwie dazwischen«, sodass wir stets an jedem einzelnen Artikel gemeinsam entschieden, ob er hinein sollte, oder nicht. Schließlich wollten wir ein Kollektiv sein, in dem die Entscheidungen von allen gleichberechtigt gefällt werden und nicht von Einzelpersonen. Dieser Vorsatz und diese Arbeitsweise machten aber die Entscheidungsprozesse unheimlich langwierig und kräftezehrend. Dies lag vor allem auch an der Tatsache, dass wir alle an sehr weit voneinander entfernt liegenden Orten wohnen, was den Kommunikationsfluss trotz Telefon, Fax und Internet ziemlich erschwert. Und alle anstehenden Themen an unseren Redaktionswochenenden grundsätzlich zu diskutieren, war auch nicht immer möglich. So hangelten wir uns von Nummer zu Nummer, die eigentlich nur etwas wurden, wenn einE VerantwortlicheR sich voll engagierte, hinter AutorInnen her telefonierte, die Aufgabenverteilung koordinierte und im Notfall auch mal einige der angeforderten Artikel selbst schrieb. Schließlich waren alle durch feste Aufgaben wie z.B. Layout, Magazin, Rezensionen oder Aboverwaltung auch so schon ausreichend beschäftigt; ohnehin verschlangen die organisatorischen Aufgaben einen Großteil unserer Arbeitszeit. Sich »voll zu engagieren« hieß aber für einige Wochen und Monate, einen Großteil der Freizeit der *Randschau* zu verschreiben... . Ein Teil der Redaktion zog daher schon bald die Konsequenzen aus monatelanger, nichtbezahlter Selbstausbeutung und stieg aus. So bestand der feste Teil der Redaktion schließlich nur noch aus vier Personen.

Dazu kam, dass wir fast alle zu einer »neuen Generation« der »Bewegung« gehören und uns private Kontakte zu Leuten weitgehend fehlten, die als mögliche AutorInnen oder IdeengeberInnen hätten hilfreich sein können. Außerdem hatten wir wenig direkte Anbindung an Informationsquellen, die uns dabei geholfen hätten über Dinge zu berichten, die nicht sowieso schon vielen aus der Tageszeitung bekannt sind. Strukturell hatte da die alte Redaktion einen echten »Standortvorteil« im wahrsten Sinne des Wortes dadurch, dass sie ein Redaktionsbüro direkt unter einem Dach mit der »Interessensgemeinschaft Selbstbestimmtes Leben Deutschland« (ISL) hatte.

Natürlich kann man auch zu viert eine Zeitschrift machen – vorausgesetzt, man hat keinen Job oder ein zeitaufwendiges Studium nebenbei und wird für seine Arbeit bezahlt (...und hat am besten keine »zeitaufwendige« Behinderung!). Nichts davon war bei uns Vieren der Fall: neben 40-Stunden-Jobs, Studium oder zeitintensiver Jobsuche ist es schwierig, eine Zeitung so zu machen, dass sie hohen Ansprüchen an Informationsgehalt und kritischer Analyse genügt. Dazu haben wir einer gelungenen Ausgabe oft selber im Weg gestanden, z.B. dadurch, dass unsere Ankündigung für das nächste Heft oft gar nicht bzw. unkonkret formuliert war, sodass nicht klar genug werden konnte, wie die Artikel genau auszusehen hatten. Oder wir haben es auf Grund unserer chaotischen Organisation nicht geschafft, AutorInnen frühzeitig anzufragen, sodass viele schöne Artikelideen nicht verwirklicht werden konnten.

Bei diesen Schwierigkeiten hätte uns vor allem die Rückmeldung und Anregung einer irgendwie gearteten »KrüppelInnenszene« geholfen. Es wäre schön gewesen, wenn diese die Möglichkeiten eines Forums für sich genutzt und hier durchaus notwendige Diskussionen ausgetragen hätte, wenn ihre Mitglieder unaufgefordert Themenvorschläge, Artikel und Stellungnahmen eingesandt oder sich wenigstens an ihre teilweise schon gemachten Artikelzusagen gehalten hätten. Noch schöner wäre es gewesen, wenn mehr Leute bereit gewesen wären, Verantwortung für die *Randschau* zu übernehmen, um konstruktiv in der Redaktion mitzuarbeiten. Zu all diesem haben wir immer wieder aufgerufen, nur leider ohne Erfolg. Langsam dämmerte uns die Erkenntnis, dass es vielleicht auch gar keinen mehr gibt, der oder die an einer qualitativ hochwertigen *Randschau* interessiert ist. Wir fragten uns, für wen wir eigentlich schreiben, angesichts der sehr mageren und widersprüchlichen Rückmeldungen, die wir auf unsere Ausgaben bekamen. Wer ist eigentlich »die KrüppelInnenszene«, deren Plattform wir sein wollten?

Dass das ein ziemlich bunt gemischter Haufen mit den unterschiedlichsten Interessen sein muss, konnten wir schon bei Beginn unserer Randschau-Arbeit erahnen: Da gibt es die KünstlerInnen, die an der emanzipativen Verarbeitung ihres Erlebens der Gesellschaft interessiert sind, da gibt es diejenigen, die eigentlich in ganz anderen politischen Gruppen arbeiten und sich nur manchmal in behindertenpolitischen Zusammenhängen aufhalten, da gibt es Krüppelfrauen/-lesben, die vor allem an der Überwindung ihres mehrfachen Stigmas arbeiten, da gibt es »Professionelle«, die sich nach langen Kämpfen nun etablieren konnten, und vor allem an der Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer Projekte interessiert sind und noch viele andere. Schwer auszumachen, was da das gemeinsame Interesse sein soll, abgesehen von der Tatsache, dass sie alle ein Leben mit Behinderung führen und sich eventuell darüber austauschen wollen.

Die *Randschau* ist aus den Reihen derjenigen entstanden, die heute zu den »Professionellen« gehören und gilt bei vielen noch als deren Plattform. Es scheint aber, dass sich im Zuge der Etablierung dieser Gruppe auch ihre Anbindung an die *Randschau* gelöst hat. Verwunderlich ist dies nicht, schließlich stehen sie und die *Randschau* mittlerweile in einem Interessensgegensatz zueinander: Die *Randschau* war und ist ein Forum, in dem Kritik an herrschenden Verhältnissen geübt werden soll und in dem unsere Diskriminierung als behinderte Menschen im Zusammenhang mit diesen gesehen wird. Die etablierten Projekte sind jedoch, bei allem alternativen Gestus, den sie noch besitzen, ein anerkannter Teil dieser Verhältnisse geworden: Die Allianz mit der *»Aktion Sorgenkind«* zeigt dies ganz deutlich. Und vielleicht ist dies auch genau das, was ein Großteil der KrüppelInnenbewegung immer gewollt hat: Auch ein Stück vom Kuchen abzubekommen.

Scheinbar haben sie das spätestens mit der Erweiterung des Artikels 3 GG bekommen und sich damit zufrieden gegeben – auch wenn dies natürlich noch längst nicht die völlige Absicherung ihrer Rechte und die Freiheit von Diskriminierungen bedeutet. Dieser erste Schritt zur gleichberechtigten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, könnte die Lebensumstände behinderter Menschen real verbessern – nur leider wird offensichtlich im gleichen Atemzug die Gesellschaft, in die mensch sich »integrieren« lässt, immer weiter bejaht. Die Voraussetzung für Integration ist eben die Anpassung an die herrschenden (diskriminierenden) Verhältnisse – also in der Konsequenz auch immer deren Festigung. Die Logik »wer integriert wird, wird nicht diskriminiert« geht nicht auf: Die Forderung nach Integration durch gleiche Chancen und Rechte hat die Anerkennung der Gesellschaft zur Voraussetzung, durch deren Funktionsweisen man sich überhaupt erst an deren Rand vorfindet. Folglich können sich »gesellschaftskritische« Menschen in einem Dilemma wieder finden, wollen sie den durchaus berechtigten und sinnvollen Wunsch realisieren, ihr Leben in der Gesellschaft wenigstens einigermaßen erträglich zu machen und abzusichern. Die kritiklose Stellung zu dieser Gesellschaft ist leider die häufigste Variante, aus diesem Dilemma herauszukommen.

Mehr noch: Integration kann Diskriminierung sogar voraussetzen und zur Bedingung haben – in dem Sinne, dass Menschen mit Behinderungen dabei in »Integrationswürdige« und »Nichintegrationswürdige« eingeteilt werden. Neben der Tatsache, dass dieses Mehr an Rechten für behinderte Menschen noch längst nicht deren Einlösung garantiert, bleiben Diskriminierungen bestehen, die zu bekämpfen weiterhin notwendig sind. Doch im Zuge einer solchen Anpassungsentwicklung wird eine Zeitschrift wie die *Randschau* offensichtlich nicht mehr gebraucht. Es sollte uns eigentlich nicht weiter wundern, dass wir so wenig Resonanz auf die *Randschau* bekommen: Es gibt wohl kaum noch Leute, die sie im Moment als Forum nutzen wollen oder können. Gleichzeitig ist das Gesicht der *Randschau* so inhomogen wie die »KrüppellInnenszene«, die sie vertreten soll und das verwirrt eventuell die LeserInnenschaft zusätzlich. Die Vielfalt an Beiträgen (bzw. der Forumscharakter) hat anscheinend den irritierenden Eindruck von Beliebigkeit hervorgerufen. Einer Zeitung, von der mensch gar nicht so genau weiß, wofür sie eigentlich steht, vertraut mensch auch nicht so gerne seine Artikel an.

Ob die *Randschau* in ihrer bisherigen Form endgültig am Ende ist, hängt von den Menschen ab, die ein solches Forum inhaltlich füllen können. Es könnte sein, dass es doch einige, vielleicht sehr wenige Leute gibt, denen die formale Gleichstellung nicht reicht. Die mit der Gesellschaft, wie sie hier organisiert ist, nach wie vor unzufrieden sind und an der Abschaffung der Verhältnisse, die sie unterdrükken, interessiert sind. Für sie könnte eine Zeitschrift wie die *Randschau* von Nutzen sein. Das setzt jedoch voraus, dass sich diese Menschen über das, was sie stört und über ihren Standpunkt klar werden und dass sie sich die Bedingungen und die Gesellschaft, in der sie leben, genau anschauen. Erst wenn sie ein Ziel haben, werden sie Mittel finden können, die Verhältnisse zu kritisieren und werden sich vielleicht zusammenschließen können, um gemeinsam für Veränderungen zu kämpfen. Doch eine solche Entwicklung, die wir uns gewünscht hätten, ist leider im Moment nicht in Sicht.●

KRÜPPELZEITUNG + LUFTPUMPE = RANDSCHAU

Die behindertenpolitische Zeitschrift Randschau hat mittlerweile schon einige Jahre auf dem Buckel. Entstanden 1985 aus dem Zusammenschluss der Hamburger »Krüppelzeitung« und der Kölner »Luftpumpe«, ist sie mittlerweile an die 15 Jahre alt. Ihre Vorgängermagazine steckten vor diesem Zusammenschluss beide in Schwierigkeiten; zum Teil auf Grund interner Auseinandersetzungen waren sie zu einer Minimalbesetzung zusammengeschrumpft. So entschieden sich Udo Sierck von der »Krüppelzeitung« und Lothar Sandfort von der »Luftpumpe«, ihre Zeitschriften aufzugeben und trotz einer damaligen Krise in der »Krüppelbewegung« gemeinsam ein neues Projekt mit gleich bleibend emanzipatorischen Anspruch zu starten: Die Randschau.

Nach und nach sprangen aber auch der ersten Randschau-Redaktion die RedakteurInnen ab: Mit dem Ausscheiden von Günther Seek und Marion Bönder, die sich vor allem um die organisatorischen Angelegenheiten gekümmert hatten, blieb Lothar Sandfort als einziger »Macher« der Zeitschrift zurück. Doch auch er warf 1991 das Handtuch. Glücklicherweise hatte Jörg Fretter kurz zuvor ein viereinhalbmonatiges »Praktikum« bei der Randschau gemacht und dabei sein Interesse am Zeitungmachen entdeckt. Er entschied sich, die Randschau zu übernehmen und neue Redaktionsmitglieder zu suchen.

Mit neuen Leuten ging es dann bis 1997 weiter. Die Übergabe der Redaktion an eine neue Gruppe war vor allem aus Zeitmangel nötig: Die »alten« Redaktionsmitglieder waren mehrfach belastet z. B. durch Zeit raubende Arbeitsverhältnisse oder durch die Mitarbeit in einer Vielzahl von Krüppelprojekten. Was dann geschah... siehe Hauptartikel auf dieser Seite.●

Es gibt mehr Inder als Inderinnen...

Hunger und Landwirtschaft

Die Vernichtung von Frauen und Mädchen in Südasien

Bei dem nachfolgenden Beitrag handelt es sich um Auszüge aus der Broschüre »Differerential Female Mortality and Health Care in South Asia« des CSAR (Centre for the Study of Administration of Relief), hrsg. V. Barbara Harriss, Neu Delhi, 1993 in Zusammenarbeit mit der Universität Oxford. Die Broschüre ist erhältlich bei CSAR, H-135 Ashok Vihar, Phase I, New Delhi 110052. Tel. 723-1789. Ins Deutsche übersetzt und ausgewählt von Ricarda Buch, S. 1-27.

Abweichende weibliche Sterblichkeitsraten und Gesundheitsversorgung in Südasien

(....) Frauen in Südasien haben trotz allgemein sinkender Sterblichkeitsraten im 20.Jh. weiterhin weniger Überlebenschancen als Männer. Ihre geringeren Überlebensmöglichkeiten konzentrieren sich auf bestimmte Altersgruppen und Regionen. Die Diskriminierung von Frauen zeigt sich nicht nur an ihren hohen Sterblichkeitsraten sondern auch an anderen Aspekten des Wohlbefindens: An Krankheiten, der Ernährung, der Versorgung und ihrer Autonomie. Im industrialisierten Westen dagegen sind Frauen zwar ökonomisch benachteiligt, aber allgemein haben Männer heute eine kürzere Lebenserwartung und die Sterblichkeitsrate aus altersbedingten Gründen ist hoch.

Frauen in Indien

Negative Entwicklungen

- Die Sterberaten für Mädchen und Frauen bis 35 Jahren liegen höher als für Jungen und Männer gleichen Alters.
- Amniozentese-Tests (Fruchtwasserpunktur) werden missbraucht, um das Geschlecht des Kindes vorgeburtlich zu bestimmen; weibliche Foeten werden daraufhin vermehrt abgetrieben.
- Über 50% der Frauen leiden während der Schwangerschaft an Blutarmut; 15 bis 20% der Sterbefälle von Müttern können darauf zurückgeführt werden.
- Nach der Volkszählung von 1991 sind 60% der Frauen Analphabeten. Diese Tatsache hängt mit der hohen Schulabruchsquote von Mädchen zusammen, die in der Grundschule auf 55,5% und in der Mittelschule auf 77,7% geschätzt wird.
- Zusätzlich zu ihren Haushaltspflichten arbeiten viele Frauen im Durchschnitt 12 Stunden pro Tag in der Landwirtschaft. Trotzdem bleibt ihnen der Zugang zu Landeigentum, zu Krediten und anderen Produktionsmitteln auch weiterhin nahezu verschlossen.
- Neuere Untersuchungen zeigen, dass 30 bis 35% der ländlichen Haushalte von Frauen geleitet werden, weil die Männer auf Arbeitssuche in die Stadt abgewandert sind, ihre Familien vernachlässigen oder einfach verschwinden.

Qelle: Misereor

Im Kontext sich ausbreitender Gesundheits- und Wohlfahrtsprogramme in Süd-Asien wurde angenommen, dass geschlechtsspezifische Unterschiede die öffentlich subventionierten Dienste sowohl inhaltlich als auch von ihren Zielen her bestimmen und damit die Überlebenschancen und das Wohlbefinden von Frauen verbessern würden. Denn Unterschiede im Wohlbefinden von Männern und Frauen können – sofern sie wahrgenommen und kulturell verstanden werden – Einfluss auf die Politik ausüben und notwendige Wohlfahrtsprogramme nach sich ziehen.

Für frauenfreundliche Wohlfahrtsprogramme und eine frauenfreundliche Politik sind Benachteiligungsindikatoren deshalb von großer Bedeutung. Dabei geht es um die Anzahl von Männern und Frauen, um ihre Lebenserwartung, um Überlebensraten sowie um Fruchtbarkeits- und Sterberaten von alterspezifischen Gruppen. Andere Indikatoren sind Krankheiten, Todesursachen, Ernährungsstatus und sozioökonomische Merkmale wie ethnische Zugehörigkeit, Religion, Region, Schichtenzugehörigkeit, ökonomischer Status, Autonomie, Verwandtschaft, Kultur, Ernährungs- und Gesundheitsverhalten sowie Daten zu den Haushaltsbudgets. (..)

Das Quellenmaterial *(dieser Broschüre, Anm. der Red.)* stammt aus der Demografie, Anthropologie, Ökonomie, Medizin, Epidemiologie, aus dem Ernährungs- und Gesundheitswesen sowie aus interdisziplinären Studien. (...)

Es gibt mehr Inder als Inderinnen

Während der letzten hundert Jahre gab es in Indien mehr Männer als Frauen. Die geringere Anzahl von Frauen, von weiblichen Geburten und weiblichen Todesfällen nach dem Zensus lässt gleichwohl darauf schließen, dass dieses Phänomen eher sozial als biologisch verursacht ist. Während sich die Lebenserwartung in dieser Zeit mehr als verdoppelt hat, überwiegen im Verhältnis der Geschlechter die Männer. Die früher geschätzte längere Lebenserwartung von Frauen im Verhältnis zu Männern hat sich zwischen 1911-1931 umgekehrt, so dass merkwürdigerweise Frauen eine kürzere Lebenserwartung als Männer haben *(IGSSR 1977)*. Besonders hoch ist die Frauensterblichkeit in der Kindheit (im Alter von 1 bis 4 Jahren) und in der besonders reproduktiven Lebensphase (im Alter von 15 bis 29 Jahren). (...)

Das Sterben der kleinen Mädchen

In ganz Südasien ist die hohe Kindersterblichkeit besonders von Kleinkindern weit verbreitet. Weibliche Kleinkinder sind besonders betroffen. Die Ursachen hierfür sind:

- die hohe allgemeine Kindersterblichkeit (47% aller Todesfälle)
- 13% der gesamten Bevölkerung sind Kinder unter 5 Jahren

Zwei unterschiedliche demografische Entwicklungen zeigen sich in dem Lebensabschnitt »Kindheit«:

- im ersten Lebensmonat sterben mehr männliche Säuglinge als weibliche (dokumentiert für Bangladesh und Indien ..)
- vom 1. bis 11. Lebensmonat überwiegen die Todesfälle der weiblichen Säuglinge (neonatale Phase).

Es stellt sich die Frage, ob dieser Trend anhält. Nach dem allgemeinen indischen Zensus ist seit 1960 die Wahrscheinlichkeit in den ersten beiden Lebensjahren zu sterben für Mädchen höher als für Jungen. (...) Seit 1970 ist die Lebenserwartung der 5-jährigen Mädchen jedoch etwas höher (0,8 bis 1,6 Jahre) als die der Jungen. Die relative Benachteiligung von Mädchen nimmt dann bei den 10- bis 14-jährigen geringfügig ab. Möglicherweise werden Mädchen dann für überlebensfähig gehalten und bereit zur Unterordnung angesehen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Frauen sterben zwischen 20 und 34 Jahren!

Aber die im jungen Alter erreichte Lebenserwartung ist später wiederum Risiken ausgesetzt. Daraus lässt nicht schließen, dass sich der Gesundheitszustand junger Frauen allgemein verbessert hätte. Die relativ hohe Frauensterblichkeit ist am größten im Alter zwischen 20 und 34 Jahren. In diesem Alter ist die männliche Sterblichkeitsrate 30-40% niedriger als die von Frauen. (...) Im Gegensatz zur hohen weiblichen Sterblichkeitsrate in der Kindheit und während des reproduktiven Alters besteht eine hohe männliche Sterblichkeitsrate nach dem 40. Lebensjahr. Frauen, die das 40. Lebensjahr erreichen haben größere Aussichten auf ein langes Leben. (...)

Krankheiten

Der erste Versuch, die Unterschiede in den Sterblichkeitsraten der Geschlechter zu erklären, basiert auf Daten zu Krankheiten und zur Unterernährung. *Harriss* interpretiert diese Unterschiede als Symptome der Situation von Frauen im südasiatischen Patriarchat. Hier werden Daten zu den Todesursachen (...) und Krankheitsarten sowie der -behandlung herangezogen. (...)

Nach *Karkal* (1985, 1987) (...) sind im urbanen Maharashtra die neonatalen (1. bis 11. Lebensmonat) Todesfälle hauptsächlich verursacht von: Geburtstrauma, Unterernährung des Foetus, Sauerstoffmangel und Atemstillstand bei der Geburt sowie Gelbsucht. Zwei Drittel aller neo- und postnatalen Todesfälle sind darauf zurückzuführen. Weitere 15% sterben an Problemen der Atemwege und 10 % an Magen-Darm-Entzündungen, Tetanus und Tuberkulose. (...) Viele dieser Todesfälle sind auf den schlechten Gesundheitszustand der Mutter zurückzuführen. (...)

Frauen werden verbrannt

Im Alter von 15 bis 39 Jahren sind neben Atemwegsinfektionen endokrine, ernährungsbedingte und Stoffwechselkrankheiten häufige Todesursachen von Frauen, die geschlechtsspezifisch von einseitiger Ernährung und schlechten Gesundheitsbedingungen herrühren. Darüber hinaus sterben 19,9% der Frauen im urbanen Mararashtra an Verbrennungen, und zwar hauptsächlich im reproduktiven Alter. (*Karkal* äußert den Verdacht, dass diese Verbrennungen nicht nur durch Unfälle verursacht werden und teilt damit die Analyse von *Warrier* (1987) über Gewalt und Misshandlung gegen Frauen in West Bengalen.) Obduktionen von schwangeren Toten zeigen große Abweichungen zur klinischen Diagnose der Todesursachen. Während zunächst epileptische Krämpfe (Eclampsie), Vergiftung, oder Verbluten angegeben wurden, sind die tatsächlichen Ursachen oft Tuberkulose, Schlaganfall, durchstochene Bauchhöhle, etc. 6 % dieser Todesfälle sind durch Verbrennungen verusacht.

Kleine Mädchen sterben an Wegwerfen, Verdursten, Vermissen...

Karkal schließt daraus, dass nicht nur der schlechte Gesundheitszustand den Tod von Schwangeren bewirkt, sondern auch die den Frauen vorenthaltene Behandlung. *Karkal* meint ferner, dass Todesfälle von Schwangeren auch die Überlebenschancen von Kindern schmälern, denn kranke Schwangere reproduzieren sowohl biologisch als auch sozial kranke Kinder (zurückgebliebenes Wachstum des Foetus, niedriges Geburtsgewicht, zu wenig Muttermilch, etc.) und setzen diese einem höheren Risiko aus, vor oder nach der Geburt zu sterben.

Visarias Untersuchung zu den Todesursachen der unter 5-jährigen in Gujarat zeigt eine wesentlich höhere Sterblichkeitsrate von Mädchen als von Jungen durch Infektionen der Atemwege, Durchfallerkrankungen, Masern und durch »Wegwerfen«. Die Daten der *Jeffreys* in Utah Pradesh haben eine extrem hohe weibliche Sterblichkeitsrate aufgrund von Lungenentzündung, Fieber, Durchfallerkrankungen, Windpocken, Typhus, plötzlichem Tod und durch »Fehlen«. Bei *Wadley* und *Derr* wird die extrem hohe Mädchensterblichkeit durch Unterernährung, »Austrocknen«, Durchfallerkrankungen und Windpokken verursacht. Diese Fallstudien stützen *Karkals* Hypothese von der größeren Verwundbarkeit weiblicher Kinder in traditionellen Zuständen (...).

Anämie – das langsame Sterben der Frauen

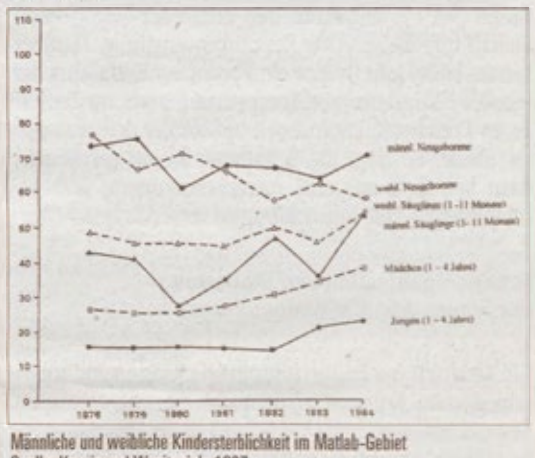
Die größere Anfälligkeit von Frauen in den reproduktiven Jahren gegenüber Anämie wird nicht angezweifelt und ist doch sehr komplex. Kritische Eisenwerte wurden bisher nicht festgesetzt, so dass der Grad des Eisenmangels schwierig zu interpretieren ist. Anämie wird nicht nur durch ungenügende Zufuhr von Eisen verursacht, sondern auch durch eine Störung der Eisenabsorbierung durch schlechte Ernährung und Parasitenbefall. Er wird ebenfalls durch Abtreibungen und Blutverlust verursacht. Während Eisenmangel selten direkt zum Tode führt, verringert er zweifellos die Widerstandskraft gegenüber anderen Krankheiten. (...)

Konsumstandard auf Kosten weiblichen Lebens

Utah Pradesh hat die höchste Kindersterblichkeit und die kürzeste Lebenserwartung von Frauen in Indien. (...) Der Bijnor Distrikt im Norden hat wohl den höchsten Männeranteil ganz Südasiens. Eine extrem hohe Frauensterblichkeit gibt es in Dörfern, wo die Agrarproduktion durch Bewässerungstechniken verändert und den Kastenlosen Land zugeteilt wurde, obwohl der Konsumstandard innerhalb der Gemeinschaft stieg. In Karimpur, einem von Brahmanen ökonomisch und kulturell beherrschten Dorf, ist die Kindersterblichkeit besonders der Mädchen sehr hoch. Das Dorf hat ebenfalls an dieser materiellen Entwicklung teilgenommen.

In Karimpur und auch in Matlab ist die Kindersterblichkeit von den Jahreszeiten abhängig. Die meisten Kinder werden in der Trockenzeit gezeugt und geboren. Während der 4-monatigen Regenzeit werden 40% aller Kinder geboren, die 50% der Sterblichkeitsrate von Neugeborenen und 60% der Sterblichkeitsrate der bis 1-jährigen Säuglinge fällt in diese Jahreszeit. In den Khanna Dörfern, die in der fruchtbarsten Gegend Indiens mit einer gut ausgebauten Infrastruktur und Agrarproduktion liegen, sind die Sterblichkeitsraten zwar niedriger, aber auch dort gibt es eine extrem hohe weibliche Sterblichkeit ab dem 1. Lebensjahr aufwärts.

Die Beziehung zwischen unterschiedlicher geschlechtsspezifischer Kindersterblichkeit und Klassenzugehörigkeit ist nicht eindeutig klar. In Bijnor sind die Daten schwer zu interpretieren, aber eine sehr hohe Frauensterblichkeit ist besonders auffällig in moslemischen Familien mit Landbesitz und in den armen Familien der Kastenlosen (wo die Sterblichkeit neuerdings schnell zugenommen hat). Laut *Jeffrey, Miller* und *Dyson/Moore* vernachlässigen aber auch die »reinen« landbesitzenden Hindu-Familien ihre Töchter. Es scheint, als ob es unterschiedliche Erklärungen für die hohe Frauensterblichkeit in diesen sozialen Gruppen gibt und dass diese abhängig ist von ihrer spezifischen Stellung im Arbeitsprozess. In armen Haushalten haben Frauen nur geringe Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten und sind deshalb diskriminiert. In reicheren Haushalten lastet die schwere unbezahlte Weiterverarbeitung der Ernte und die Versorgung des Viehs auf ihnen. Die Frauen haben keine Zeit, sich um ihre Gesundheit zu kümmern und stehen dem staatlichen Gesundheitsdienst ablehnend gegenüber. In Karimpur dagegen ist die niedrige weibliche Geburts- und Überlebensrate hauptsächlich unter den ärmsten und besitzlosen Dienstleistungskasten anzutreffen, wo erwachsene Männer und Frauen von Erwerbslosigkeit und Armut betroffen sind. (...)



Männliche und weibliche Kindersterblichkeit im Matlab-Gebiet
Quelle: Koenig und Woytyniak, 1987

In Khanna ist die Kindersterblichkeit der Landlosen um 35% höher als die der Landbesitzer, wobei die Sterblichkeitsrate bei landlosen Familien mit mehr als einer Tochter am höchsten ist. Dort sind auch die geschlechtspezifischen Unterschiede in den Ausgaben für Kleidung und Medizin am größten, obwohl der Zugang zu Kalorien unter den Landlosen egalitärer ist als unter den Landbesitzenden. Eine extrem hohe Frauensterblichkeit ist aber in beiden Gruppen vorhanden.

»Frauen sind Gefäße«

Wie *Das Gupta* (1987) gezeigt hat, ist bei den Jats die Frauendiskriminierung besonders deutlich. (...) 47% der Bevölkerung sind Jats und sie besitzen 97% des Landes. Durch ihre ökonomische Macht sind sie auch kulturell prägend für andere Kasten. Ihrem patrilinearen Abstammungssystem gemäß »sind Frauen die Gefäße, durch die sich die Männer der männlichen Linie reproduzieren«. Die ausgesprochene Bevorzugung von Söhnen geht einher mit dem einseitigen Strom von Gütern seitens der Männer aus dem Haushalt der Braut oder Schwiegertochter an den Haushalt ihres Ehemannes. Die hohe weibliche Kindersterblichkeit wird begleitet von einer starken Diskriminierung der Mädchen bei den Ausgaben für Kleidung und medizinische Behandlung und der Zuteilung von Fett und Milch. (...)

Die Geschlechtszugehörigkeit ist eben nicht nur ein biologisches Merkmal, sie ist eine soziale Beziehung und eine materielle Karriere.●

Die Rolle der Frau in Indien

Zwischen der hohen Bewertung der Frau als Mutter und ihrer totalen Unterwürfigkeit gegenüber männlichen Autoritätspersonen besteht eine große Spannung. Töchter mindern die Familienehre. Aufgrund der hohen Mitgiftzahlung wird eine Hindufamilie durch die Geburt einer Tochter oft in ein finanzielles Desaster gestürzt. Hauptsächliches Eheziel ist das Zeugen männlicher Nachkommen; denn nur sie können die Totenriten für den verstorbenen Vater ausführen. Es wird befürchtet, dass in diesem Zusammenhang die Abtreibung weiblicher Kinder zunimmrt. Früher folgten die Witwen einer bestimmten Kaste ihrem verstorbenen Mann auf den Scheiterhaufen, um sich aus dem niedrigen verachteten Witwenstand zu erlösen und den Stand der tugendhaften, ihrem Manne völlig hingegebenen Frau zu erreichen, der ihr eine bessere Wiedergeburt sicherte.●

Frauen-Zusammenschlüsse

Hunger und Landwirtschaft

Ernährungssicherung und Zusammenarbeit von Frauen

Perspektiven der Frauenarbeit im ländlichen Raum

Die Zusammenhänge zwischen globalen Problemen der Ernährungssicherung und den Herausforderungen einer integrierten ländlichen Entwicklung werden am Beispiel von Frauen-Zusammenschlüssen besonders deutlich. Denn viele Frauengruppen verbinden den Anbau von Grundnahrungsmitteln zur Eigenversorgung mit der Marktproduktion. Zudem zeigen sich in den Gruppen die Chancen und Grenzen der Kooperation, um neue Handlungsspielräume zu erschließen.

Parto Teherani-Krönner, Rita Schäfer ● Für die gesellschaftspolitische Mitbestimmung der Frauen ist es entscheidend, über welche Ressourcen sie verfügen und welche Möglichkeiten sie zur eigenverantwortlichen Arbeitsorganisation haben. Ihre Zusammenarbeit spiegelt grundsätzliche Herausforderungen und Perspektiven, die für die ländliche Entwicklung ausschlaggebend sind. Diese umfassen den Umweltschutz, den Erhalt der biologischen Vielfalt und die gerechte Ressourcenverteilung. Darüber hinaus bildet jede Gruppe ein Forum zur Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen sowie zur Teilhabe an Entscheidungsprozessen auf lokaler und nationaler Ebene. So trägt die Selbstorganisation der Frauen dazu bei, Ziele wie eine menschenzentrierte und geschlechtergerechte Entwicklung zu verwirklichen.

Arbeitsorganisation und Bewertung der Frauenarbeit in Kooperativen

Ein Vergleich von Frauenzusammenschlüssen aus unterschiedlichen Kulturen verdeutlicht die grundlegenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Zusammenarbeit. Denn sowohl in traditionellen Gesellschaften als auch in Industrieländern haben Landfrauen Kooperativen und lokale Organisationen gebildet, die ökonomische Ziele verfolgen.

Ein Blick in die Gruppenstrukturen zeigt, wie wichtig die Transparenz der Gruppenleitung und demokratische Abstimmungsverfahren für die Zusammenarbeit und die Ernährungssicherung sind. Auch die Alterszusammensetzung der Mitglieder und die Einkommensverteilung spielen eine Rolle. Bemerkenswert ist, wie aufgeschlossen viele Gruppen für technische Innovationen sind, wenn diese Neuerungen Arbeitserleichterungen ermöglichen und die Frauen die Kontrolle über die Technik einfordern können.

Viele Kleinbäuerinnen entscheiden sich, Mitglieder in einer Frauenorganisation zu werden, da die Männer in den gemischten Kooperativen in jeder Hinsicht bevorzugt werden. Dies betrifft ihre Übernahme von Entscheidungsfunktionen sowie ihre Macht über die Einkünfte und die Arbeitsorganisation. So mussten Frauen in gemischten Kooperativen immer wieder feststellen, dass diese Wirtschaftsform dem Anspruch der Gesellschaftsveränderung keineswegs gerecht wird, denn die Hierarchien im Geschlechterverhältnis bleiben unangetastet. Die umfangreichen Arbeitsleistungen der Frauen in der Landwirtschaft werden in vielen gemischten Kooperativen nicht geachtet und ihre familiären Versorgungsaufgaben werden nicht als wirtschaftlich bedeutend anerkannt.

Diesen Tendenzen versuchen Frauenzusammenschlüsse gegenzusteuern, indem sie alle Arbeiten ihrer Mitglieder als überlebenswichtig bewerten, um so auch die Differenzen zwischen den Frauen auszugleichen. Darüber hinaus legen sie Wert auf die aktive Beteiligung aller Frauen an Entscheidungsprozessen. Zudem bemühen sie sich, den Informations-, Kredit- und Marktzugang jeder Einzelnen zu verbessern. Wichtig ist, dass Frauen durch Bildungsprogramme und Schulungen Managementkenntnisse erwerben, um an Entscheidungsprozessen teilzuhaben und Führungsaufgaben zu übernehmen. Auf diesem Wege werden ihre Kompetenzen erweitert und geschlechtergerechte Entwicklungsperspektiven verwirklicht.

Verbesserung der Lebenssituation durch Frauenzusammenschlüsse

Neben der aktiven Partizipation an allen Entscheidungsprozessen ist die egalitäre Aufteilung der gemeinsam erwirtschafteten Gewinne eine Voraussetzung dafür, dass die Frauenorganisationen zur Existenz- und Ernährungssicherung ihrer Mitglieder beitragen. Die Vernetzung mit anderen Frauenzusammenschlüssen kann helfen, neue rechtliche Handlungsspielräume zu erschließen und eigene ökonomische Interessen zu verwirklichen.

Zusätzlich zu diesen institutionellen Überlegungen dürfen die sozialen Zusammenhänge nicht vernachlässigt werden, da diese die Kooperation prägen. So bietet die tägliche an gemeinsamen wirtschaftlichen Zielen orientierte Arbeitsteilung eine Basis, persönliche Probleme gemeinsam zu lösen. Die Unterstützung durch Gleichgesinnte ist für viele Frauen eine wichtige Motivation für ihre Beteiligung an lokalen Organisationen. Die Zusammenarbeit hilft ihnen, die Versorgung ihrer Familien zu verbessern und neue Formen der sozialen Absicherungen aufzubauen. Dies ist insbesondere dann gewährleistet, wenn einzelne Frauengruppen in größere Verbände von Nicht-Regierungsorganisationen eingebunden sind und auf diesem Wege einen Zugang zu Informationen erhalten. Auch für die Interessensvertretung gegenüber staatlichen Institutionen kann eine derartige Einbindung in die nationalen und internationalen Frauen-, Umwelt- oder Bauernbewegungen wichtig sein.

Südiran, Region Behbahan: Frauen beim Zubereiten von Teig für eine Neujahrssüßigkeit (1998) Foto: Parto Teherani-Kroenner

Sozio-kulturelle Verankerung und Entwicklungspotenziale von Frauenzusammenschlüssen

Heutige Frauengruppen blicken auf eine lange Geschichte der vielfältigen Formen von Zusammenarbeit zurück. In zahlreichen Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas waren Frauenzusammenschlüsse bereits in den vorkolonialen Gesellschaften verankert. Sie trugen zur Arbeitsteilung im Anbau, der Verarbeitung und Vermarktung von Nahrungsmitteln und zur Ernährungssicherung bei. Darüber hinaus vermittelten sie landwirtschaftliche und ökologische Kenntnisse sowie Kompetenzen in Handwerk und Handel. Die gerechte Verteilung der Arbeit und der Erträge waren wesentliche Organisationsprinzipien. Egalitäre Entscheidungsprozesse und Hierarchien, die auf der Macht alter Frauen aufbauten, lagen den Gruppenstrukturen zu Grunde. Neben wirtschaftlichen Aufgaben hatten die Frauenorganisationen auch soziale, religiöse und politische Bedeutung, indem sie Zeremonien im Jahreszeitenzyklus oder in Verbindung mit den einzelnen Lebensphasen von Frauen durchführten. In Westafrika übernahmen ihre Leiterinnen politische Führungspositionen, die sie sogar gegen die Kolonialmächte zu verteidigen suchten.

Heutige Frauenzusammenschlüsse bauen auf diesen Traditionen auf, versuchen sie aber innovativ an die gegenwärtigen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen anzupassen. Dabei gelten Frauenzusammenschlüsse als geeignete Organisationsform, die neuen Möglichkeiten zu nutzen und sich aktiv an demokratischen Entscheidungsprozessen z.B. an der Landreform zu beteiligen. Der Widerstand gegen politische Willkür wird auch heute noch vielerorts von Frauenzusammenschlüssen getragen. Inzwischen haben NRO (Nicht-Regierungsorganisationen) und staatliche Agrarministerien die Entwicklungspotenziale ländlicher Frauengruppen erkannt, entsprechend besteht eine aktuelle Herausforderung darin, der Vereinnahmung durch staatliche oder parteipolitische Interessen entgegenzuwirken. Nur dann können die Gruppen ihre Ziele, wie Ernährungssicherung, Ressourcenschutz und geschlechtergerechte ländliche Entwicklung verwirklichen.

Frauenkooperativen im Iran – Reglementierte Zusammenarbeit?

In den ländlichen Regionen des Irans sind heute noch traditionelle Kooperationsformen verbreitet, die Frauen in ökonomischen und sozialen Netzwerken zusammenführen. Die gesellschaftlichen Verpflichtungen und religiöse Riten verbinden Frauen unterschiedlichen Alters und sozialen Status. Ihr Austausch und ihre gegenseitige Unterstützung bezieht sich auf einzelne landwirtschaftliche Produkte und jahreszeitliche Arbeitsprozesse, z.B. auf die gemeinsame Feldarbeit und Vermarktung. Auch in den nomadischen Gesellschaften sind diese Organisationsformen wichtig für das Überleben. So tragen »Vareh«-Zusammenschlüsse seit vielen Jahrhunderten dazu bei, dass Frauen, die nur wenig Milchvieh besitzen, untereinander Milch austauschen. Auf diese Weise erhalten auch ärmere Frauen die Ressourcen zur Joghurt- und Käseherstellung. Außerdem sind derartige Netzwerke wichtige Institutionen zur Pflege sozialkommunikativer Strukturen auf dem Land und den Systemen der sozialen Sicherheit. Allerdings konkurrieren heute die traditionellen Formen der Zusammenarbeit mit neuen Wirtschaftsformen, z.B. den Kooperativen. Diese bauen jedoch nicht auf die vorhandenen Formen der Zusammenarbeit auf. Seit 1993 werden neue Frauenkooperativen von der Regierung eingeführt und von UN-Organisationen unterstützt. Diese Maßnahmen sind Ausdruck der staatlichen Verpflichtungen zur Frauenförderung, welche wiederum aus nationalen Leitlinien der Frauenpolitik und internationalen politischen Orientierungen hergeleitet wird. In diesem Zusammenhang ist das von der Regierung vorgegebene »Statut der Frauenkooperativen« dahingehend zu prüfen, ob es die Handlungsspielräume von Frauen erweitert, oder ihre Zusammenarbeit beeinträchtigt. Besondere Beachtung erfuhren Landfrauen und Frauenkooperativen Mitte der 90er Jahre, zur Zeit der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking.

Die Ziele der neuen Kooperativen sind weit gesteckt. Sie umfassen den Zugang zu Krediten, Märkten und Entscheidungsgremien. Bildungsmaßnahmen in der Landwirtschaft und im handwerklichen Bereich werden ebenfalls angestrebt. Konkret heißt das: die Kooperativen versuchen, alle Aufgaben im landwirtschaftlichen Produktionsprozeß zu bewältigen, einschließlich der Verarbeitung bis hin zur Vermarktung. Alle Maßnahmen sind auf die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen orientiert.

Durch die Kombination dieser Arbeitsbereiche haben Frauenkooperativen im Iran bereits einige Erfolge erzielt. Diese sind keineswegs auf ökonomische Fakten zu reduzieren, vielmehr ermöglicht die institutionelle Verankerung von Frauenzusammenschlüssen, erstmals die Arbeit und das Wirken von Frauen auf dem Land sichtbar zu machen und zu würdigen. So produzieren Frauen im Iran die farbenprächtigen, kostbaren Teppiche, die nach dem Rohöl immer noch das wichtigste Exportgut des Landes sind. Ihre Arbeit wurde aber – da überwiegend im ländlichen Haushalt hergestellt – statistisch nicht registriert. In kargen Regionen mit geringer agrarischer Produktion sichert dieses häusliche Handwerk bis zu 90% des Haushaltsbudgets und damit die Ernährungssicherung der Familienmitglieder.

Die Kooperative La Surenita in Honduras – Ein Entwicklungsprojekt von Frauen

Auf einer unrentablen Cashew-Plantage gründeten Frauen lokale Arbeitsgruppen, um Cashew-Äpfel und Nüsse mit Hilfe einer arbeitsintensiven Technik weiterzuverarbeiten. Daraus ging die Kooperative *»La Surenita«* hervor, deren Mitglieder aus drei benachbarten Dörfern kommen.

Das Ziel des Projektes ist die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen, um ihnen eigenes Einkommen zu ermöglichen. Mit der Gründung der Kooperative reagierten die Frauen auf die rechtlichen Beschränkungen, die ihnen verbieten, als eigenständige Produzentin Land zu besitzen. Ihre Verhandlungsposition gegenüber politischen Gremien und Entscheidungsträgern hat sich grundlegend verbessert. Hierzu tragen die demokratischen Strukturen in der Kooperative bei, denn die gewählten Vertreterinnen der Kooperative kämpfen für die Landrechte und die öffentliche Anerkennung des Frauenzusammenschlusses. Auch ihre unzureichende Schulbildung und das Aufbrechen von familiären Sicherungssystemen fordern neue Antworten, denn über 70% der Frauen sind allein erziehende Mütter, die bis zu neun Personen in ihren Haushalten versorgen müssen.

Die Kooperative bieten den Frauen neue wirtschaftliche Perspektiven in der Produktion und Vermarktung, auch die Bildungsprogramme tragen zur Stärkung des Selbstvertrauens bei. Indem die Frauen ihr eigenes Einkommen erwirtschaften und Zugang zu Krediten erhalten, hat die Kooperative ihre Ressourcensituation strukturell verbessert. Zudem können die Frauen finanzielle Unterstützung in Notsituationen erhalten und mit einer minimalen Altersversichung rechnen. Indem die Zusammenarbeit und Organisation von Frauen gestärkt wird, fördert die Kooperative die sozio-ökonomische und kulturelle Entwicklung in den Dörfern. *La Surenita* zeigt, dass ein Projekt, das die wirtschaftlichen Ziele der Frauen verwirklicht, mittel- und langfristige Verbesserungen bringen kann. Denn erstens werden alle Frauen regelmäßig in der Produktionstechnik sowie in verwaltungspraktischen und politischen Fragen geschult und zweitens liegt die gesamte Verwaltung und Vermarktung in den Händen der Mitglieder.

Dennoch sind die wirtschaftlichen Möglichkeiten an das Alter und den familiären Status der Frauen gebunden: Während das Einkommen der allein erziehenden jungen Mütter mit mehreren Kindern gerade zur Versorgung reicht, können andere Frauen bereits ein eigenes Haus bauen. Die Herausforderung für diese Kooperative besteht nun darin, mögliche Konflikte zu bewältigen, die aus derartigen Unterschieden zwischen den Frauen resultieren.

Wenngleich die Frauen durch das eigene Einkommen und die Bildungsangebote selbstbewusster geworden sind, entziehen sich immer mehr Ehemänner ihrer familiären Verantwortung. Viele nutzen ihre sporadischen Löhne nun ausschließlich für individuelle Interessen. Somit hat der wirtschaftliche Erfolg der Frauen neue Geschlechterkonflikte zur Folge. Obwohl einige verheiratete

Fortsetzung nächste Seite

INTERVIEW

Hunger und Landwirtschaft

Nicht nur mit Kilokalorien...

Die Diskussion über Geschlechterrollen hat für Fragen zur Ernährungssicherung erhebliche Relevanz. Trotzdem konzentriert sich die agrarwissenschaftliche und entwicklungspolitische Forschung meist immer noch auf Methoden zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Nicht selten geraten diese sogar zum Nachteil von Frauen.

Frau Teherani-Krönner, statt des in der Forschung üblichen Konzepts der Ernährungssicherheit bevorzugen Sie den Begriff der Ernährungssouveränität. Was unterscheidet die beiden Ansätze?

Teherani-Krönner: Die Ernährungsfrage wird überwiegend als produktionstechnisches Problem gesehen. Das Konzept der Ernährungssicherung geht üblicherweise davon aus, dass quantitativ genug produziert werden muss und erst wenn das Produzierte auch vermarktet wird, können der Hunger in der Welt und die Bevölkerungsfragen gelöst werden.

Das ist meines Erachtens zu kurz gegriffen, weil Hunger und Ernährungssicherung sich nicht allein in der Frage von ausreichender Produktion erschöpfen, sondern eine ganze Reihe von anderen Faktoren umfassen. Typisch für den produktorientierten, technologischen Ansatz, der Ernährung auf Kilokalorien reduziert, ist, dass Menschen mit ihren Essgewohnheiten nicht ins Zentrum gerückt werden. Bereits bei den gebräuchlichen Begriffen »food«, »food-supply« und »food security« ist zu unterscheiden, ob damit Nahrungsmittel als Ware und damit als Machtinstrument auf den Weltagrarmärkten bezeichnet werden oder Ernährung als Mittel, um menschlichen Hunger zu stillen.

Ernährungssouveränität im Unterschied zu Ernährungssicherheit thematisiert hingegen zudem die Formen der Verteilung – auch den innerfamiliären Zugang – und die Unabhängigkeit von (Welt) Agrarmärkten. Wichtiger aber erscheint mir die Entwicklung eines Konzepts, das Ernährung stärker in den jeweiligen kulturellen Kontext setzt. Dann würden Prozesse der Herstellung, der Verarbeitung, der Zubereitung der Nahrung bis hin zu den Ritualen und kulturellen Symbolen neu zu gewichten sein.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Frauen derartige Schwierigkeiten mit ihren Ehemänner beklagen, bewerten sie die Kooperative dennoch als Chance, ihre Perspektiven zu verwirklichen.

Die Zukunft der Frauenorganisationen – Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungsplanungen müssen stärker als bislang das lokalspezifische Zusammenwirken von Geschlechterhierarchien und sozio-ökonomischen Differenzen erfassen, um Frauenzusammenschlüsse so zu unterstützen, dass keine weiteren Nachteile für die Beteiligten entstehen. Partizipative Planungsprozesse können dazu beitragen, traditionelle und neue Kooperationsformen zu stärken und lokale Problemlösungsansätze durch gemeinsame Arbeitsformen zu fördern. Der Dreh- und Angelpunkt hierbei sollte die Unterstützung der Kompetenzen, Kenntnisse und des Ideenreichtums von Frauen sein.

Indem Frauenzusammenschlüsse ökonomische und ökologische mit sozio-kulturellen Zielen verbinden und dabei von der Lebensrealität ihrer Mitglieder ausgehen, sorgen sie für die Ernährungssicherung und bieten neue Handlungsspielräume für Frauen. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Wandel und der geschlechtlichen Arbeitsteilung innerhalb der Kooperativen ist die Basis dafür, dass die Beteiligten selbst neue Ansatzpunkte für die Organisation ihrer Arbeit entwickeln und auf diesem Wege die mit der männerdominierten Erwerbsarbeit verbundenen Ungleichheiten hinterfragen. Wenn demokratische Entscheidungsstrukturen verankert sind, können die Zusammenschlüsse auch geeignete Instanzen sein, um Fraueninteressen gegenüber anderen Organisationen und staatlichen Institutionen zu vertreten.●

Autorinnen:

Dr. Rita Schäfer, Ethnologin und Gastdozentin an der HU-Berlin, Dr. Teherani-Krönner, wissenschaftliche Leiterin der »Ruralen Frauenforschung« und des Schwerpunktes »Frauen in der ländlichen Entwicklung«, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät, HU-Berlin. Die an der Humboldt-Universität zu Berlin verankerte Rurale Frauenforschung und der dortige Schwerpunkt »Frauen in der ländlichen Entwicklung« schaffen eine für die deutschen Agrarwissenschaften einmalige Verbindung mit den Geschlechterstudien.●

In ihren Forschungen über die Situation der Ernährungssicherung im Iran (1) *betonen Sie, dass es bei Ernährungssicherung nicht um das Rohprodukt geht, sondern um die Mahlzeiten. Warum?*

Es wird in der Forschung zur Ernährungssicherung oft übersehen, dass Menschen sich nicht über Rohprodukte wie Weizen, Gerste, Reis, Kartoffeln und andere Knollenfrüchte ernähren, sondern von zubereiteten Mahlzeiten. Ernährung ist ein komplizierter Prozess sozialer Interaktion, der Geschlechterverhältnisse umfasst und tief in den jeweiligen Bräuchen und Sitten eingebettet ist. Die Zubereitung fällt meist in den Aktionsraum von Frauen, insbesondere im häuslichen Bereich. Veränderte Essgewohnheiten sind daher mit Verschiebungen im Geschlechterarrangement verbunden. Eines unserer Konstrukte im westlichen Weltbild ist, dass wir öffentlichen Raum und privaten Raum voneinander unterscheiden und zugleich hierarchisch gliedern. Der öffentliche Raum ist der Bedeutende und der private Raum, in dem die Küche verortet ist, der Minderwertigere. So liegt es nahe zu sagen, die Zubereitung von Mahlzeiten sei eine weniger wertvolle Arbeit. Ich versuche aber gerade bei den Gesellschaften, die nicht nur nach monetären Gesichtspunkten strukturiert sind, auf die große kulturelle Bedeutung der zubereiteten Nahrung hinzuweisen. Denn über präparierte Mahlzeiten findet ein wesentlicher Teil der sozial-kommunikativen Interaktion statt. Mahlzeiten dienen real und symbolisch der sozialen Anerkennung und Absicherung. Sie bilden jene Knoten im informellen Netzwerk, die von Frauen geknüpft werden.

Was bedeuten die Veränderungen im Bereich der Ernährung für das Geschlechterverhältnis?

In dem Moment, in dem sich die Marktmechanismen weiter in die Ernährungssouveränität hineindrängen, verändert sich der Bereich, der zuvor ein autonomer Raum der Frauen war. Wenn sie diesen Raum aufgeben bzw. aufgeben müssen, ist die Frage, welche funktionale Äquivalenzen es für Frauen gibt. Wenn Frauen die Ernährungssicherung dem Markt überlassen, wo finden sie neue Aktionsräume und eine Chance, sich Nahrung zu beschaffen und ihre Familien zu versorgen?

Können Sie ein Beispiel dafür geben?

In der Region Ilam im Iran führte die verbesserte Vermarktung von Teppichen zur starken Reglementierung von Frauen, die nun von den Männern der Familie gezwungen wurden, täglich mehr und länger zu knüpfen. Die ursprünglich kreative, saisonale Tätigkeit entwickelt sich zur Zwangsarbeit. Einkommenschaffende Maßnahmen sind also kein Garant für mehr Eigenständigkeit oder gar Souveränität. Unter dem Diktat von Markt und Männern widersprechen sie sogar den Interessen der Frauen. Anders läuft es bei Frauenkooperationen im Nordiran, wo Basttaschen und Matten von den Landfrauen hergestellt und vermarktet werden und sie auch über das Geld verfügen. Doch wenn diese Frauen ihre Selbstversorgung im Reisanbau aufgeben und ihre Produkte auf dem Markt mit importierten, billigen Plastiktaschen konkurrieren müssen, werden auch sie »verletzbar«. Sie haben dann weder Reis in der Schüssel noch Geld als Entlohnung für die Arbeit.

So bleibt ein Grundproblem: Erst wenn es uns gelingt, den informellen nicht monetären, quasi unsichtbaren Teil gesellschaftlich notwendiger Arbeit anzuerkennen, wird es Spielräume und Entscheidungsmöglichkeiten geben, die mehr Geschlechtergerechtigkeit bieten, im Süden wie im Norden.

Südiran, Region Behbahan: Frauen in Vorbereitung für den Hochzeitsreis (1998) Foto: Parto Teherani-Kroenner

Lange Zeit wurden Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit vor allem als Opfer wahrgenommen. Das hat sich nun gewandelt hin zur Anerkennung der Funktion der Frauen als Ernährerinnen. Ihr Wissen wird zunehmend als Ressource in den so genannten Abfederungsprogrammen der großen internationalen Entwicklungsorganisationen eingesetzt. Wie bewerten Sie das?

Es ist nicht möglich, über Kleinprojekte für Frauen etwas abzufangen, was auf höherer Ebene strukturell verbaut und kaputt gemacht wurde. In dieser Beziehung hat die Frauendiskussion in der Entwicklungszusammenarbeit so etwas wie eine Alibifunktion. Erst werden existentielle Grundlagen zerstört und wenn die Katastrophe erkannt wird, sollen Frauenprojekte das auffangen, was vorher über große Mammutvorhaben weltweit, z.B. bei Bewässerungsprojekten, zerstört wurde. Das gilt zum Beispiel auch für den Iran. Ökonomisch ist dieses Land von Weizenimporten abhängig. Nun soll über Weltbank-Projekte die Eigenproduktion gefördert werden, was zunächst sinnvoll erscheint. Das Resultat kann sich jedoch regional katastrophal auswirken. Erstens werden Monokulturen angelegt, zweitens ist nicht klar, inwieweit die Bewässerungsanlagen den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommen. Bislang sind Frauen in der Region Behbahan im Südiran eigenständige Kleintierhalterinnen. Sie verarbeiten die Milch zu Joghurt und Käse und vermarkten diese Produkte auch. Da die Tiere zum Teil Eigentum der Frauen sind, verfügen sie auch über diese wichtige Quelle des Gelderwerbs. Diese Form der Tierhaltung lässt sich jedoch kaum mehr aufrechterhalten, wenn die Flächen für die geplante landwirtschaftliche Intensivnutzung gebraucht werden.Nun versucht die Regierung als Ausgleich, Frauenprojekte zu institutionalisieren. Auf der einen Seite klingt das begrüßenswert. Doch wenn den Frauen ihre ökonomische Grundlage entzogen wird und man erst zu spät merkt, dass die Frauen für die Versorgung der Familien verantwortlich sind, läuft etwas falsch.

Würden Sie es trotz derartiger Beispiele begrüßen, dass sich der Genderansatz in vielen internationalen und nationalen Entwicklungsorganisationen als so genannte Querschnittsaufgabe etabliert hat?

Sinnvoll wäre es, alle Projekte, vor allem aber die gesamte Agrarpolitik bezüglich der Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis zu evaluieren. Bisher ist dies weitgehend ein Lippenbekenntnis. Die Überprüfung müsste schon sehr früh auf internationaler Ebene ansetzen. Die gesamten derzeit beginnenden Agrarverhandlungen im Rahmen der WTO sollten unter dieses Thema gestellt werden. Das wäre ein Meilenstein in der Ernährungssicherung. Doch soweit ist die Gender-Debatte nicht durchgedrungen.●

Anmerkung:

(1) Teherani-Krönner (1999), Women in Rural Production, Household and Food Security: An Iranian Perspective, in: Kracht & Schulz (Ed.), Food Security and Nutrition, The Global Challenge, Münster/ New York, S.190-218

Nachdruck aus den »blättern des informationszentrums dritte welt (iz3w), Ausgabe 244 im April 2000: Spreu ohne Weizen – Konzeptlos gegen den Hunger. Siehe auch: www.iz3w.org
Das Gespräch führten Martina Backes und Andrea Schwendemann.

Rezension: Frauen und nachhaltige ländliche Entwicklung

Visionen, Strategien und Erfahrungen von Frauen in der Verwirklichung nachhaltiger ländlicher Entwicklungsprogramme bilden die Eckpfeiler dieses Sammelbandes. Mit Blick auf diese Schwerpunkte untersuchen Agrar- und Entwicklungsexpertinnen aus Ländern des Nordens, Südens und Ostens Chancen und Probleme der Ressourcennutzung. Die vorliegende Publikation stellt die Beiträge der III. internationalen Tagung »Women in Rural Development« vor, die im Juli 1998 in Berlin stattfand. Damit informieren die Veranstalterinnen, die Mitarbeiterinnen des agrarwissenschaftlichen Schwerpunkts »Frauen in der ländlichen Entwicklung« und der Ruralen Frauenforschung an der Humboldt-Universität, Berlin, die breitere Öffentlichkeit über die Tagungsergebnisse. Diese für deutsche Universitäten einmalige Verankerung von Frauen- und Gender-Studien in einer landwirtschaftlichen Fakultät ermöglichte es, über die Wichtigkeit von Frauenfragen in der ländlichen Entwicklung zu diskutieren.

Der vorliegende Tagungsband beweist einmal mehr die Bedeutung von Frauen als Gestalterinnen ländlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Ihre zentrale Rolle in der Ressourcennutzung und im -schutz ist keineswegs nur durch die geschlechtliche Arbeitsteilung bedingt, sondern auch durch Entscheidungsprozesse in ländlichen Haushalten. Inwieweit Frauen die Möglichkeit haben, ihre vielfältigen agrar-ökologischen Kenntnisse über Gemüse, Getreide oder Baumarten in praktischem Umwelthandeln umzusetzen, hängt u.a. von wirtschaftspolitischen und rechtlichen Vorgaben ab. Dieses Fazit ziehen Autorinnen anhand ihrer Fallstudien aus Ghana, Simbabwe, Malaysia und Indien. Bemerkenswert dabei ist, dass sie Frauen keineswegs als Opfer von Rahmenbedingungen bemitleiden, sondern ihre Widerstands- und Verweigerungsstrategien erläutern.

Auch in der Debatte über die lokale Agenda und den damit verbundenen agrar- und umweltpolitischen Entscheidungsebenen stellen die Autorinnen Frauen als Akteurinnen dar. Hierbei veranschaulichen sie deren Handlungsmöglichkeiten und -grenzen. So wird das Spannungsverhältnis zwischen der Umsetzung der lokalen Agenda in ländlichen Regionen der neuen Bundesländer, der EU-Agrarpolitik und den globalisierten Agrarmärkten aus Frauensicht betrachtet. Darüber hinaus richten die Autorinnen ihren Blick auch auf marginalisierte Gebiete in Süd- und Osteuropa, damit untermauern sie ihre kritische Einschätzung gegenwärtiger Agrarpolitik, die die umfangreichen Aufgaben von Frauen in ländlichen Regionen erschweren.

Wie ein roter Faden zieht sich die Bedeutung von lokalen Frauengruppen und Netzwerken durch die vielschichtigen Beispiele: Bäuerinnen in Nord-Deutschland, die gemeinsam mit der Direktvermarktung beginnen oder kenianische Nomadinnen, die in Folge wiederholter Dürren in den Städten ihre Tauschbeziehungen und ihre Handwerkstätigkeit intensivieren, legen Zeugnis davon ab, mit welchen Kooperationsformen Frauen gemeinsam Einkommensquellen erschließen. Dies ermöglicht ihnen auch, eigene Entwicklungsziele zu verwirklichen.

Die verbindende Gestaltungsmacht von Frauen wird ebenfalls an Beispielen veranschaulicht: Indem Verbraucherinnen ihre Interessen in die Debatte über ein »zukunftsfähiges Deutschland« einbringen und Frauen aus Ländern des Südens sich an internationalen Umweltbewegungen beteiligen, wirken sie aktiv an politischen Entscheidungsprozessen mit. Hierbei ist bemerkenswert, dass aus lokalen Müllprojekten, die Bewohnerinnen mexikanischer Slums gegründet haben, durchaus nationale Netzwerke entstehen können.

Wenn diese auch auf der internationalen politischen Ebene Forderungen stellen, wird offensichtlich, wie Frauen in der lokalen und globalen Umweltpolitik mitbestimmen. In all diesen Prozessen zeigt sich, dass ohne die Veränderung der Geschlechterbeziehungen umweltpolitische Handlungsspielräume von Frauen nicht erweitert werden können.Insgesamt bietet der Sammelband den Leserinnen und Lesern Einblicke in die Vielfalt der Diskussionen über eine ökologische Agrarpolitik und in die Alltagsstrategien von Frauen aus unterschiedlichen Ländern. Er verneint einfache Lösungen und fordert vielmehr die reichhaltigen Erfahrungen und Visionen von Frauen in die übergreifende Nachhaltigkeitsdebatte einzubeziehen.●

Rita Schäfer

Teherani-Krönner, Parto / Hoffmann-Altmann, Uta / Schultz, Ulrike (Hg.): Frauen und nachhaltige ländliche Entwicklung, III. Internationaler Workshop »Women in Rural Development«, Centaurus Verlag, Pfaffenweiler, 1999.

VOLLGENOSSENSCHAFTEN

Kommunen – Suche nach radikalen Alternativen

Kommunen sind die wohl radikalste Form des gemeinsamen Wirtschaftens und des anderen Lebens. Sie können als »Vollgenossenschaften« bezeichnet werden, weil sie Leben und Arbeiten zusammenbringen, sie also den ganzen Genossen bzw. die ganze Genossin einbeziehen. Sie können sich ihre Utopie im Hier und Jetzt vorstellen. In ihren selbstgewählten Gruppen finden heute viele Menschen eine verlässlichere und zukunftsfähigere soziale Bezugsgruppe als in der Kleinfamilie.

Gisela Notz, Red. Genossenschaften ● In Kommunen schließen sich Menschen mit gleichen oder ähnlichen Interessen zu überschaubaren sozialen Einheiten, Lebens- und Arbeitsgemeinschaften zusammen, um gemeinsam Dinge zu tun, die sie alleine gar nicht tun können oder tun wollen. Sie wollen mit anderen zusammen leben, ganzheitlich und ohne patriarchale Hierarchien solidarisch arbeiten und handeln. Sie entwickeln neue Formen der Selbsthilfe und gegenseitigen Hilfe und menschliche Beziehungen in einem kollektiv organisierten Leben. Meist grenzen sie sich von kleinfamilialen Lebensformen ab und finden eigene Regelungen. Kommunen bilden Gegenkulturen außerhalb von institutionalisierten Betriebsverfassungen und ohne Heiratsurkunden.

Zu ihren Konzepten gehört auch die konstruktive Auseinandersetzung mit den Schäden der modernen Zivilisation. Damit sind Schäden gemeint, die die Umwelt, aber auch solche, die die zwischenmenschlichen Beziehungen betreffen. Solche Menschen weigern sich, vor Autoritäten den Hut zu ziehen. Sie wollen unter sich keine Sklaven sehen und über sich keine Herren. Sie haben das Verlangen nach einem würdevollen Leben, nach demokratischen Arbeitsstrukturen, nach ebenbürtigen Geschlechterverhältnissen und nach freier Ordnung, die sie in der kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaft nicht finden können, nicht aufgegeben.

Frühe Wurzeln

Kommunen gibt es mindestens solange unsere Industriegesellschaft besteht. Die PionierInnen der Kommunebewegung kämpften gegen abstrakten Individualismus, gegen Atomisierung und gegen den Verlust des sozialen Kontextes in der Betrachtung der Individuen. Damit forderten sie auch eine Abkehr von der Konkurrenzgesellschaft hin zu fürsorgender und am anderen interessierten Gemeinschaft zwischen Frauen und Männern und Kindern.

In Westdeutschland machte die aus den Protestaktionen der StudentInnenbewegung entstandene Kommunebewegung Ende der 60er Jahre von sich Reden. Sensationelle Meldungen in den Medien haben dafür gesorgt, dass die Kommune zum Bürgerschreck wurde. Dennoch gaben Kommunen an vielen Orten den Impuls, die Idee des befreiten Menschen und der humanen Gesellschaft in subkulturellen Milieus zu verwirklichen. Seitdem entstanden in Städten und auf dem Lande zahlreiche Kommunen mit dem Selbstverständnis von Kollektiven gleichberechtigter Mitglieder, die die Isolation der Einzelnen und die Fixierung der Geschlechterrollen in neuen Formen des Zusammenlebens- und Arbeitens auflösen wollten.

Kleine Schritte

Heute scheinen sie beinahe in Vergessenheit geraten, die Inseln des »alternativen Lebens«, die Kommunen. Und doch gibt es sie. Nicht mehr nur ganz junge Leute schließen sich in Gruppen zusammen und stellen die Frage nach dem Sinn des Lebens und des Arbeitens in einer neoliberalen profitorientierten Ellbogengesellschaft.

Die KommunardInnen der Nach-68er-Bewegung sind realitätsbezogen geworden. Die großen politischen Zielvorstellungen einer Revolutionierung des gesamten Gesellschaftssystems sind in den Hintergrund getreten. Sie setzen auf die Kraft des Experiments und des Vorlebens. An ihrer Existenz kann beispielhaft aufgezeigt werden, dass Möglichkeiten einer anderen Lebens- und Arbeitswelt nicht nur in den Köpfen und Büchern von Menschen zu finden sind, die sich theoretisch damit auseinander setzen, sondern dass sie in Ansätzen hier und heute lebbar sind. Freilich bringt das Kommunenleben, wie andere Lebensformen auch Probleme mit sich. Möglicherweise potenzieren sie sich durch die Zahl der Beteiligten, aber es potenzieren sich auch die Lösungsmöglichkeiten.

Vorbild Niederkaufungen

Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen, einer seit 1986 bestehenden links-alternativen Kommune, die aus ca. 51 Erwachsenen und 17 Kindern besteht, zeigt, dass politische Zielvorstellungen keineswegs aufgegeben sind. Wer dort lebt, hat sich mit den sechs Grundsätzen, die sich die Kommune selbst gegeben hat, einverstanden erklärt. Rund 20 Kommunen in Deutschland leben nach ähnlichen Prinzipien wie die »Kaufunger«. Sie lauten:

1. gemeinsame Ökonomie,
2. Entscheidungsfindung im Konsens,
3. gemeinsam leben und kollektiv selbstbestimmt arbeiten,
4. Abbau kleinfamiliärer Strukturen,
5. Abbau geschlechtshierarchischer Strukturen und
6. linkes Politikverständnis.

Neuerdings gelten Nachhaltigkeitsprinzip und soziale Absicherung als zusätzliche Kriterien.

Seit 1986 besteht die Kommune Niederkaufungen. Rund 20 Kommunen in Deutschland leben nach ähnlichen Prinzipien wie die »Kaufunger«

Unpolitische Flucht?

Marxisten und andere Linke haben die Kommunebewegung oft als unpolitische Flucht vor der gesellschaftlichen Verantwortung zur Einläutung einer radikalen Veränderung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gegeißelt. Sie werfen den KommunardInnen vor, dass sie Idealisten, Individualisten und Wirrköpfe seien, die sich auf den Spielwiesen der »Risikogesellschaft« tummeln und ihre Hoffnung in der Dissidenz sehen. Linke betrachteten die AktivistInnen oft skeptisch, weil sie scheinbar geschichtslos glaubten, am Rande des kapitalistischen Patriarchats ihre utopischen Inseln aufbauen zu können, vor der bösen Welt flüchten wollten und ihre Träume von einer besseren Welt ohne Angst und Unterdrückung umzusetzen versuchten, ohne etwas gegen die Unterdrücker zu unternehmen.

Das beschriebene Reibungsverhältnis ist alt, mindestens so alt, wie die Kommunebewegung. Freilich kann das Problem der fortschreitenden Entfremdung, Rationalisierung, Technisierung und Mediatisierung unserer Lebens- und Arbeitswelt weder durch Selbstversorgung auf einem Bauernhof noch durch Selbstverwaltung in einer Unternehmung gelöst werden. Dennoch können die Kommunen und Lebensgemeinschaften als Beispiele für gelebte Utopien eines sinnvollen selbstbestimmten, antipatriarchalen, kollektiv organisierten Arbeits-Lebens dienen.

Suchbewegungen

»Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft« sind Kommunen Suchbewegungen und Versuche gegen die fortschreitende Zerstörung der menschlichen Mit- und Umwelt, gegen die Ausgrenzung von Andersdenkenden und – last not least – gegen die sozialen und die geschlechterspezifischen Ungleichheiten. Kommunen sind keine einheitlichen Gebilde. Sie haben viele Gesichter. Aber viele der Menschen, die dort leben und arbeiten sind unermüdlich, stellen sich den Herausforderungen der GrenzgängerInnen und versuchen aus Träumen Leben werden zu lassen. Und das, obwohl heute utopisches Denken nicht gerade hoch im Kurs steht. ●

SCHÄFEREIGENOSSENSCHAFT FINKHOF

Die Kommune als Genossenschaft

Die vor nunmehr fast 30 Jahren (1971) gegründete Kommune Finkhof, eine Schäferei bei Isny im Allgäu, ist seit 1979, also seit mehr als 20 Jahren, eine eingetragene Genossenschaft. Sie besteht heute aus 12 bis 15 Erwachsenen, einigen Kindern und zahlreichen Schafen.

Gisela Notz, Red. Genossenschaften ● Der Gedanke, sich eine wirtschaftliche Rechtsform zu geben, wuchs bei der Kommune Finkhof, weil die Erfordernisse, die der bürokratische Apparat des Staates verlangten, immer lästiger wurden. So musste jeder seine eigene Einkommenssteuererklärung machen, jeder wurde steuerlich als »Single« veranschlagt etc. Für die Kommune als kollektiver Lebens- und Arbeitszusammenhang gibt es keine Rechtsform. Dass sie bei der Suche nach einer geeigneten Rechtsform bei der Genossenschaftsform hängen blieben, hatte – wie sie sagen – vor allem nostalgische Gründe. Obwohl ihnen die alten Genossenschaften eigentlich zu wenig radikal waren, wollten die KommunardInnen an die Tradition der Produktivgenossenschaften als das »dritte Standbein« der Arbeiterbewegung anknüpfen. Die Arbeiterbewegung bestand für sie aus Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften.

Bürokratische Verbandserfahrungen

Sie erarbeiteten zunächst einen Satzungsentwurf. Darin wurde verankert, dass der Finkhof Schaf- und Lammfleisch und Wollprodukte erzeugt, Schafe hütet und Almen benutzt, »benachteiligten« Jugendlichen neue Lern- und Arbeitsmöglichkeiten bieten will und dass seine Arbeit ökologischen Gesichtspunkten Rechnung tragen soll. Die Herren vom Genossenschaftsverband schluckten, als sie die Satzung sahen. Sie bezweifelten damals die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Finkhof und die Satzung war ihnen zu sehr auf Gemeinschaft hin formuliert. Der Genossenschaftsverband stellte daher einige Anforderungen an den Finkhof als Wirtschaftsunternehmen. Er wollte keine alternative Katze im Sack kaufen. Nun wurde es erst richtig bürokratisch. Die sozialen Passagen wurden wieder aus der Satzung gestrichen, bis sie eindeutig wirtschaftlich ausgerichtet war.

Diesen Kriterien können und wollen manche Kommunen nicht entsprechen. Manche scheitern schon daran, dass für die Gründung einer eingetragenen Genossenschaft mindestens sieben Mitglieder erforderlich sind. Zudem müssen die GründerInnen einen Vorstand wählen, der aus mindestens zwei Mitgliedern und einem oder einer Vorsitzenden besteht. Das passt nicht zu den anti-hierarchischen Kommunestrukturen. Auch gibt es noch den dreiköpfigen Aufsichtsrat und gegebenenfalls eine GeschäftsführerIn, die möglichst kaufmännisch vorgebildet sein sollte. Auch das hat mit der Alltags-Realität einer Kommune wenig zu tun, ebenso wenig wie die (jährlich vorgesehene) Generalversammlung, bei der ein Mensch eine Stimme hat.

Kapitalneutralisierung als Problem

In der Finkhof-Kommune ist – wie in den meisten anderen Kommunen auch – jede Woche »Generalversammlung« in Form des Plenums und es gilt das Konsens-Prinzip, nicht die Abstimmung. Obwohl die Finkhöfler der Meinung sind, »Vorstand, Geschäftsführung, Aufsichtsrat, Posten und Honoratioren sind Sachen, die wir nicht brauchen«, haben sie sich formal auf diese Strukturen eingelassen. Ein größeres Problem ergibt sich aus dem Kapital, das die Kommunarden in die Kommune einbringen. Nach dem Gesetz hat die GenossIn die meisten Anteile an der Genossenschaft, die am meisten Kapital einbringt.

Bringt jemand z.B. ein Erbe in die Genossenschaft ein, hat sie fortan ziemlich viele Anteile an der Genossenschaft. Verlässt sie die Genossenschaft, kann sie – wenn sie auf ihrem Recht beharrt – u.U. die gesamte Kommune ruinieren, weil diese nicht in der Lage ist, sie wieder auszuzahlen, da mit dem Geld in der Zwischenzeit notwendige Investitionen getätigt worden sind. In diesem Fall konnten die Finkhöfler lediglich eine Klausel in die Satzung einbringen, die besagt, dass die Anteile erst nach zwei Jahren zurückgezahlt werden können und dass sie an die Genossenschaft direkt zurückverkauft werden müssen. Bei Konkurs haften sie mit ihren Geschäftsanteilen und mit 2.000 DM Privatgeld. KommunardInnen haben aber kein Privatgeld. Ihr Anspruch an Kapitalneutralisierung ist durch das Genossenschaftsrecht nicht zu verwirklichen.

Aufwendiges »Doppelleben«

Vor 20 Jahren arrangierten sich die Finkhöfler bereits mit dem »Doppelleben«. Nach innen wollten sie nach wie vor keinen Chef, keine Abstimmung, keine Satzung, kein Privatgeld etc. Nach außen akzeptierten sie die Gesellschaftsform, die ihrem politischen Verständnis am nächsten kommt. Einige ihrer Prinzipien, wie gleiche Bewertung aller Arbeiten, keine Trennung von Hand- und Kopfarbeit, nicht das Geld ist entscheidend, sondern die Arbeitsleistung, konnten sie in der Genossenschaftsform durchaus unterbringen.

Am Kollektiv als Einheit von Arbeit und Leben wollten sie auf jeden Fall festhalten und an der gemeinsamen Kasse ebenso. Die Finkhöfler kaufen keine Arbeitskraft von anderen, wie es »normale« Unternehmer tun. Sie vermarkten nur die eigene Arbeitskraft für Produkte, die direkt an den Endabnehmer gehen. Eine Genossenschaft könnte auch ArbeiterInnen, die keine Genossen sind, einstellen. Sie wollten sich möglichst weit lösen von den Prinzipien der neoliberalen marktwirtschaftlichen Ordnung. Daher betreiben sie einen Teil Selbstversorgung und auch der Tauschhandel mit bestehenden Gruppen floriert.

Und dennoch wissen sie, dass auch sie das kapitalistische Wirtschaftssystem unterstützen. Pünktlich bezahlen sie ihre Steuern, auch wenn sie wissen, dass sie darüber Pershings und Castor-Transporte mitfinanzieren (müssen). Sie bezahlen nach wie vor sogar mehr Steuern als viele andere Menschen. Denn als Kollektiv werden sie – wie sie sagen – nicht wie die überfällige heilige Familie mit Steuervorteilen ausgestattet. Sie zahlen nach wie vor die Steuern, die sie als »Singles« bezahlen müssten.

Erforderliche rechtliche Veränderungen

Um den Strukturen einer Vollgenossenschaft gerecht zu werden, gälte es im Genossenschaftsrecht auch die veränderten »privaten« Strukturen zu berücksichtigen. Es müsste zudem dringend dahingehend geändert werden, dass Genossenschaften ohne die Wahl eines Vorsitzenden als Kollektiv bestehen können, die Zahl der notwendigen Gründungsmitglieder auf fünf verringert wird und Kapitalneutralisierung möglich wird. Solange das nicht gelingt, gibt es keine passende Rechtsform für die Kommune als Vollgenossenschaft. Die wäre aber notwendig, wenn die Idee »Kommune« in weitere Kreise getragen werden soll. Es erscheint ohnehin müßig, den Kommunen selbst immer wieder vorzuwerfen, dass sie in ihren Nischen verweilen. ●

KOMMUNE BUCHHAGEN

Wirken durch die Kraft des Experiments

Die Kommune Buchhagen ist eine der ca. 20 Kommunen im Bundesgebiet, die sich weitestgehend an den Grundsätzen der Kommune Niederkaufungen orientiert. Ihr Sitz ist in einer ländlichen Region in Niedersachsen. Sie gehört zu einem Dorf mit insgesamt 45 Einwohnern. Die Kommune besitzt gemeinsam ein großes Gelände mit nebeneinander gereihten ehemaligen Arbeiterhäusern, die, bevor die Kommune sie gekauft hat, zu einem nahe liegendem Gut gehörten. In der Region wird ihr neu erworbener Besitz »das lange Haus« genannt. Eine aus dem Jahre 1867 stammende Mühle, verschiedenen Scheunen und ein großes Stück Land wurden zur gleichen Zeit erworben.

Gisela Notz, Red. Genossenschaften ● Die Kommune Buchhagen besteht aus acht Erwachsenen und vier Kindern. Die Älteste ist 76 Jahre, der jüngste Erwachsene ist 26 Jahre alt. Die Kommune hat den Anspruch, alle Generationen zu repräsentieren, weshalb von manchen Mitgliedern bedauert wird, dass eine »Zwischengeneration« (noch) fehlt. Die meisten der jungen Leute lernten sich während der Wanderschaft kennen. Einige haben gemeinsam auf der »Tippelei« Kommunen in Italien besucht und sind auch in Israel gewesen und haben dort einen Kibbutz kennen gelernt. Das hat ihr Leben entscheidend beeinflusst.

Handwerkliche Ausbildung

Die meisten sind HandwerkerInnen. In dieser Zusammensetzung – (fast) alle sind FacharbeiterInnen – unterscheiden sie sich grundlegend von den meisten anderen Kommunen, deren BewohnerInnen oft aus StudentInnen und Intellektuellen bestehen. In Veröffentlichungen wird immer wieder kritisiert, dass es überwiegend AkademikerInnen sind, die an solchen »gesellschaftlichen Nischenexperimenten« teilhaben. Die Vorteile, die sie durch ihre Ausbildung haben, sind den meisten bewusst: »Wir haben das Potenzial, Studentenkommunen fehlt oft das Praktische«. Alle KommunardInnen tragen fachliche Qualifikationen und soziale Kompetenzen, die nirgends besser gelernt werden können als auf der Wanderschaft, in die Gruppe.

Sie wollten einsteigen in die Landkommune, weil sie von ihrem Stadtleben müde waren, weil sie ihr Glück nicht in der Kleinfamilie finden konnten, oder/und weil sie die Bedingungen ihrer Arbeit selbst bestimmen wollten und dafür lieber auf einen angesehenen Platz in der bürgerlichen Gesellschaft verzichten. Eine junge Handwerkerin brachte es in einem Interview auf den Punkt: »Irgendwann war ich an dem Punkt, wo es mir unmöglich wurde, weiter einer Industrie zuzuarbeiten, die in erschreckendem Maße an der Umweltzerstörung beteiligt ist.« Andere sahen den Einstieg in das Kommuneleben als »logische Folge« der »Tippelei« oder auch der damit verbundenen Kommune-Besuchsreise.

Intensive Vorbereitung

Ungefähr anderthalb Jahre lang haben sie sich auf das Zusammenleben vorbereitet. Etwa einmal im Monat haben sich alle getroffen. Damals waren sie alle noch unterwegs auf Wanderschaft: »Der Wunsch war in meinem Kopf und wurde immer größer... . Irgendwie wächst das und man weiss nicht wie«. Neue Häuser und Höfe wurden betrachtet und die Gruppe hat sich überlegt, wie sie zusammen leben, wirtschaften und arbeiten wollen. Sie haben ihre Wünsche und Träume zusammengebracht und darüber diskutiert, wie sie sich das »gute Leben« vorstellen. Mit der Zeit wurde es immer konkreter. Dass sie Werkstätten haben wollten, war allen klar. Schließlich wurde ein gemeinsames Konzept erstellt. Das »lange Haus«, in dem sie jetzt wohnen, bot ihnen nach ausführlicher Suche eine ideale Bleibe.

Ganzheitliches Arbeiten

Die Kommune Buchhagen versucht nicht nur, die ökonomischen Verhältnisse egalitär zu gestalten, sondern sie arbeitet ebenso an der Verwirklichung eines sozialen und emotionalen Lebensraumes, durch den ein Zusammenleben möglich wird, das in kapitalistisch organisierten Unternehmungen und kleinfamilialen Lebensformen nicht möglich ist. Die Strukturen, die dies zulassen, haben sie sich selbst geschaffen. Die Menschen arbeiten und leben ganzheitlich, das heißt ihre Tätigkeiten umfassen Planung, Ausführung und Kontrolle des Produktionsprozesses. Sie können im Rahmen ihrer Arbeit ihre erworbenen fachlichen und sozialen Qualifikationen einsetzen und weiterentwickeln und werden zudem in der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit unterstützt.

Die gemeinsame Kasse bildet die Grundlage, um nicht untereinander in »Geldkonkurrenz« zu geraten. Die Kommune hat die Kasse in verschiedene »Töpfe« geteilt: eine Baukasse für den gemeinsamen Ausbau der Gebäude, eine Bedürfniskasse, aus der sich jeder Taschengeld, Geld für Kleidung und Spielzeug etc. nehmen kann, eine Haushaltskasse für Mahlzeiten, die Wartung der gemeinsamen Autos und für Ausflüge u.a. und eine Betriebskasse, für die gemeinsamen Betriebe. Bisher gab es damit keine Probleme. Die Einnahmen kommen aus den Betrieben, aus Marktverkäufen, Renten und Honoraren, die KommunardInnen für Dienstleistungen erhalten. Gleichzeitig mit dem Eintreten in die Kommune werden Ausstiegsverträge abgeschlossen, damit KommunardInnen, die die Kommune verlassen, woanders neu anfangen können.

Gemeinsam leben

Die KommunardInnen heben es alle als Vorteile des Kommunelebens hervor, dass sie gemeinsam Dinge tun können, die sie alleine nicht tun wollen, dass sie immer hilfsbereite Menschen um sich haben. Wenn der eine einmal keine Lust hat, oder nicht kann, ist die andere zur Hilfe bereit. Sie müssen nicht alleine sein, können mit Kindern und Älteren zusammenleben und können ohne Hierarchien nach ihren Vorstellungen arbeiten. Als Nachteil sehen sie den ständigen Zeitdruck und die nie enden wollende Arbeit. Freilich können sie sich in ihre eigenen Zimmer zurückziehen, aber wenn das geschieht, sind sie oft zu müde, um noch ein Buch zu lesen.

Allein von Subsistenzwirtschaft könnten die KommunardInnen nicht überleben, und die Wirtschaft für das »gemeine Eigene« (Möller), die zwar einen großen Raum einnimmt, würde auch nicht reichen. Zum viel zitierten glücklichen Leben gehört auch ein bisschen Geld für Nahrung, Kleidung, Um- und Ausbau der Häuser und Anschaffungen. Zunächst wurde ein Verein gegründet und nach einigen Diskussionen eine gemeinsame Satzung verabschiedet. Eine selbstverwaltete ökologische Zimmerei, die durch vier KommunardInnen gegründet wurde, und ein Garten- und Landschaftsbetrieb waren die ersten Betriebsgründungen. Später sollen Tischlerei, eine Goldschmiede, ein Tagungshaus und ein Cafe oder eine Kneipe folgen. Seit Oktober 1999 hat sich die Zimmerei von der Kommune formal getrennt und sich eigene selbstverwaltete Strukturen geschaffen.

Nachhaltig wirtschaften

Die (meisten) Kommunardinnen hatten von vornherein nicht den Anspruch, alleine von Selbstversorgung zu leben. Sie betrachten Geld als ein Tauschmittel: »Warum sollen wir nicht für die Kundschaft bauen und tischlern?« Und die Kundschaft wählen sie sich aus. Es gibt keinen Zwischenhandel. Alle Werkzeuge und Maschinen gehören den KollektivistInnen gemeinsam. Niemand kann einen anderen für sich arbeiten lassen. »Nachbarschaftshilfe« und Tauschgeschäfte sind selbstverständlich, vor allem dann, wenn für Projekte mit ähnlichen Ansprüchen gearbeitet wird. Die TischlerInnen und ZimmerInnen überlegen sich sorgfältig, mit welchen Materialien sie arbeiten und wem die erstellten Produkte zugute kommen. Auf die Verwendung von Wohngiften wird ebenso verzichtet wie auf den Einbau von Tropenholz. Fachwerk wird in denkmalgerechter Ausführung saniert und Fenster, Türen, Treppen etc. nach den Maßen und Wünschen der Kunden gefertigt. Das Prinzip der Nachhaltigkeit wird eingehalten.

Im Moment werden die Häuser grundlegend saniert, Dachstühle und Dachdeckungen, Bodenausbau und Zimmerrenovierungen sind bereits in Eigenleistung entstanden. Die Nachbarn der Gemeinde Buchhagen sind sehr froh, über die neuen BewohnerInnen: »Hier hat sich viel verändert, aber nur zum Guten«. Auch in der örtlichen Presse werden die neuen Bewohner als »Segen« für die geschätzten alten Gebäude betrachtet, weil sie deren Verfall stoppen und sie zu neuem Leben erwecken. Freilich war die Sanierung mit harter Arbeit verbunden: »Wir sind alle überarbeitet, und da ist es schwierig, was von den anderen mitzubekommen. Da kennt man nur den eigenen Stress.« In der Zwischenzeit, nachdem die meisten Räume wohnlich eingerichtet sind, hat sich auch der Stress etwas gelegt.

Entscheidungsfindung im Konsens

Die Kommune wendet sich gegen jede Art von Hierarchie und Machtausübung und gegen die Anonymisierung durch Großorganisationen. Die KommunardInnen möchten zurückfinden zur Selbstveranwortung – jenseits der immer noch fortschreitenden Arbeitsteilung. Um ihr Ziel erreichen zu können, ist es Voraussetzung, dass jeder Schritt von allen gleichermaßen getragen werden kann. Alle Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Das erfordert einen oft aufwendigen Diskussionsprozess, der während der wöchentlich (mitunter auch öfter) stattfindenden Plenumssitzungen geführt wird.

Auch alle Entscheidungen, die die Betriebe betreffen, werden in (zusätzlichen) wöchentlichen Betriebsplena durch alle Beschäftigten in gemeinsamer Diskussion getroffen. Die gefassten Beschlüsse sind dann auch für alle verbindlich und werden von allen getragen. Weder für betriebliche Entscheidungen, noch für solche, die die Kommune betreffen, sind Mehrheitsentscheidungen möglich. Alle Probleme, Bedenken und Einwände werden so lange diskutiert, bis Konsens hergestellt ist. Unterschiedliche Interessen, die sich durch den Gegensatz der individuellen Interessen einzelner Individuen und der gemeinsamen Gruppeninteressen ergeben, prallen in den Plena oft aufeinander.

Es wird versucht, sie in kollektiven Lernprozessen zu bearbeiten. Freilich kam es, wie in allen Kollektiven auch, zu Konflikten und Schwierigkeiten. Die Kompetenzen, die für solche Lernprozesse notwendig sind, müssen sich die KommunardInnen teilweise erst aneignen, denn sie werden (bis heute) weder in der Schule noch in der Ausbildung gelernt. Die Prinzipien der Selbstverwaltung und der kollektiven Entscheidungen standen in dieser Kommune jedoch bis jetzt zu keiner Zeit zur Disposition.

Abbau geschlechtshierarchischer Strukturen

Als die Kommune zusammengezogen war, war die Diskussion um die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung schon weitestgehend gelaufen. Bereits während der Wanderschaft war die ebenbürtige Zusammenarbeit das Anliegen von Männern und Frauen. In der Kommune beweisen sich die meisten Männer ebenso kompetent in der Leistung von Haus- und Sorgearbeiten, Kindererziehung und Betreuung von alten und kranken KommunardInnen, wie die meisten Frauen das tun. Und in den Werkstätten arbeiten Frauen genauso selbstverständlich, wie Männer.

Die Zimmerei bildet ausschließlich junge Frauen aus, um deren Chancen, einen Ausbildungsplatz in einer Zimmerei zu bekommen, zu erhöhen und zu fördern, dass mehr Frauen diesen männerdominierten Beruf erlernen können. Sie bietet auch »reine Frauenbaustellen an, das heißt, Frauen planen und führen die Arbeiten aus«. Sie geht davon aus, dass es KundInnen gibt, die sich ein »frauenfreundlicheres Verhalten auf ihrer Baustelle« wünschen, als es »normalerweise« üblich ist. Freilich passiert es schon mal auf einer Baustelle, dass eine der jungen Meisterinnen als Lehrling oder Praktikantin des mitarbeitenden Gesellen angesprochen wird. Das wird von Frauen wie Männern schnell klargestellt.

Manche Kommunardinnen sehen dennoch auch, dass die Ansprüche der ebenbürtigen Arbeitsverteilung schwer durchzusetzen sind: »Man gerät leicht in die klassischen Strukturen.« Es ist eine Frau, die darauf hinweist, dass »eher Frauen sauber machen, aufräumen und gucken, dass es gemütlich ist. Wir sind schon in unseren Rollen. Wieso? Oft heißt es, wie in anderen Zusammenhängen auch, wenn Dich was stört, dann mach halt was und das machen eher die Frauen.«

Außen- und Innenorientierung

Die in der Zimmerei beschäftigten Frauen sehen das anders, sie drücken sich ebenso wie ihre männlichen Kollegen gerne vor der Hausarbeit, weil sie Wichtigeres zu tun haben. So läuft die (sonst) geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in dieser Kommune nicht wirklich zwischen den Geschlechtern ab. Für den Gemüsegarten und den Großeinkauf beim Biobauernhof ist ein Mann zuständig und er klagt ebenso wie die Frauen, die in anderen Zusammenhängen dafür verantwortlich sind, über mangelnde Anerkennung seiner Subsistenzarbeit gegenüber der Anerkennung, die die Außenaufträge der Zimmerleute erhalten.

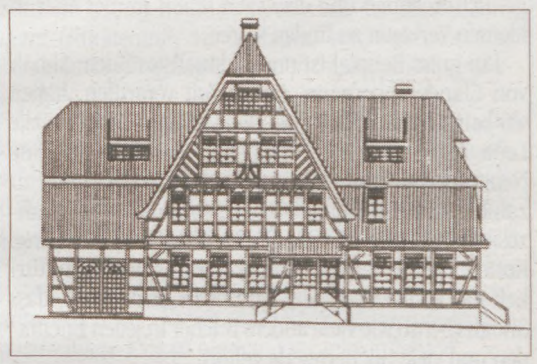
Die Putzarbeiten und das Wäschewaschen werden relativ gleichmäßig unter den KommunardInnen verteilt. Die Eltern der Kinder waschen schon mal öfter als die Anderen. Es gibt »Küchentage«, d.h., jede und jeder teilt sich selbst zum Kochen ein, und diese »Küchentage« sollten egalitär zwischen den KommunardInnen verteilt sein. Ausnahmen sind möglich. Die zwei Meisterschülerinnen mussten, solange sie die Schule besuchten, nicht kochen. Im Sommer, wenn es viele Aufträge gibt, kochen die in der Zimmerei Beschäftigten Männer und Frauen seltener und auch eine junge Mutter, sowie der junge Vater mussten, solange sie mit ihen Zwillingen stark beschäftigt waren, nicht so oft in der Küche stehen. Die 76-jährige macht die Zuarbeiten, die sie ohne große körperliche Anstrengung leisten kann.

Die KommunardInnen setzen auf die Kraft des Experimentes. »Je mehr Kommunen es gibt, desto besser ist es für die einzelnen KommunardInnen, das stärkt sie. Wenn es einmal keinen Weg mehr gibt, wegen persönlicher Geschichten oder so, kann ich woanders hingehen und finde Gleichgesinnte.« Die »Buchhagener« sind mit anderen Kommunen gut vernetzt. Jährlich mindestens einmal findet ein bundesweites Kommunetreffen statt und alle zwei Monate treffen sich die Kommunen aus dem Umkreis um Kassel – das sind immerhin acht Kommunen – zu einem gemeinsamen Abendessen.●

WENDLAND: MEUCHEFITZ LÄDT EIN

Fensterstreich-Aktion

Seit 1980 ist das Projekt in Meuchefitz ein Treffpunkt des Widerstandes gegen das Atomprojekt in Gorleben. Von einem Kollektiv in wechselnder Besetzung werden seitdem eine Kneipe, ein Tagungshaus und immer wieder mal ein Restaurant und eine Landwirtschaft betrieben. Durch viele Veränderungen hindurch hat sich das Projekt seinen offenen Charakter für die »widerständige« Szene und darüber hinaus erhalten können.



Da der gesellschaftliche Mainstream auch vor dem friedlichen Wendland nicht halt gemacht hat, haben auch hier fast alle früheren außerpalamentarischen Ansätze den Weg in den »selbstbestimmten-selbstständigen« Kapitalismus gefunden. Deshalb ist es uns und unseren UnterstützerInnen besonders wichtig, hier einen Freiraum für emanzipatorische Politik und gelebte Träume zu schaffen und zu erhalten.

Um dies auch finanziell möglich zu machen, betreiben wir eine kleine Gastronomie und ein Tagungshaus: Zurzeit machen wir einmal wöchentlich Kneipe (seit eh und je Donnerstags abends), bieten Samstags im Restaurant vorwiegend biologische Speisen, und das Tagungshaus ist erst mal bis Ende Juli gut belegt. Mit unserem Engagement unterstützen wir Flüchtlinge und Illegalisierte und führen Veranstaltungsreihen zu Themen wie Krieg, Faschismus, Expo, Nationalismus durch. Unsere Räume stehen selbstverständlich Gruppen und Initiativen zur Verfügung.

Momentan leben auf dem Gelände acht Personen im Spannungsfeld zwischen Kommune-Ideen, Bauwagenidylle und Single-Einzelhaushalt. Das Projekt ist die gemeinsame Klammer zwischen sehr unterschiedlichen Individuen mit ihren jeweils eigenen Lebensformen. Unterstützt werden wir auf vielfältige Weise von Menschen aus der Region.

Neugierig geworden? Vom 13. bis 17. August werden wir eine große Fensterstreichaktion veranstalten, zu der wir alle UnterstützerInnen und Projektinteressierte herzlich einladen! Wir wollen ehrlich sein: In diesem Haus gibt es ca. 100 Fenster, die dringend einen Neuanstrich benötigen. Wir denken uns das so: Mit vielen Leuten macht das Ganze viel mehr Spaß und das gegenseitige Kennenlernen wird auch gefördert. Wir bieten neben der praktischen Tätigkeit in einer wunderschönen Umgebung selbstverständlich Kost und Logis, einen nahe gelegenen Badesee, Lagerfeuer und sind auch einer rauschenden Abschlussparty nicht abgeneigt. Bitte meldet euch, wenn ihr kommen wollt, damit wir die Aktion besser planen können.

Wenn ihr euch für unser Projekt interessiert, im August aber keine Zeit habt, setzt euch doch einfach mit uns in Verbindung.●

Kontakt: Gasthof Meuchefitz, D-29482 Küsten
fon (0 58 41) 59 77, fax 6976
eMail: meuchefitz@t-online.de

TROTZDEM VERLAG

Trotzdem goes Genossenschaft

1978 wurde der Trotzdem Verlag als anarchistischer Verlag mit dem Ziel gegründet, in der damaligen BRD zum Erhalt und zur Weiterentwicklung einer lebendigen und radikalen libertären Kultur beizutragen.

Dieter Schmidt und Wolfgang Haug, Red. Heidelberg ● Doch unsere Konstruktion als kleiner politischer Verlag ist in den letzten Jahren mehr und mehr aus finanziellen und strukturellen Gründen bedroht. Als Ausweg aus diesem Dilemma überlegen wir seit einiger Zeit die Umwandlung des Verlags in eine Genossenschaft. Warum wir dies überlegen, welche Vorteile wir uns davon für den Verlag und für die politische Szene erhoffen und wie sich Freundinnen und Freunde des Verlags daran beteiligen können, wollen wir in unserem Beitrag darstellen. Im Anschluss daran wollen wir dann von Euch wissen, wer Interesse hat, Mitglied in dieser Genossenschaft zu werden.

Der Trotzdem Verlag verstand sich in den 22 Jahren seines Bestehens nie als eine rein kommerzielle Unternehmung. Wie viele andere vergleichbare politische Projekte auch, wurde er immer von den beteiligten Personen, deren Engagement, Phantasie und Bereitschaft zur Selbstausbeutung getragen. Im Alltag hieß das, dass von den jeweils beteiligten Personen die Verlagsarbeit immer als politische Arbeit verstanden wurde, die zusätzlich zu der notwendigen Erwerbsarbeit zu leisten war. Als Teil der linksradikalen Szene konnte der Verlag so Bücher mit anarchistischen Inhalten (wieder) zugänglich machen, anarchistische und linke Theorie und Inhalte weiterentwickeln, Informationen verbreiten, Diskussionen aufgreifen oder initiieren, kurz, ein Stück Gegenöffentlichkeit und Kultur von unten schaffen und auf Dauer erhalten.

Mit über 100 Titel bietet der Trotzdem Verlag inzwischen ein breites Programm zu den unterschiedlichsten Themen und Bereichen des Anarchismus: Klassiker wie Bakunin und Kropotkin sind ebenso zu finden wie Bücher zum spanischen Bürgerkrieg, zur Münchner Räterepublik oder zur anarchosyndikalistischen FAUD; Noam Chomskys politische Analysen, Murray Bookchins Konzepte für eine neue dezentrale Gesellschaftsstruktur, ebenso wie Michael Wilks aktuelle Staatskritik, Hellmut G. Haasis' schelmische Erzählungen oder Theaterstücke von Peter Paul Zahl. Zudem erscheint seit zwanzig Jahren der *Schwarze Faden*.

Doch die politische Landschaft und die linksradikale Szene haben sich seit der Gründung des Verlags drastisch verändert. Auch hat sich die Situation der Kleinverlage in Deutschland in den letzten Jahren ständig verschlechtert. Die Buchhandlungen, – auch ihnen geht es finanziell meist nicht sehr gut –, nehmen immer seltener Bücher der kleinen Verlage ins Sortiment, die Druck- und Papierkosten sind ebenso gestiegen wie die laufenden Betriebskosten. Mehr und mehr kleine Verlage, nicht nur linke, gingen und gehen Pleite, verschwinden einfach von der Bildfläche oder werden von den großen Verlagen aufgekauft. Und mit jedem Verlag verschwinden wieder wichtige, gute, schöne oder interessante Bücher, die sich für rein kommerzielle Verlage nicht rechnen und deswegen schon immer eher in kleinen Verlagen zu finden waren.

Ein gutes Beispiel ist unser aktuellstes Buch: Shoah von Claude Lanzmann. Lange Zeit vergriffen, haben wir beim Verkauf der Restauflage gemerkt, dass es viele Leute haben wollen und uns dann die Rechte für eine Neuauflage gekauft. Hier war nicht nur der Druck zu zahlen, sondern auch die Lizenzgebühren an den französischen Verlag und die Rechte für die Übersetzung. Kosten, die der Verlag vorstrecken muss und die natürlich ein Risiko bedeuten. Und doch denken wir, dass Shoah ebenso wie viele andere Bücher in jeden Buchladen und viele Bücherregale gehört.

Auch der Trotzdem Verlag ist in einer Situation; in der die bisherige Konstruktion als Personenverlag seine Existenz nicht mehr dauerhaft gewährleisten kann und und er Gefahr läuft, irgendwann einfach einzugehen. Umsomehr war es notwendig, über neue Formen nachzudenken. Unstrittig bei allen Beteiligten war von Anfang an: Der Verlag benötigt eine breite finanzielle und personelle Basis, um sich auch in Zukunft an libertären und anarchistischen Diskussionen und Aktionen zu beteiligen. Dafür bekommen wir natürlich kein Geld von Banken (was wir auch nicht wollen), darum müssen wir uns schon selbst kümmern. Und genau das wollen wir zusammen mit Euch tun.

Entschieden haben wir uns deshalb nach langen Diskussionen und Überlegungen für eine Umwandlung des Verlags in eine Genossenschaft. Eine passende Form für einen anarchistischen Verlag, so finden wir. Denn damit können sich in Zukunft alle Freundinnen und Freunde des Verlags direkt am Trotzdem Verlag beteiligen. Als Genossenschaftlerin und Genossenschaftler sichern sie die ökonomische Grundlage des Verlags und sind gleichzeitig bei allen wichtigen Entscheidungen über die jährliche Generalversammlung dabei. Denn auch dies ist ein Vorteil der Genossenschaft: Die Mitglieder sind nicht auf die Rolle der Geldgeber reduziert, sondern können sich – sofern sie Interesse daran haben – direkt mit Ideen, Vorschlägen und aktiver Mitarbeit engagieren. Ob und wie dieses Modell funktioniert, hängt natürlich von der Bereitschaft ab, sich an der Genossenschaft zu beteiligen.

Insgesamt benötigen wir etwa 400-600 GenossenschafterInnen, die sich mit einem Genossenschaftsanteil von einmalig 500 DM (1.000 DM, 1.500 DM etc) beteiligen, um mit mindestens 200.000 DM zu starten. Dies schien auch uns zuerst sehr viel. Doch 500 DM sind andererseits eine überschaubare Einlage, die viele als Beteiligung aufbringen können – und wollen, wie die ersten Reaktionen auf unsere Pläne zeigen. Denn Anfang Januar 2000 haben wir unser Modell in einem Brief etwa 2.500 FreundInnen des Verlags kurz vorgestellt und unsere endgültige Entscheidung von den Antworten darauf abhängig gemacht. Die Antworten darauf waren recht zahlreich und durchweg positiv. Innerhalb weniger Wochen wurden uns allein aus diesem Kreis Beteiligungen von ca. 100.000 DM in Aussicht gestellt. Motivation genug für uns, das Projekt Trotzdem Verlagsgenossenschaft zu starten.

Die nächsten Schritte

Die Entscheidung, eine Genossenschaft gründen zu wollen, war nur der erste Schritt. Im Moment diskutieren wir die notwendigen formalen und juristischen Schritte: Satzung, welchem Genossenschaftsverband wollen wir beitreten (der Beitritt zu einem Genossenschaftsverband ist Voraussetzung, um als Genossenschaft anerkannt zu werden). Ein Finanzrahmen muss aufgestellt werden, indem sich monatliche Ausgaben und Einkünfte zumindest entsprechen. Und natürlich diskutieren wir die konkrete inhaltliche Konzeption des Verlags: Mit welchen Büchern wollen wir starten? Welche Anstöße können wir der libertären und anarchistischen Diskussion geben? Welche neue Möglichkeiten eröffnet die Genossenschaft in dieser Diskussion für uns und für die libertäre Szene? Dies sind einige von vielen Fragen. Und viele weitere Fragen und auch Erfahrungen werden von Euch noch hinzukommen. Stellt sie uns bzw. gebt sie an uns weiter und wir werden versuchen, sie in Rundbriefen an alle Interessierten zu beantworten und weiterzugeben.

Verein zur Förderung libertärer Bildungsarbeit e.V.

Bis zum Herbst wollen wir die Voraussetzungen für die Genossenschaftsgründung geklärt haben. Zuvor, also Mitte des Jahres, wollen wir einen gemeinnützigen Verein gründen, dessen Nahziel die "Umwandlung des Trotzdem Verlags in eine Genossenschaft" und die Einrichtung eines Treuhandkontos zum Aufbau einer Genossenschaft sein wird. Dessen Fernziel es wird, libertäre Bildungsarbeit durch Veröffentlichungen, Konferenzen etc. zu fördern und interessierten SpenderInnen absetzbare Spendenquittungen zu ermöglichen. Es ist auch angedacht, dass der Verein Herausgeber des *Schwarzen Fadens* werden könnte.

Mit der Einrichtung des Treuhandkontos beginnt die eigentliche Vorbereitungsphase der Genossenschaftsgründung, Eure in Aussicht gestellten Beiträge sollten ab ungefähr August auf dieses Konto einbezahlt werden, denn die endgültige Gründung der Genossenschaft machen wir davon abhängig, ob wir mit ca. 200.000 DM Einlagen starten können oder nicht. Sollte diese Summe utopisch bleiben, bezahlen wir die Beiträge im Januar 2001 an Euch zurück. Parallel zu dieser Sammeltätigkeit werden wir Euch unser Genossenschaftsmodell vorstellen und weiter öffentlich machen, um weitere Mitgenossen zu werben. Alle potentiellen Mitglieder werden ab September regelmäßig einmal monatlich mit einem Rundbrief auf dem aktuellsten Stand gehalten. Läuft alles wie erwünscht, folgt zum Jahresanfang 2001 die Gründung und aus den Treuhandkonten-Mitgliedern werden GenossenschafterInnen. In der ersten Hälfte des nächsten Jahres wollen wir dann mit dem Programm der neuen Verlagsgenossenschaft starten.
Bis dahin hoffen wir auf rege Beteiligung.

Wie werde ich Mitglied?

Noch befindet sich die Trotzdem Verlagsgenossenschaft in der Phase vor ihrer eigentlichen Gründung. Richtiges Mitglied kann also im Moment noch niemand werden. Umso wichtiger ist es für uns, einen Überblick zu bekommen, wer sich an der potentiellen Genossenschaft beteiligen möchte. Darum unsere Bitte an Euch, uns per Fax, Mail oder Brief mitzuteilen, mit wievielen Anteilen zu jeweils 500 DM Ihr Euch beteiligen würdet. Dies ist noch kein Beitritt und verpflichtet Euch zu nichts. Vor der eigentlichen Gründung werdet Ihr einerseits Euren Beitrag auf das Treuhandkonto einbezahlen, andererseits ein Mitgliedsformular zum Eintritt zugeschickt bekommen, das Ihr bei uns deponiert und das bei der Gründung der Genossenschaft wirksam wird.

Auch nach der Gründung ist jederzeit noch ein Beitritt möglich und funktioniert ganz einfach: Beitrittserklärung ausfüllen und zurückschicken, das Geld auf das Genossenschaftskonto überweisen und Ihr seid Mitglied. Wir geben aber nochmals zu bedenken, dass wir die Gründung nur durchziehen, wenn genügend von Euch im Voraus mitmachen, also bitte nicht alle zuwarten, ob es was wird, sondern zupacken!●

Einige Stichworte zur Genossenschaft

Eine Genossenschaft unterliegt den Vorgaben des Genossenschaftsgesetzes. Enthalten sind in diesem Gesetz genaue Vorgaben für die Gründung, den Verlauf der Gründungsversammlung, der Satzung, den Einlagen der Mitglieder, den Vorstand und Aufsichtsrat sowie für die formal-juristische Konstruktion der Genossenschaft. Um als Genossenschaft anerkannt zu werden, müssen wir diese Vorgaben, z.B. Aufsichtsrat und Vorstand erfüllen.

- Kapital der Genossenschaft
  Das Kapital der Trotzdem Verlagsgenossenschaft wird durch die Mitglieder selbst aufgebracht. Alle, die Mitglied werden wollen, können sich mit einer Einlage von 500 DM, 1.000 DM, 1.500 DM etc. an der Genossenschaft beteiligen. Um Mitglied zu werden, genügt es, eine Beitrittserklärung zu unterschreiben und den Betrag auf das Genossenschaftskonto zu überweisen. Das Kapital wird nicht verzinst und bei Austritt aus der Genossenschaft zurückbezahlt.
- Die Gründungsversammlung
  Zur Gründung einer Genossenschaft werden mindestens sieben Mitglieder benötigt. Die anwesenden Mitglieder wählen auf der Gründungsversammlung den Aufsichtsrat, bestellen den Vorstand und legen die Satzung der Genossenschaft fest.
- Der Vorstand
  Der Vorstand muss aus mindestens zwei Personen bestehen, die entweder von der Generalversammlung gewählt oder durch den Aufsichtsrat bestimmt werden. Der Vorstand leitet die Genossenschaft in eigener Verantwortung.
- Der Aufsichtsrat
  Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Er hat als Kontrollorgan die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder zu überwachen. Außerdem hat er, wenn dies so in der Satzung vorgesehen ist, bei allen Fragen der Genossenschaft mit dem Vorstand gemeinsam zu beraten und mitzuentscheiden.
- Die Generalversammlung
  Die Generalversammlung findet mindestens einmal jährlich statt und beschließt die Bilanz, entlastet den Vorstand und den Aufsichtsrat, wählt die Mitglieder in den Aufsichtsrat und evtl. in den Vorstand, ändert bei Bedarf die Satzung, bestätigt neue Mitglieder, etc. Auf der Generalversammlung hat jedes Mitglied, ungeachtet der individuellen Einlage, nur eine Stimme.
- Die Satzung
  Die Satzung wird von der Generalversammlung verabschiedet oder geändert. Sie regelt alle rechtlichen Fragen (Beitritt, Höhe der Anteile, Ziele, Kündigungsmöglichkeiten etc) der Genossenschaft.

Beteiligungserklärungen und weitere Informationen an:
Trotzdem Verlag, Postfach 11 59, D-71117 Grafenau
Tel.: (0 70 33) 4 42 73, Fax: 4 52 64
trotzdemusf@t-online.de
www.txt.de/trotzdem oder
www.comenius-antiquariat.com/anares/verlage/tv.htm

SEMINARHINWEIS

»Gemeinwirtschaft – Vergangenheit und Perspektiven « und »Bausteine Alternativer Ökonomien« – Themen des TAK AÖ-Sommerseminars vom 25.08 bis 03.09.2000 in Oberursel

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, organisiert in diesem Jahr sein zweiundzwanzigstes Sommerseminar. Auf Grund der guten Erfahrungen findet die Veranstaltung erneut in der Schule der Gewerkschaftsjugend in Oberursel statt. Abgesehen vom abendlichen Kultur- und Diskussionsprogramm, besteht das Seminar aus zwei Schwerpunkten:
Vom 25.08.-27.08.2000 findet, in Kooperation mit der Schule der Gewerkschaftsjugend, eine Auseinandersetzung zum Thema »Gemeinwirtschaft – Vergangenheit und Perspektiven« statt. Ziel ist es, sich vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen mit neuen Möglichkeiten sozialen bzw. gemeinwohlorientierten Wirtschaftens auseinander zu setzen.
Vorgesehene Diskussionsbeiträge sind u.a.:

1. Geschichte der Gemeinwirtschaft in Bildern;
2. Gemeinwirtschaft: Vergangenheit, Gegenwart und Perspektiven;
3. Stiftungen: Aktuelle Beispiele gemeinnützigen Wirtschaftens
4. Soziale Nachhaltigkeit – Weiterentwicklung Alternativer Ökonomien.

Vom 27.08-03.09.2000 stehen Ideen und aktuelle Entwicklungen Alternativer Ökonomie im Mittelpunkt. Die Kenntnisse und vielfältigen Erfahrungen der Teilnehmenden, Improvisation, fundierte Vorträge, intensive Diskussionen und vor allem Experimente nehmen hierbei einen gewichtigen Stellenwert ein.
Bisher sind Arbeitsgruppen zu folgenden Themen vorgesehen:

1. Bausteine einer nachhaltigen Wirtschaft;
2. Qualitätssicherung in selbstverwalteten Betrieben und Projekten;
3. Strukturelemente stabiler Selbstverwaltung;
4. Gemeinschaftliches Eigentum;
5. Existenzgeld – Absicherung durch Grundeinkommen.

Weitere Ideen und Angebote werden gerne aufgegriffen. Das Seminarumfeld und die Gruppe bietet einen angenehmen Rahmen, um eigene Überlegungen offen und kompetent zu diskutieren und so Anregungen und Kooperationspartner zu finden.

Der TAK AÖ besteht seit nunmehr über zwanzig Jahren. In der Zeit seines Bestehens hat er so gut wie alle Diskussionen begleitet, die sich um Fragen Alternativer Ökonomie drehten, gelegentlich auch vorangetrieben. Für Neugierige bzw. an der Selbstverwaltungsthematik interessierte Menschen, die sporadisch oder dauerhaft mitarbeiten wollen, ist der Arbeitskreis jederzeit offen.

Für Rückfragen und Angebote zur inhaltlichen Mitarbeit steht zur Verfügung: Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23. Das Programm kann auch angefordert werden bei der TAK AÖ-Kontaktadresse Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen.●

Anzeige

Bücher sind die Software für´s Hirn

Unser Vertriebsprogramm 2000 ist da: über 80 Seiten mit empfehlenswertem Lesestoff - wer das linke Buch sucht, wird bei uns garantiert fündig. Versprochen! Das umfangreichste Programm gesellschaftskritischer, im normalen Handel unterrepräsentierter Literatur gibt´s für umsonst
(Portospende gerne!) bei

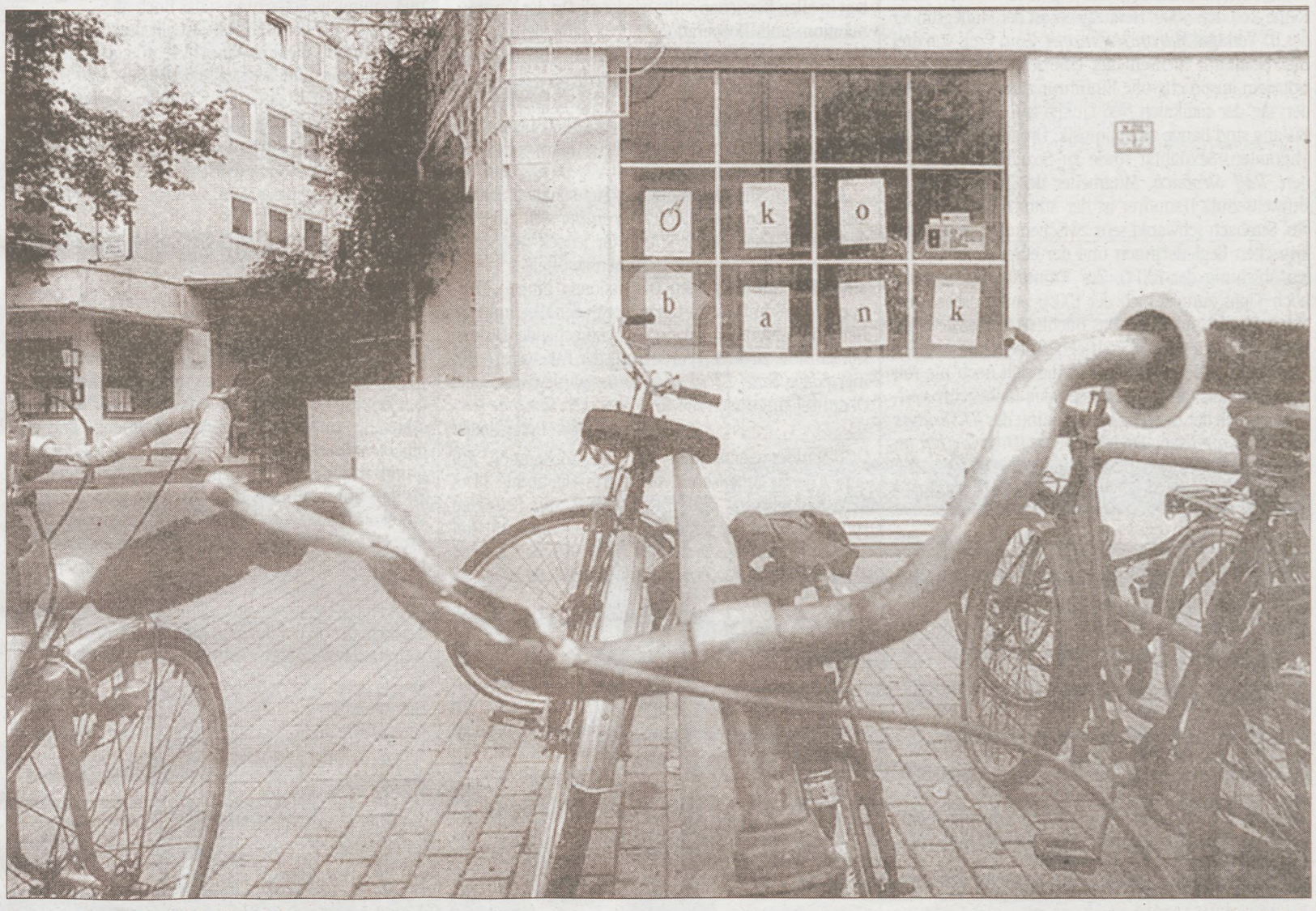
Anarés Nord

Postfach 1247 · 31305 Uetze

FINANZIERUNGSGENOSSENSCHAFT

Ökobank verliert die Hälfte ihres Eigenkapitals

Die Ökobank hat 1999 ein wirtschaftlich schwieriges Jahr hinter sich und muss die Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) in Anspruch nehmen. Bedingt durch zu befürchtende Kreditausfälle sowie einen Rückgang der Erträge müssen Wertberichtigungen in Höhe von rund 16 Millionen DM, ca.-7% des Kreditvolumens, vorgenommen werden. Vor allem drei große KreditnehmerInnen der Ökobank sind »notleidend«, die allein Einzelwertberichtigungen in Höhe von 12 Millionen DM verursachten. Es handelt sich dabei um Konsortialkredite, die mit einer genossenschaftlichen Großbank gemeinsam vergeben wurden.



Das »etwas andere« Kreditinstitut in Frankfurt am Main

Foto: Pat Meise

Helmut Richter, Red. Genossenschaften ● Am 18. März fand eine außerordentliche VertreterInnen-Versammlung der Ökobank e.G. statt. Dabei wurden die Anwesenden darüber informiert, dass die Ökobank etwa 16 Millionen DM verloren hat. Ursache dafür seien ungefähr 10 große Kredite, die notleidend geworden seien und ein Rückgang der Provisionserträge aus dem Verkauf von Windkraftfonds. Der Aufsichtsrat habe sich bereits von dem für das Kreditgeschäft verantwortlichen Vorstandsmitglied – *Volker Viehoff* – getrennt. Zum Herbst wolle auch *Oliver Förster* aus dem Vorstand zurücktreten. Die Bank sei bereits an den Kreditsicherungsfond der Genossenschaftsbanken mit der Bitte um eine Bürgschaft für die notleidenden Kredite herangetreten.

Zwänge der Sanierung

Der Kreditsicherungsfond der Genossenschaftsbanken kennt nur zwei Arten der Hilfe:

- Die Vermittlung des Verkaufs der notleidenden Bank an eine andere Genossenschaftsbank. Das ist die letzte Möglichkeit.
- Die Übernahme der Bürgschaft für notleidende Kredite mit Auflagen zur Sanierung und Überwachung derselben. Das ist die mildere Form.

Die Alternative war also: Entweder verlieren wir die Ökobank jetzt gleich oder wir lassen uns auf den Sanierungsversuch ein, in der Hoffnung in circa 5 Jahren vielleicht wieder eine Ökobank zu haben, wie wir sie bei ihrer Gründung wollten. Die Entscheidung war nicht schwer.

Die Ökobank wird also den Versuch machen, sich zu sanieren. Sie wird vermutlich die leichtfertige Vergabe von großen Krediten vermeiden. Das ist gut, denn in den letzten Jahren war die Ökobank bemüht, sich ihr eigentliches Klientel – mit Ausnahme einiger größerer – vom Halse zu schaffen. Gesagt oder gar geschrieben hat sie es allerdings nie. Die Abwendung von den großen Krediten wird aber leider keine verstärkte Vergabe von Krediten an selbstverwaltete, alternative oder Frauenbetriebe bedeuten, sondern die Hinwendung zu Krediten mit möglichst hoher Bonität. Das sind in den Augen von Bankern in der Regel Baufinanzierungen. Ein Aufsichtsratsmitglied sprach beim Bier von der »Öko-Hyp-Bank«.

Verselbstständigung zurückholen

Solange die Ökobank unter der Aufsicht von anderen Bankern steht, wird sie sich so benehmen müssen, wie sich andere Banken verhalten. Da sie auch noch ein Sanierungsfall ist, wird sie sich noch rigider als die Bank an der Ecke verhalten. Wir haben aber die Ökobank gegründet, weil wir eine Bank wollten, die unsere Sprache versteht. Sie sollte Kredite gerade an Betriebe vergeben, die in der Denkweise der etablierten Banken ohnehin nicht mit Geld umgehen können. Leider hat sich diese Denkweise auch in der Ökobank im Laufe ihres Wachstums immer mehr ausgebreitet. Anders ausgedrückt: Die Bank hat sich von ihrer Basis verselbstständigt.

Die offizielle Strategie der Bank

Das Sanierungs- und Zukunftssicherungskonzept der Ökobank sieht vor, dass die Ökobank ab dem Jahr 2001 wieder deutlich in der Gewinnzone liegt. Dieses Ziel soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Risikominimierung durch Rückzug aus bestimmten Branchen (Bauträger, Recycling) und Grössenordnungen.

Die Ökobank muss **sparen** und gleichzeitig in eine rentable Betriebsgrösse **hineinwachsen**. Noch befindet sich die Verwaltung der Ökobank in einer unrentablen Zwischengröße, die notwendig ist, mit der aber auch ein sehr viel größeres Bilanzvolumen bewältigt werden könnte.

Kooperationen in Europa: In einem Markt, der zunehmend durch Fusionen der Großbanken bestimmt wird, wollen sich die Alternativbanken in Europa, darunter die Triodos-Bank in den Niederlanden, die Alternative Bank Schweiz und die GLS-Gemeinschaftsbank in Bochum stärker gegenseitig unterstützen und ergänzen. Erste Schritte in dieser Richtung wurden bereits vor zwei Jahren unternommen.

Aufbau der Unternehmensgruppe Ö&CO: In der Vergangenheit betrieb die Ökobank nicht nur das Bankgeschäft, sondern war erfolgreich auch in anderen Bereichen ethisch-ökologischer Finanzdienstleistungen tätig. So gründete sie den ökologischen Aktienfonds ÖKOVISION (Fondsvolumen 120 Millionen DM), entwickelte Beteiligungsfonds, machte politische Lobby-Arbeit und baute die Firmen der Unternehmensgruppe Ö&CO auf.

In Zukunft wird in der Unternehmensgruppe arbeitsteilig gearbeitet. Dadurch wird die Bank entlastet. So entwickelt die Ökofinanz Frankfurt Produkte zur Eigenkapitalausstattung von Großprojekten, die Ökonsult berät Projekte, Organisationen und Verbände und »kümmert sich« um die Politik und Öffentlichkeit.

Wenn wir nach abgeschlossener Sanierung tatsächlich »unsere Bank« wiederhaben wollen, müssen wir zwei Voraussetzungen schaffen:

1. Es muss eine offene Diskussion in der Bank und in ihrem Umfeld möglich sein.
2. Wir müssen in unserem Umfeld funktionierenden Ersatz für die klassischen Banksicherheiten schaffen und der Bank beibringen, diese Sicherheiten zu benutzen und zu bewerten.

Informationspolitik verändern

Zu 1.: Die Informationspolitik der Bank nach innen und außen war in der Vergangenheit eher verschleiernd. Als Mitarbeiter und als Mitglied eines Gremiums wurdest du mit Bergen von Papieren totgeschlagen, die sehr häufig noch Verweise auf den letzten oder vorletzten Berg enthielten. Ein solches Verfahren produziert bei jedem den Eindruck, sich schlecht vorbereitet und wesentliche Punkte übersehen zu haben. Das ist für eine Diskussion tödlich. Ein schönes Beispiel war die Einladung zu der außerordentlichen VertreterInnenversammlung. Sie enthielt außer dem Termin keine Informationen, sondern einen Verweis auf die *Ökorrespondenz* (Kundeninfo der Ökobank) vom November, der sich beim Nachschlagen als schlichte Lüge entpuppte.

Ich wünsche mir für die Zukunft Äußerungen der Bank, in denen ich beim ersten Lesen und ohne Nachschlagen auf unterschiedliche Auffassungen und mögliche Konflikte und Konsequenzen hingewiesen werde. Dann kann ich mich später beschweren, das die Hinweise eventuell nicht vollständig waren. Aus dieser Beschwerde kann der Mensch, der für die Information verantwortlich war, lernen, oder ich kann versuchen, ihn abzuwählen. Jetzt ist niemand verantwortlich.

Entwickeln alternativer Sicherheiten

Zu 2.: Selbstverwaltete Betriebe haben keinen Eigentümer, in dessen Privatvermögen sich der kumulierte Mehrwert des Betriebes ansammelt. Deswegen haben sie in der Regel auch weniger bankübliche Sicherheiten als andere Betriebe. Ihre Stärke kann der Zusammenhang untereinander sein. Aufgabe z.B. der Beiräte wäre es, über Branchenkennzahlen, Kenntnisse vor Ort etc. ein Informationssystem für die Bank bereitzustellen und über z.B. Bürgschaftsketten und ähnliches Sicherheiten zu beschaffen, mit denen die Bank etwas anfangen kann. Wenn es gelingt, die Ökobank zu »unserer Bank« zu machen, sollte auch der Solidaritätseffekt einsetzen: Bei Zahlungschwierigkeiten bezahle ich die Ökobank vor dem Finanzamt.

Die Umsetzung dieser und anderer Vorschläge kann während der ordentlichen VertreterInnenversammlung der Ökobank im Sommer beginnen. Als Diskussionsforum dafür sollte die Ökobank einen kleinen Teil ihres Jubelblättchens *»Ökorrespondenz«* bereitstellen.●

Kommentar zur Ökobank-Pleite

»Do, ut des!« – ich gebe, damit Du gibst

Wer erinnert sich noch an das Hin und Her um die Ökobank vor 16 Jahren, all die Diskussionen, die auch schließlich zur Gründung von CONTRASTE führten. »Zur Kritik der reinen Bank« war da z.B. zu lesen. CONTRASTE war auch Mitgliedszeitung des Ökobankfördervereins. Dann – 1988 – wurde die Bank wirklich gegründet: für unsere Zeitung war dies zunächst der Paukenschlag einer Massenabokündigung (der Verein wurde aufgelöst) und ein Wechselbad der Gefühle...

von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Heute hingegen bleibt nach dem Ökobankcrash zunächst einmal offensichtlich nurmehr die »reine Bank« übrig, Kritik hin oder her. Das kann doch wirklich nicht alles gewesen sein.

Direkt nach Gründung der Bank hatte CONTRASTE enorme eigene Probleme, Bericht zu erstatten und hierbei den richtigen Ton zu treffen. Die einen orteten die Bank irgendwo »zwischen Müsli und Jäger 90« und die anderen waren schon dann stinksauer, wenn die Kreditvergabepraxis kritisch unter die Lupe genommen wurde. Als 1989 in meinem Artikel die Bank als bloße »größte, alternative Sparbüchse der Nation« kritisiert wurde, kam es zum Eklat. Die eine Hälfte unserer Genossenschaftsredaktion stieg aus im Zorn und der verbliebene Rest setzte eine Art Federführung in der künftigen Bankberichterstattung durch. Ich aber (und auch andere) hatten fürderhin zu schweigen.

In der Folge »normalisierte« sich unser Verhältnis zur Bank, aber auch unsere Artikel hierzu boten selten mehr als Ökobank(selbst)darstellung. Vor Jahren schenkten uns die BankerInnen sogar zu unserem 10. Geburtstag ein paar Anzeigen in ihrem PR-Blatt, eine der seltenen konkreten Förderungen, die CONTRASTE auch einmal vom Frankfurter Ökogeldhaus erhielt.

Trotzdem, heute müssen wir uns fragen, ob der »Sanierungsfall Ökobank« uns nicht hätte erspart bleiben können. Das ärgerlichste am ganzen Desaster ist, dass drei GroßkreditnehmerInnen das ganze Beziehungsgeflecht erschüttern können. Nicht etwa die Nähe zu Projekten und Initiativen, sondern die Kaltschnäuzigkeit, mit der der »eigene Konzern« betrieben wird, wurde zur Kalamität.

Ich selber gehöre zu den KundInnen, die seit 10 Jahren ihr Konto ruhen lassen, weil sich mit der Ökobank sowieso keine Geschäfte machen lassen, und fassungslos beobachten, wie in kürzestmöglicher Zeit aus 250,– DM plus allein durch Bankspesen derselbe Minusbetrag entsteht, weil die Bank Geld für ihre Geschäfte braucht. Diese bestehen dann darin, dass die Bank mir als Projektberater über ihre »Ökonsult« Konkurrenz macht.

Reichlich abgehoben, das Ganze und im Zeitalter der Direktbanken bestehen wirklich bessere Alternativen. Das »we are the champions«-Geheule zur Bankgründung samt einhergehender Ökoarroganz kann da nur zur Bauchlandung führen.

An meinem Nürnberger Finanzamt steht der schöne Spruch »Do, ut des« (ich gebe, damit Du gibst). Solange die Ökobank das nicht beherzigt, wird sie nie Erfolge haben. Auch nicht als stinknormale Bank unter der Sanierungsaufsicht des Kreditsicherungsfonds. Da soll sie dann lieber gleich verkauft werden.●

Neue Materialien gegen die EXPO

Eine clevere Geschäftsidee hatte der mittlerweile von *EVA* (Europäische Verlagsanstalt) aufgekaufte *Rotbuch Verlag*. In Zusammenarbeit mit einer Gruppe von AutorInnen aus dem Umfeld der bekannten linkskulturellen Zeitschrift *die beute* produziert er die neue Reihe Rotbuch 3000. Herausgeber ist der Mitbegründer des ID-Verlages *Martin Hoffmann*. Zum Preis von drei Bier bekommt mensch hier eine leicht lesbare, aber trotzdem anspruchsvolle Einführung in politische Felder, die der radikalen Neo-Linken am Herzen liegen. Bislang sind Bände zu Popmusik, Drogen, EXPO 2000, Migranten, Sexualität sowie zu Sozialismus erschienen. *Ralf Strobach*, Mitarbeiter der Bürgerinitiative Umweltschutz Hannover ist der Autor des EXPO-Bandes. Strobach schwankt sehr zwischen der Position der kritischen BegleiterInnen und der einer fundamentalen Ablehung der EXPO. Zur Krönung gibt er dann noch Tipps zum Besuch der EXPO: Anfahrtsbeschreibung, Eintrittspreise etc. Das Büchlein ist trotzdem der ideale Tipp für alle EXPO-GegnerInnen, die ein Geschenk für jemand suchen, der/die sich noch nie mit der EXPO beschäftigt hat. Diese neue Reihe wirft auch Fragen nach der Existenz bzw. Zukunft des *ID-Verlages* und der *beute* (Neue Folge) auf. Der *ID-Verlag hat* im Frühjahr keine Neuerscheinungen herausgebracht, wie auch *die beute* seit über einem Jahr kein Heft mehr veröffentlicht hat.

Um die – Kritik der – EXPO als Ausstellung der neuen Weltordnung geht es auch in *FORUM Wissenschaft, der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen*. Armin Stickler (Infobüro Nicaragua) und Thomas Seibert (medico international) beschreiben nochmal die Umbrüche im Zeichen von Globalisierung und Ende des Systemgegensatzes und ihre diskursiven Auswirkungen. Beide zeigen eindringlich, wie wichtig mittlerweile NGOs für die Aufrechterhaltung und Legitimation von kapitalistischen Herrschaftsprojekten – sei es die EXPO, sei es der Kosovo-Krieg – sind. Stickler nennt keine Alternativen, während Seibert – ganz im Sinne der neoreformistischen Regulationstheorie – an kritische NGOs anschließen will. Weitere Themen: Militär und neue Konflikttypen, feministische Globalisierungsdebatte und der dritte Teil der Debatte zu Frauen, Gleichstellung und Militär. Auch wenn einem bei manchen Artikeln die Füße einschlafen, ist Forum Wissenschaft doch eine der wenigen Publikationen, die keiner Schule oder Strömung angehört und deshalb kein closed-shop ist. So finden sich hier u.a. studentische AktivistInnen, Altautonome und Jura-Professoren mit Lenin-Büste als AutorInnen in einer Zeitschrift, die sich seit Jahren mit einem hohen Anteil von Artikeln von Frauen auszeichnen kann (Heft 2/2000, 64 S., 12,50 DM, Forum Wissenschaft, Gisselbergerstr. 7, 35037 Marburg).●

Bernd Hüttner

Kapitalismus ohne Alternativen?

Der Titel des neuen Buches aus der Reihe der AG SPAK-Materialien soll andeuten, dass die Herausgeber sich »nicht mit der affirmativen Alternativlosigkeit der Globalisierung abfinden« wollen, wie dem/der geneigten LeserIn im Klappentext angekündigt wird. Kommt außerdem hinzu, dass vor »einer uneingeschränkten Intensivierung des Laissez-faire-Kapitalismus« ausgerechnet George Soros, einer der größten Finanzspekulanten, zitiert wird, der dadurch »die Zukunft unserer offenen Gesellschaft gefährdet« sieht, dann kann man einigermaßen neugierig sein. Die Neugierde wird vorerst bestärkt durch die Tatsache, dass sich zwischen den selben Buchdeckeln verschiedene AutorInnen sowohl aus gewerkschaftlichen, feministischen als auch alternativ-ökonomischen Zusammenhängen versammelt haben.

Die Besonderheit dieses Zusammenkommens rührt von einer gelungenen Initiative des *Theorie-Arbeitskreises Alternative Ökonomie* (TAK AÖ) her, der sich zu seinem alljährlich stattfindenden Sommerseminar sowohl inhaltlich als auch räumlich mit der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel zusammengetan hatte. Sowohl 1998 als auch letztes Jahr trafen verschiedene Gruppen und Individuen aufeinander, deren Verschiedenheit und politisch-sozialer Background nicht zu übersehen war, dies dennoch allseits als Chance begriffen haben.

Genug der Vorrede, nun zum Inhalt des Buches: Zu Anfang beleuchtet *Elmar Altvater* den entfesselten Weltmarkt und zeigt insbesondere sehr deutlich auf, dass eine zunehmende »Entgrenzung der Staatenwelt« stattfindet und dass die der globalisierten Wirtschaft ausgelieferten Staaten »beschäftigungspolitisch gar nichts mehr bewirken können.« Altvater hält das Zusammengehen von gewerkschaftlichen und alternativ-ökonomischen Ansätzen für äußerst relevant und empfiehlt, die Finanzspekulation zu kontrollieren sowie Netzwerke auch zwischen Umweltbewegung und Gewerkschaften zu bilden.

Außerordentlich lesenswert ist der Beitrag von *Christa Wichterich*, die eine strategische Rolle der Frauen in der Globalisierung feststellen muss. Sie kombiniert deutliche Zahlen mit harten Analysen: So basiert der »Standortvorteil, den die neuen Billiglohnländer ausspielen, zu 75 Prozent auf jungen, flexiblen und duldsamen Frauen.« Sie macht deutlich, dass »zwar mehr Frauen eine Beschäftigung finden, aber keine Existenzsicherung.« *Gisela Notz* nimmt diese Fragestellung auf und weist auf notwendige Alternativen hin. Zunächst plädiert sie für eine Neudefinition des traditionellen Arbeitsbegriffs und schlägt vor, was gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit sein kann: »Arbeit in allen Bereichen sollte wieder als Ort der Kommunikation und Kooperation, der Solidarisierung von Menschen verstanden werden und nicht als Ort des gegenseitigen Austricksens und Kaltstellens.« Nur folgerichtig, dass sie einer radikalen Arbeitszeitverkürzung im Bereich der sinnvollen Vollerwerbsarbeit das Wort redet und eine Gleichverteilung der gemeinwesenorientierten Arbeiten fordert.

Aus alternativ-ökonomischer Sicht hätten zudem die beiden Beiträge von *Rolf Schwendter* weiterführender sein können. Leider kommt er jedoch nur wenig über eine thesenförmige Zusammenfassung der Seminarbeiträge und folgenden Diskussionen hinaus. Dennoch: Insgesamt und insbesondere in der Mischung der Herkunft der AutorInnen ein vielversprechender Diskussionsanstoß, zu dessen Fortsetzung der TAK AÖ im Sommer *(siehe Seite 12 in dieser Ausgabe)* wieder nach Oberursel eingeladen hat.●

Peter Streiff

DGB-Bundesjugendschule (Hg.) in Kooperation mit dem Theorie-Arbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ): Kapitalismus ohne Alternativen?, mit Beiträgen von Elmar Altvater, Hans-Jürgen Arlt, Gisela Notz, Rolf Schwendter, Christa Wichterich u.a.; 1999, ca 150 S.; M 137 in der Reihe Materialien der AG SPAK; 24 DM

»Ferien auf dem Bio-Hof«

In unserer letzten Ausgabe hatten wir den Reiseführer »Urlaub auf Biohöfen in Deutschland« vorgestellt. Ein weiterer Reiseführer mit 400 ausgesuchten Öko-Höfen und deren Ferienangeboten aus 19 europäischen Ländern wurde vom »Arbeitskreis ökologisches Reisen« in Saarbrücken neu aufgelegt. Das Angebot reicht von komfortablen Ferienwohnungen und Gästezimmern bis hin zu einfachen Matratzenlagern oder Schlafen im Stroh. Auch Campingfreunde können auf dem Bio-Hof Quartier finden.

Bei vielen Übernachtungen ist ein Vollwertfrühstück inbegriffen oder ein Restaurant angeschlossen. Oft gibt es auch einen Hofladen, in dem man sich selbst versorgen kann. Durch eventuelle Mitarbeit auf dem Hof haben die Feriengäste die Möglichkeit, Einblick in die Erzeugung ökologischer Lebensmittel zu bekommen.

Alle Höfe sind sehr kinderfreundlich, selbst Babys können auf viele Höfe mitfahren. In den Beschreibungen finden Leserin und Leser Hinweise zu Freizeit-, Kreativ- und Kulturangeboten, sowie Informationen zu Landschaft und Umgebung. Tipps für Radwanderer bzw. die Beachtung der Anbindung an Bahn oder Bus fördern eine umweltgerechte Anreise. Es wird auch berücksichtigt, ob Angebote für Behinderte oder Allergiker geeignet sind.

Ein Index am Schluss des Buches gibt zu diesen und anderen Kriterien einen schnellen Überblick. Im Anhang befinden sich noch die Rubriken Restaurants und Naturkostläden, die es dem umweltbewussten Reisenden ermöglichen, sich auch unterwegs gesund zu versorgen. Übersichtskarten, einige redaktionelle Beiträge und zahlreiche Fotos runden das Buch ab.

»Ferien auf dem Bio-Hof« ist ein praktischer Reiseführer für alle, die umweltbewusste und gesunde Ferien machen wollen. Er kostet 18,00 DM plus 4,00 DM Versandkosten und ist direkt beim Blattlaus-Verlag, Försterstraße 22, D-66111 Saarbrücken, (Tel. 0681 / 372175, Fax 0681 / 374579) oder in vielen Naturkostläden bzw. im Buchhandel erhältlich.●

Winfried Blum

Neue Broschüre:

Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft

Der vorliegende Text erklärt Methoden, Ziele und Organisationsformen einer anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft. Die in ihr organisierten Menschen lehnen den Zentralismus (z.B. von Parteien und DGB-Gewerkschaften) und die »sozialpartnerschaftliche« Friedenspflicht zwischen Lohnabhängigen und Besitzenden grundsätzlich ab. Das gleiche gilt für Führerinnen und Führer, Bürokratinnen und Bürokraten. Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft ist ein Zusammenschluss »von unten« und kämpft auf selbstorganisierter und gleichberechtigter Grundlage für eine solidarische und selbstverwaltete Gesellschaft.

In einem weiteren Beitrag wird die Gründung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik nach der Befreiung vom Nationalsozialismus 1945 beschrieben.●

ub

Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft. Herausgegeben vom Bildungssyndikat Bremen der FAU-IAA. 44 Seiten A5, 5 DM plus Versandkosten von 1.50 DM
Bestellungen nur mit Vorkasse bitte an:
FAU-IAA Lokalföderation Bremen, Bildungssyndikat, Am Schwarzen Meer 161, D-28205 Bremen
e-mail: fauhb@fau.org und bsy-hb@fau.org

Aufruf

Wildzuschicken erwünscht!

»Wildplakatieren erwünscht« ist das Titel-Logo des von HKS 13 herausgegebenen »hoch die kampf dem«-Plakatbuches Autonomer Bewegungen (siehe CONTRASTE-Schwerpunkt Januar 2000). Das Buch ist leider so gut wie vergriffen, aber wildzuschicken ist nun erwünscht, weil wir zumindest die dem Buch beiliegende CD mit bisher fast 3.000 Plakaten »updaten« wollen. Das heißt: Alle, die noch Plakate »autonomer Bewegungen« haben, die weder im Buch noch auf der alten CD auftauchen, möchten uns diese baldmöglichst zuschicken. An: VLA, c/o Schanzenbuchladen, Schulterblatt 55, D-20357 Hamburg.
(Das gilt auch für die Plakate, die nach Erscheinen des Buches gedruckt worden sind.) Wenn es nicht anders gewünscht wird, werden wir diese Plakate nach ihrer Digitalisierung an das Archiv für soziale Bewegungen in der Roten Flora in Hamburg abgeben. Nach Rücksprache können wir Portokosten ersetzen. Einsendeschluss sollte möglichst bis zum 20. Juni 2000 sein. Alle ZusenderInnen von Plakaten werden von uns eine upgedatete CD erhalten.●

HKS 13, (Sebastian Haunss, Markus Mohr, Klaus Viehmann)

Für Rückfragen und Kontakte:
Schwarze Risse Buchladen, Tel.: (0 30) 692 87 79
e-mail: plakate@freenet.de

Neue Rote Hilfe Broschüre

Bekanntermaßen hat sich die RAF im April 1998 aufgelöst. Dennoch sitzen seit nunmehr 20 Jahren MitgliederInnen der ehemaligen RAF in Haft.

In der Broschüre »Freilassung für die politischen Gefangenen aus der RAF« geht es nicht um eine Analyse der Politik und der Aktionen der RAF, sondern darum, dass die immer noch Inhaftierten endlich freigelassen werden müssen. Es geht darum, dass Öffentlichkeit hergestellt wird, um die Gefangenen wieder in das Bewusstsein der Menschen zu bringen.

Die Broschüre ist recht umfangreich; da zum Einen mehrere Gründe für die Freilassung der Gefangenen dargestellt werden und zum Anderen die damalige Zeit etwas ausführlicher beschrieben wird, weil viele Menschen, die heute politisch interessiert und aktiv sind, die Zusammenhänge und die Umstände damals selbst nicht erlebt haben und sich oft kein genaues Bild davon machen können, einfach weil viele damals noch nicht geboren waren. Dem wird unter Anderem durch die Darstellung politischer und sozialer Schlaglichter Rechnung getragen, die die Jahre 1960 bis 1980 veranschaulichen.

Desweiteren enthält die Dokumentation neben den Begründungen für die Freilassung, auch Portraits der Gefangenen und Texte zur Vernichtungshaft, sowie einen ausführlichen geschichtlichen Abriss, der zum Teil mit bisher unveröffentlichten Bildern unterlegt ist. Abgerundet wird die Broschüre durch Dokumente der Gefangenen zur Haftsituation und einer ausführlichen Bibliographie.●

dp

»Freilassung für die politischen Gefangenen aus der RAF«: Eine Dokumentation der Roten Hilfe e.V., 68 Seiten, zu beziehen für 5 Mark (zzgl. Versandkosten) beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe e.V., Postfach 6444, D-24125 Kiel.

BUCHBESPRECHUNG

»Grün, grün, grün sind alle meine Gelder, grün, grün, grün ist alles was ich hab' ...«

Als die erste Auflage des Jahrbuches »Grünes Geld« erschien, waren ökologische Geldanlagen kaum ein Begriff. Nach nunmehr zehn Jahren hat sich aus der Nische zwischen Ökobank und den ersten deutschen Windkraftwerksbeteiligungen ein Milliardenmarkt entwickelt. Das Jahrbuch erhebt den Anspruch, hierzu jährlich einen kritischen Überblick zu geben.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Zu fast jedem Geldanlageprodukt gibt es heutzutage eine »grüne« Variante, z.B. Ökosparbücher, Umweltaktien, Windkraftwerksbeteiligungen, »Öko-Venture«-Beteiligungsgesellschaften, Ethik-Investmentfonds oder Öko-Lebens- und Pensionsversicherungen. Immer mehr Menschen wollen sichergehen, dass mit ihrem Ersparten nicht gerade Atomkraftwerke oder Rüstungsmaterial erzeugt werden. Unabhängige Informationen über sinnvolle und dennoch (ertrags-)sichere Öko-Investmentmöglichkeiten sind allerdings rar. *Max Deml*, Chefredakteur des Börsendienstes ÖKO-INVEST in Wien, und *Jörg Weber*, Wirtschaftsjournalist und Initiator der Internetseite www.oeko-invest.de in Dortmund, sehen Geld als Hebel, nachhaltiges Wirtschaften umzusetzen. Zu diesem Zweck haben sie das Jahrbuch »Grünes Geld« erneut überarbeitet und ergänzt.

Umfassender Überblick

Auf über 300 Seiten findet die Leserin bzw. der Leser einen vergleichsweise umfassenden Überblick über fast alle Möglichkeiten des Öko-Investments. Dies gilt unter anderem für die vielen einzelnen »Öko-«Aktien wie »Tomra Systems« oder »SolarWord AG«. Daneben werden Themen wie »Öko-Rating«, der Natur-Aktien-Index (NAX), der 1999 lancierte Dow Jones Sustainability Global Index oder die »Graugrüne Liste« dargestellt. Neu sind die Kapitel über Pensionskassen und vor allem die zahlreichen Internetadressen, die dem Öko-Investment-Interessierten zusätzliche Informationsmöglichkeiten bieten.

Auch die drei deutschen »Alternativbanken« – die Ökobank, die GLS Gemeinschaftsbank und die Umweltbank AG – werden mit ihren verschiedenen Angeboten kurz skizziert. Die aktuellen Probleme der Ökobank waren zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Manuskripts allerdings noch nicht bekannt. Insofern ist auch der Anspruch der Aktualität der Veröffentlichung mit Vorsicht zu genießen. Das Buch erleichtert zwar die begrenzten Möglichkeiten des einzelnen, sich einen Überblick zu verschaffen. Ein Rezeptbuch zur privaten Geldanlage – so betonen die Autoren zurecht – ist es aber nicht. Der etwas kläglich wirkende Hinweis auf Branchenanalysen vergangener Jahre im Informationsdienst ÖKO-INVEST unterstreicht zusätzlich, wie schwierig es offensichtlich ist, in allen Bereichen Aktualität zu erzielen.

Beispiel Ökovision

Ein gutes Beispiel hierfür stellt der »Vorzeige«-Investmentfonds der Ökobank dar, genannt Ökovision. Skizziert werden die im Vergleich zu anderen Fonds strengen ethischen Anforderungen des Fonds. Selbst kleine Umsatzanteile im Bereich Rüstung, Atomkraft, Suchtmittel etc. durch Kapitalverflechtungen führen zum Ausschluss durch den regelmäßig tagenden Anlageausschluss. Entsprechend wurde, so die Veranschaulichung in dem Buch, die Brennstoffzellenaktie »Ballard Power« relativ früh ausgelistet, obwohl hier eine wichtige Perspektive alternativer Energieversorgung liegt. Durch den Einstieg von Daimler-Chrysler in das Unternehmen und das hohe Interesse der Militärs an dieser Technologie war ein Beibehalten der Aktie in dem Fonds nicht mehr vertretbar.

Logischerweise wird in dem Buch nicht aufgeführt, dass Ökovision im ersten Quartal 2000 wirtschaftlich sehr erfolgreich war. Unter 18 in Deutschland gehandelten Ökofonds weist er mit knapp 27 Prozent die zweithöchste Wertsteigerung auf. Der enorme Wertzuwachs von rund 35 Millionen DM seit Jahresbeginn (Fondsvolumen am 31. Dezember 1999 100,2 Millionen DM; Fondsvolumen am 31. März 2000 135,4 Millionen DM) lässt sich auf mehrere Faktoren zurückzuführen, unter anderem auf das Neugeschäft von 8,2 Millionen DM und auf die sehr gute Kursentwicklung im technologiegeprägten Energiebereich. Außerdem profitierte der Ökovision von der guten Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Die besten Wertentwicklungen wiesen Unternehmen in der Branche regenerative Energien auf.

Politische Fundierung fehlt

Zusammenfassend lässt sich festhalten: »Grünes Geld« gibt einen guten Überblick über ethisch-ökologische Geldanlagen im Sinne einer erläuternden Aufzählung, was alles existiert. Für eine praktische Entscheidung, sein Geld anzulegen, fehlen dem Buch allerdings die Tiefe und die Aktualität. Problematischer ist jedoch: Eine politisch-ökonomische Auseinandersetzung mit der Thematik wird nicht geführt. Entsprechend enthält die Veröffentlichung keinen fundierten Artikel, der den gegenwärtigen Stand der Diskussion widerspiegelt oder gar weitertreibt. Bei einem »Jahrbuch« stellt dies ein in zukünftigen Ausgaben zu behebendes grundlegendes Manko dar, das durch die Fleißarbeit der Autoren (umfassende Zusammenstellung) nicht wettgemacht wird.●

Max Deml / Jörg Weber: »Grünes Geld«. Jahrbuch für ethisch-ökologische Geldanlagen 2000/2001, München 2000 (ISBN 3-925646-60-4 / ALTOP Verlag), DM 39,–.

JOBS

Unser genossenschaftlich organisierter Backwarenvertrieb sucht zum 1. Juli 2000 (ggf. auch zu einem früheren oder späteren Zeitpunkt) eine neue

Geschäftsführung

Du bist eine integre Persönlichkeit im Alter zw. 28 und 35 Jahren; kennst Dich aus in Betriebswirtschaft und Organisation; hast Erfahrungen in Mitarbeiterführung; freust Dich auf akquisitorische Aufgaben im großen Stil; bist fit im Marketing; entwickelst gerne kreative Strategien und hast Lust, die Ärmel hochzukrempeln (35-40-Std.-Woche).

Wir freuen uns auf Deine schriftliche Bewerbung nebst Lebenslauf und Foto.
Chiffre: 189/geno

DruckerIn für GTO + SORMZ gesucht. 5-Tage-Woche.
Schriftlich an confrontdruck, Spritzenplatz 5-7, D-22765 Hamburg-Ottensen
☎(0 40) 390 32 77

DTP-Kraft für Mac/Dos, Belichtung, Satz, Digitalmontage gesucht.
Schriftlich an F1-EDV-Belichtung, Spritzenplatz 5-7, D-22765 Hamburg-Ottensen
☎(0 40) 390 08 63

DruckerIn gesucht.
Wir suchen ab sofort eine/n Offset-DruckerIn für unsere 2-Farben-Maschinen 35x70 bzw. 70x100, auch in Teilzeit und/oder nach Vereinbarung.
Außerdem verkaufen wir einen nagelneuen **Streifenplaner (für 750 DM, frei Haus)**. Proline, H 90 x B 120 cm, 93 Planungsbahnen, 57 skalierte Planungsfelder á 20 mm, NP: 950 DM
Nachfragen an Ina Zagst, Kartenhauskollektiv Regensburg
☎09 41) 2 22 73, Fax 27 02 07
E-Mail: kartenhaus@t-online.de

PROJEKTE

Der **Lindenhof**, Bioland-Betrieb mit Akkerbau, Gemüsebau, Backstube, Direktvermarktung, sucht für Büro und Vermarktung Mensch mit Tatkraft und Ideen. Wir leben und arbeiten als Hofgemeinschaft mit 14 Großen und Kleinen in der Nähe von Braunschweig.
Lindenhof, Presseweg 6, D-38170 Eilum
☎(0 53 32) 35 47

Miteinander-Füreinander: Unsere Vorstellung ist ein selbstverwalteter, sozialpolitisch orientierter Gastronomiebetrieb (»Volxküche«) und selbstbestimmtes, gemeinschaftliches Wohnen in Hamburg. Wer traut sich mitzumachen? Weitere Infos unter:
☎(0 40) 39 51 51

Südfrankreich-Roussillon: suchen weitere Menschen aus Süddeutschland, um ein Gehöft mit Land zu kaufen und neu zu beleben. Obstbau- und Gästebetrieb, Backen, Handwerk, Selbstversorgung, Workshops, ...und mehr.
Chiffre: Sonnenwind

Nicht völlig anspruchslose, aber undogmatische Kommune(?) sucht belastbare LebenskünstlerInnen. Wenn Ihr Lust habt mit uns (z.Zt. 5w,4m,5 Kids) zu leben, mit allem was dazu gehört, dann kommt in die Finkenburg. Wir haben 2 Pferde, viele Hühner, 7 Schafe + Katzen auf unserem idyllischen Resthof 20 km südlich Bremens. Übrigens: Seit einem Jahr, befinden wir uns in Umstrukturierung, so daß Raum für Neue + Neues ist.
☎(0 42 04) 14 97
E-Mail: Finkenburg@t-online.de

»TRÄUME NICHT DEIN LEBEN, LEBE DEINEN TRAUM«
Der Reinighof (23jähr. Projekt) sucht Einsteigerinnen, gerne mit Kindern für wunderschönen Platz (Insellage). Einstieg in schon vorhandene Bereiche möglich: Textielb., Finanzen, Landwirtschaft. Für evtl. vorh. und passende Konzepte ist Raum vorhanden.
Wir freuen uns auf Dich!!!!!!!
Der Reinighof, D-76891 Bruchweiler
☎(0 63 94) 13 78

Sehr einfacher Selbstversorgerhof (Alleinlage) sucht Menschen. Raum für kl. Gemeinschaft, Selbstbestimmung und Konflikte gegeben. Notwendigkeit, Räume zu schaffen auch.
Eva (50) ☎(0 67 89) 72 43

Projektwerkstatt in Saasen (nahe Gießen): Nach den Kämpfen gegen Etablierung und Schöner-Wohnen ist die Phase eines leeren Hauses Vergangenheit. Schritt für Schritt nähern wir uns (demnächst zu dritt) der Vision eines politischen Zentrum mit politischer WG, die ihr »Heil« nicht in »Schöner Wohnen«, Reiki&Co., Sprücheklopfen und Abhängen oder möglichst viel Staatsknete sieht. Gleichberechtigt leben, Widerstand, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und vieles mehr – von Antifa bis Öko. Vorhanden: Wohnhaus, politische Arbeitsräume, Bibliotheken, Tagungshaus.

Gesucht: Leute mit radikalem Lebensansatz. Leben im Bauwagen oder in den Zimmern des Wohnhauses ... ob nun häufig unterwegs oder intensiv rund um das Haus tätig.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎(0 64 01) 90 32 83
E-Mail:
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de.

Großkommune in Südwestdeutschland:
Gründungsgruppe (nahe dem Objektkauf) sucht weitere Menschen, die sich am Aufbau der Kommune beteiligen – sowie Leute, die ihr Geld »sauber« anlegen wollen und ein Darlehen geben für den Kauf des Geländes.
Peter, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
Fax (0 56 05) 80 07 40

Wer leiht uns Geld?
Kommuneprojekt sucht Privatdarlehen zur Finanzierung des Hausumbaus: Beträge ab 1.000 Mark, Laufzeit ab 3 Monate; Zinsen bis 3%. Alles weitere unter:
Stadtkommune Alla Hopp, Hardenbergstr. 52-54, D-28201 Bremen
☎(04 21) 557 73 82
www.contraste.org/kommunen

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

gesund leben und einkaufen
von Abfallberatung bis Zimmereien

zum Entdecken und Stöbern: aktuelle Ideen, Projekte, Tipps, Behördeninfos, Adressen

weitere Ausgaben für HAMBURG · BERLIN · HESSEN · SCHLESWIG-HOLSTEIN · NIEDERSACHSEN/BREMEN

Hg. *BUND* · Infoline: 02102-9106-0
Verlag DAS *grüne* BRANCHENBUCH
Tel. 04532-21402 · Fax 04532-22077
www.gruenes-branchenbuch.de

Frisch im Zeitschriftenhandel und in Ihrem Naturkostladen

edition krisis: beiträge zur kritik der warengesellschaft

Krisis 23:
Krise der Politik - Politik der Krise

ca. 180 Seiten, Broschur,
DM 20 / öS 147 / sFr 19.50
ISBN 3-89502-101-6
November 1999

Aus dem Inhalt:

Franz Schandl: Das Phänomen Haider – Prototyp einer neuen Rechten in Europa?
Gerhard Scheit: Demokratischer Rassismus und Outsourcing des Staates Zum Verhältnis von Nation und Bande
Ernst Lohoff: Das neue Simulationsmodell Die sozialdemokratische Rückkehr zur Politik in Form der Notstandsverwaltung
Robert Bösch: Über eine Theorie des Mangels Zur Psychoanalyse von Jacques Lacan (Teil 2)
Rezensionen · Kommentare · Glossen

Horlemann Verlag · Postfach 1307 · 53583 Bad Honnef
Fax 02224-5429 · e-mail: horlemann@aol.com

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@aol.com; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hkgw@vossnet.de, **Internet:** http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **45127 Essen, Redaktion Ruhrgebiet,** Volker Windisch, Flashoffstr. 6, ☎ (02 01) 320 55 57, **E-Mail:** V.Windisch@gmx.de; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 98, **E-Mail:** ina@link-lev.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen,** Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08, **E-Mail:** netzhessen@t-online.de; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar,** 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, Fax (0 40) 36 03 11 59 05, **E-Mail:** k.regenauer@suedschiene.de, **Internet:** www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen,** Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, **E-Mail:** p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10829 Berlin,** Detlef Bansamir, Katzlerstr. 16, **E-Mail:** DetlefBansamir@gmx.de; Information & Kommunikation, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM!" Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, **E-Mail:** dietz@koma.free.de, **Internet:** http://komm.ffii.org; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

IM POSTFACH

Betr.: Eigenarbeit in Wolfen, CONTRASTE Nr. 188

Hallo,
fast war ich versucht, mein Abo zu kündigen, weil ich immer weniger finde, worin ich mich angesprochen fühle. (ich denke, ich werde zu alt für Euch...)

Nun aber: der Bericht über den Versuch der »Eigenarbeit« in Wolfen. Ich wohne ja nun seit fast 2 Jahren in den »Neuen« ...und habe auch ganz gut private Kontakte bekommen. Für mich ist es ziemlich klar, dass das Konzept, das in München oder sonst einer westdeutschen Stadt greift, nicht einfach so übertragen werden kann. Hier wurde lange alles »irgendwie« selbst gemacht und jetzt ist man froh, endlich kaufen zu können.

Ich glaube nicht, dass es NICHT möglich ist, die Menschen hier zu motivieren. Sie müssen endlich die Möglichkeit bekommen, ihr Selbstbewusstsein wiederzufinden, ihre Geschichte zu akzeptieren und das Beste aus der heutigen Situation zu machen. Solange sie sich TÄGLICH anhören müssen, dass »der Osten noch lange finanziell am Tropf hängen wird« und dergleichen Statements, wundere ICH mich nicht, dass da keine Eigeninitiative kommt.

Warum soll ein Kind den selbständig werden, wenn es ständig weiter die Flasche bekommt? Da hilft es aber nicht, sie einfach wegzunehmen. Zuerst muss man sie wirklich da »abholen«, wo sie sich gerade befinden und sie ernstnehmen und nicht dauernd »runterputzen«.●

Mit freundlichen Grüßen,
Maria Rosemeyer, Blievenstorf

Betr.: Renzension Food-Coop-Handbuch, CONTRASTE Nr. 188

Lieber Bernd Hüttner,
mit großem Interesse – und im ersten Abschnitt auch mit Freude – habe ich Ihre Rezension des Food-Coop-Handbuchs gelesen. Gerade im Bereich des selbstorganisierten ökologischen Handelns wird hier eine Lücke geschlossen, die bisher auf dem Buchmarkt bestand.

Der Zweck des zweiten Abschnittes Ihrer Rezension erschließt sich mir nicht. Welchen Sinn hat es, an dieser Stelle über den aktuellen Trend zum »ideologiefreien« Öko-Konsum, bei dem »kleine und bäuerliche Bio-ErzeugerInnen auf der Strecke« bleiben, zu lamentieren? CooplerInnen tun etwas!

Den dritten Abschnitt mit der Kritik des Kapitels zur Agenda 21 finde ich einfach ärgerlich. Das Buch, das Sie renzensieren, hat Food-Coops zum Thema und nicht eine politische Analyse und Wertung der Agenda 21. So berechtigt Ihre Einschätzung auch sein mag, Sie haben wohl beim Schreiben die Überschrift »Food-Coop-Handbuch« aus den Augen verloren und sich aus der Rubrik »Bücher/Broschüren/Zeitschriften« hinaus in eine Polit-Debatte hineingeschrieben.

Diese ausufernde, harsche Kritik am Ende der Rezension ist umso bedauerlicher, als sie ein Buch betrifft, das im Sinne von Ökologie und Selbstverwaltung von möglichst vielen Menschen gelesen und in die Tat umgesetzt werden sollte.●

Mit freundlichen Grüßen,
Paula Braceschi, Bochum

Betr.: Die Herrschaft über den Anarchismus? CONTRASTE Nr. 187, Seiten 10 bis 12

Liebe Leute,

nach dem Genuß des Lesens der Seite 9 gemäß Bezug habe ich auf den Seiten 10 bis 12 nur noch gestaunt. Aus den dort genannten Hinweisen auf Fundstellen lässt sich glatt eine Doktorarbeit über die Herrschaft über die Anwendung anarchistischer Ansätze im Jahre 2000 verfassen. »Herr«schaft alleine schon deshalb, weil die Männer die theoretische Diskussion be»herr«schen. Wo sind eigentlich die Praktiker (na ja: Kern, aber argumentiert auch gerne theoretisch; s. Antipädagogik; wobei mir Antipädagogik und Antipsychiatrie noch sympathischer sind, als Hegel und zeitlich vor- und abwärts) bzw. die Anarchafeministinnen geblieben?

Soweit ich von mir behaupten kann, dass ich mich für einen Anarchisten halte, und mir dies aus meiner Lebensführung heraus nicht widerlegt werden kann, verwahre ich mich dagegen, dass ich mich mit »Herr«schaftsansprüchen aufgrund theoretischer Ansätze auseinandersetzen muss, um zu beweisen, dass ich Anarchist bin. Und ich weigere mich explizit, zu belegen, wen (männlich) ich alles gelesen habe, um diesen Standpunkt einzunehmen.

Um auf Seite 9 (s.o.) zurückzukommen, kann ich aber eine Frau benennen, deren Buch mir gefallen hat: Ursula K. Le Guin, Heyne Verlag 1989 (printed), SF 4661, Planet der Habenichtse.●

Günter Greuel, Mainz

No Justice No Peace!
Broschüre gegen die schöne neue Expo-Welt

mit Beiträgen zu Kolumbien (Raul Selik), Mexico (B.A.S.T.A.; Münster), Nigeria (The Voice), Peru (Isac Vilasco), Indien/Nepal (Inhurred; Bremen), Türkei (XXX), BRD (Internationaler AntiExpo2000 Kontakt, München)

Bestellungen gegen 5 DM (20%Rabatt für WiederverkäuferInnen) an: antiexpo2000; c/o Infoladen; Breisacherstr. 12; 81667 München

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

STADTKOMMUNE ALLA HOPP

Leben & Arbeiten
– kollektiv & selbstbestimmt
Wochenendseminar in Bremen zu Kooperativen, Kommunen und Kollektiven. Wohnen, Leben, Arbeiten in einer Gruppe – wär das was für mich?
Termin: 30.6.-2.7.2000
Alla Hopp-Bauwoche 17.-22.7.200 for all und 14.-19.8. FrauenLesben only!
Information & Anmeldung:
Stadtkommune Alla Hopp
(Bonbonfabrik e.V./H.-Böll-Stiftung),
Hardenbergstr. 52-54, D-28201 Bremen
☎(04 21) 557 73 82

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 14 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 11.-13.8.2000
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
http://home.t-online.de/~tagunghaus

TAUSCHRINGE

Bundestreffen der Tauschringe
Die Tauschsysteme Karlsruhe, Wettersbach, Baden-Baden und Heidelberg planen das diesjährige Bundestreffen, das vom 29.9. bis 1.10.2000 in Karlsruhe stattfinden soll.
Geplant sind bisher folgende Schwerpunktthemen:
- **»Lokale Ökonomie im vereinten Europa«**
  Welche Möglichkeiten erwachsen aus den lokalen Nebenwährungen der Tauschsysteme im vereinten Euro-Europa? Welche Rolle haben Tauschringe im Prozess der Agenda 21?
- **»Bewertung der Arbeit im sozialen Miteinander«**
  Die klassische Lohn-Arbeitsgesellschaft mit »Vollbeschäftigung" ist nicht mehr erreichbar. Gleichzeitig nimmt die täglich zu verrichtende Arbeit weiter zu. Unbezahlte Arbeit ist nach wie vor schlechter angesehen. Welchen sozialpolitischen Entwicklungen wird durch die Tauschsysteme Vorschub geleistet? Welche anderen Wertesysteme können in Tauschringen erfahren und ausprobiert werden?
- **»Konsens und Dissens in der Tauschringbewegung«**
  Das Selbstverständnis der Tauschringe: Wir möchten Positionen der Tauschsysteme bestimmen, die uns in der politisch / gesellschaftlichen Auseinandersetzung mehr Kraft geben. Was ist Konsens in der Tauschringbewegung?

Natürlich soll es auch wieder Arbeitsgruppen zu den »Dauerthemen« der Tauschring-Szene geben (Vernetzung, Gründung, rechtliche Situation usw.).
Informationen: Tauschring.Karlsruhe, Hardtstr. 37a, D-76185 Karlsruhe
Fax: (07 21) 955 35 41
eMail: tauschring.ka@t-online.de

MEDIENARBEIT

Daten schützen – Post verschlüsseln Pretty Good Privacy für Ihre Daten und E-Mails
Wie verhindern Sie, dass Ihre E-Mails im Internet von den falschen Leuten gelesen werden? Die Antwort heißt PGP (Pretty Good Privacy), ein Verschlüsselungsprogramm für die Offline- und Online-Nutzung. Was sind Secret Keys und Public Keys? Wie binde ich PGP in verschiedene Mail-Programme ein? Auf dem Seminar werden die DOS- und die Windows-Version von PGP vorgestellt; Grundkenntnisse im Umgang mit DOS und Windows sind von Vorteil.
Termin: 27.6.2000, Frohburg b. Leipzig

Multimedia Produktion auf CD-ROM
Ein Multimedia-Drehbuch konzipieren und umsetzen
Bilder, Texte, Töne produzieren, eine interaktive Anwendung programmieren: Das Werkzeug »Toolbook« hilft dabei. Wie digitalisiere ich Bild- und Ton-Material, wie bereite ich es auf und schneide es? Wie verfasse ich ein Drehbuch für eine Multimedia-Anwendung? Wie konzipiere ich eine interaktive Benutzeroberfläche? Die Teilnehmer erhalten zum Abschluss des Seminars eine Ausgabe der CD-ROM.
Termin: 13.-15.7.2000

Recht des Journalisten Impressum, verantwortlicher Redakteur, Gegendarstellung
Die Informationsfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz wird durch die Landesmediengesetze eingeschränkt. Die Bestimmungen über Impressum, zum verantwortlichen Redakteur und zur Gegendarstellung muss jeder beachten, der Flyer, Broschüren oder Firmenzeitungen herausgibt. Das Seminar informiert: Wie sieht ein ordnungsgemäßes Impressum aus? Welche Pflichten hat der verantwortliche Redakteur? Wann können Sie eine Gegendarstellung fordern, und wie muss sie abgefasst sein? Welche Alternativen zur Gegendarstellung gibt es?
Termin: 20.6.2000
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

ÖKODORF-INSTITUT

20.-22.10.2000 Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in der ökol.-spirituellen Siedlung Lebensgarten bei Hannover.
12.-19. August ÖKODORF-Festival – Begegnung von Gemeinschaften und Suchenden in Gemeinschaft bei Mainz
Info zu allen Terminen:
Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33,
D-79688 Hausen im Wiesental
Tel./Fax (0 76 22) 67 13 22
E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

FRAUEN

Wissen, Bildung und Beratung für Frauen im ländlichen Raum
Termin: 7./8.7.2000, Berlin
Information & Anmeldung:
Dr. Uta Hoffmann-Altmann
Humboldt-Universität, LGF
Invalidenstr. 42
D-10115 Berlin
☎(0 30) 20 93 90 87, Fax -44
E-Mail:
uta.altmann@agrar.hu-berlin.de
www.agrar.hu-berlin.de/fle/

BUKO

Weltläden – ein Stück Welt von gestern?
Ein Seminar für Leute von heute und morgen, die die Welt ein Stück verändern wollen.
In diesem Seminar wollen wir uns mit der Entwicklung der Weltläden beschäftigen, ihren hoffnungsvollen Anfängen und den Veränderungen, die sich im Laufe der Zeit ergeben haben. Vor allem aber geht es um ihre Zukunft, und darum, wie trotz zunehmender (und begrüßenswerter) Professionalisierungstendenzen in den Weltläden der politische Charakter des alternativen Handels nicht in Vergessenheit gerät.
Dazu sollen ausgehend von der Situation der einzelnen Läden, Ansätze erarbeitet werden, die zeigen, dass es positive Beispiele gegen die Entpolitisierung gibt. Und dass Weltläden mit ihren Produkten und Inhalten keineswegs aus der Mode gekommen sind.
Termin: 13.-15.10.2000, Bielefeld
Information & Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32-34,
D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20
E-Mail: bukohh@t-online.de

RADIKAL REISEN

Russland – Moskau:
»Grund- und Freiheitsrechte«
Als neue Partnerorganisation werden wir uns die Jugend von JABLOKA anschauen und uns mit ihnen über die Lage Russlands vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen unterhalten. Den thematischen Schwerpunkt der Reise bildet der Bereich der (neu erworbenen bzw. zugestandenen) Grund- und Freiheitsrechte. Es sind Treffen mit Kriegsdienstverweigerern (und entsprechenden Unterstützungsorganisationen) sowie mit kritischen JournalistInnen geplant.
Termin: 20.-31.8.2000

Stadtpolitik und Demokratie *in* New York City
In den letzten Jahren hat sich die Debatte um die Zukunft der Innenstädte insbesondere (aber nicht nur) der Metropolen weltweit verschärft. Einerseits wird der Verlust öffentlichen Lebens in den Städten beklagt, andererseits werden die Bestimmungen über das Verhalten im noch existenten öffentlichen Raum in den Innenstädten immer restriktiver. Bei diesen, sich nun auch in deutschen Städten immer stärker durchsetzenden Tendenzen dient New York den deutschen Politikern als Vorbild.
Im Rahmen der Reise nach New York sollen die mit dem Argument der zunehmenden Standortkonkurrenz legitimierten Konzepte der Stadtpolitik in den Innenstädten der Metropole untersucht werden. So sollen zunächst die verfolgten Konzepte im Umgang mit dem städtischen Raum betrachtet werden: Vermarktung des öffentlichen Raums, Verbrechensbekämpfungspolitik, Umgang mit ethnischen Minderheiten und verschiedenen sozialen Gruppen und die Beschneidung von Freiheitsrechten aufgrund stadtpolitischer Interessen. Danach sollen unterschiedliche Gruppierungen besucht werden, die sich entgegen der offiziellen Politik mit dem Erhalt des öffentlichen Raums als Grundlage einer demokratischen Öffentlichkeit auseinandersetzen (Obdachlosenprojekte, Hurenorganisationen, studentische Gruppen, Reclaim-the-Streets-Organisationen, Stadtteilgruppen etc.)
Termin: 17.-29.9.2000

Israel – Tel Aviv und Jerusalem Postzionismus und Erinnerung
Um sich dem Gegenstand zu nähern, soll zunächst eine Auseinandersetzung mit der spezifischen Entstehungsgeschichte des Staates Israel mit besonderem Schwerpunkt auf die Rolle der Diaspora und des Holocaust bei der Gründung des Staates vor 51 Jahren geführt werden. Anlaufpunkte dafür können die Museen Beth-Hatefusot in Tel Aviv, in dem 2.500 Jahre jüdisches Leben in der Diaspora plastisch dargestellt wird, und Yad Vashem in Jerusalem sein. Darüber hinaus soll mit VertreterInnen unserer Partnerorganisation und HistorikerInnen dieser Prozeß diskutiert werden.
Inwieweit die kritische Betrachtung der Gründerphase Israels, gerade im Hinblick auf die Rolle, die dem Holocaust zugewiesen wird, durch die »postzionistischen« Historiker im Kontext der Veränderung des geopolitischen Gleichgewichts im Nahen Osten interpretiert werden kann, sollte Teil der Diskussion sein. Diese Auseinandersetzung gilt es gerade mit dem Hintergrund der aktuellen Erinnerungspolitik in Deutschland kritisch zu führen.
Termin: 18.-28.9.2000
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke,
Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

JUNGE LINKE

Kuba
Alptraum?
Überbleibsel?
Hoffnung?
Gegen wen haben Castro und GenossInnen damals eigentlich Revolution gemacht – und warum? Was haben die kubanischen KommunistInnen versucht, und warum haben sie das sowjetische Modell übernommen? Was waren die Unterschiede in Revolutionstheorie und Sozialismus-Verständnis und warum fielen sie hinten runter – und wie schade war das?
Eine Kritik des Realsozialismus und des Marxismus-Leninismus, die mal was anderes zu bieten hat, als »Menschenrechtsverletzung«, »keine Bananen« und Fraaaihaaiiit, ist das einzige was zählt« (Westernhagen), und trotzdem was zur Schwulenverfolgung, Knästen und Geheimpolizei zu sagen hat.
Was ist die spezielle Periode, die Kuba gerade durchmacht? Was bleibt vom kubanischen Sozialismus, wenn er nur noch in Nationalismus und Krisenverwaltung aufgeht? Oder tut er das gar nicht? Was tun Linke, wenn sie sich heute auf Kuba positiv beziehen? Und was tun wir, wenn wir es von links kritisieren?
Termin: 7.-9.7.2000
Info: junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Politische Verfolgung *in* der BRD
Ob es nun die KommunistInnenverfolgung in den 50ern, der Radikalenerlass oder der § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) ist – politische Verfolgung hat in der BRD eine lange Tradition. Es geht aber nicht nur um die KPD oder die RAF, sondern es können alle betroffen sein, die Kritik an diesem Staat und seiner autoritären Politik üben. Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, Antifaschismus- und Antirassismusarbeit sind ebenfalls Zielscheibe staatlicher Repression. So werden friedliche Blockaden zu Nötigung erklärt, antimilitaristische Positionen verletzen angeblich die Ehre von Soldaten oder die Grundrechte von konservativen Studierenden werden angeblich angegriffen, wenn antifaschistische Widerstandskämpfer an Unis auftreten.
Termin: 8.-10.9.2000
Info: jungdemokratInnen-junge linke sachsen-anhalt, G.-Hauptmann-Str. 18, D-39108 Magdeburg
E-Mail: lsa@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de/sachsen-anhalt

SOMMERCAMPS

Wendland-Sommercamp vom 22.-30. Juli 2000. Info Verdener Umweltwerkstatt, Atilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 71

Nur tote Fische kommen in die Zeitung, wilde Fische fliegen
Antinationales & linksradikales Sommercamp
Termin: 22.7-6.8.2000
Info: junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Radikaldemokratisches Sommercamp
Termin: 23.7.-6.8.2000 an der Ostsee
Info: JD/Junge Linke NRW, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23

NETZWERK BERLIN

22 Jahre Netzwerk Berlin
Anläßlich ihres 22jährigen Jubiläums spendiert sich das Netzerk Selbsthilfe Berlin eine Geburtstagsparty. Die Party steigt am 1. Juli 2000 ab 21 Uhr im EX, der Kneipe im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin-Kreuzberg (s. CONTRASTE Nr. 188, Seite 3).
Näheres zum Programm und zum Slogan »Netzwerk fördert politische, soziale und kulturelle Initiativen. Wir wollen eine bessere Welt« erfährt mensch unter
☎(0 30) 691 30 71

E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de

Anarchistisches Sommercamp
Termin: 21.-30.7.2000 bei Berlin
Info: Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, D-10247 Berlin
☎(0 30) 42 01 72 86, Fax 42 01 72 81
E-Mail: acamp@jpberlin.de
Internet: http://travel.to/acamp

SOMMERSCHULE

In der Arbeit von Dritte-Welt-Gruppen und -Initiativen hat sich in den letzten Jahren sehr viel verändert: andere weltpolitische und weltwirtschaftliche Konstellationen auf globaler Ebene, Weltmarktanpassung der sog. Entwicklungsländer, Abschied von Entwicklungskonzepten überhaupt; und auch die »konkrete Arbeit vor Ort« ist von neuen Strategien geprägt: Lokale Agenda 21, Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Kampagnen stehen aktuell im Vordergrund.
Unter dem Handlungs- und Aktionsdruck des Alltags in Dritte-Welt-Gruppen kommt die intensive Auseinandersetzung mit Themen und Problemen oft zu kurz. In der Entwicklungspolitischen Sommerschule wollen wir uns in ruhiger Atmosphäre und schöner Umgebung ausführlich (entwicklungs-)politisch, ökonomisch und (befreiungs-)theologisch weiterbilden und uns mit Schwierigkeiten und Perspektiven von Dritte-Welt-Arbeit auseinandersetzen. Eingeladen sind Engagierte und Interessierte *aus der Dritte-Welt-Arbeit.*
Termin: 28.7.-7.8.2000, Klein-Schwarzlosen / Sachsen-Anhalt
Information & Anmeldung:
Institut für Theologie und Politik,
Graelstr. 9, D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38, Fax 52 47 88

GARTENKONFERENZ

In den reichen Industrieländern sind s Ende des II. Weltkriegs Gärten immer mehr zu dekorativen Privilegien der Wohlhabenden geworden. Dennoch haben Gärten weltweit ihre Funktion als subsistenzorientierte Kleinstlandwirtschaft nie verloren. Tatsächlich rückt diese »ernährende Seite« von Gärten mit der in vielen Teilen der Welt anhaltenden Wirtschaftskrise wieder in den Vordergrund. Von Bolivien bis Russland, über Afrika und Europa, bedeutet Hortikultur Grundlage für Selbstversorgung sowie für sozialen Zusammenhalt und neue Formen sozialer Organisation.
Sowohl in landwirtschaftlich dominierten Regionen als auch in Städten wird Kleinstlandwirtschaft für Bürger ohne hinreichende Erwerbseinkommen immer bedeutender. In New York wie in Berlin müssen Kleingärten aber verteidigt werden. Obwohl sie nicht Ausdruck expliziter politischer Programme oder Bewegungen sind, treffen sie auf Widerstand. So müssen sich die gärtnerisch bewirtschafteten Flächen gegenüber spekulativen Interessen behaupten oder es kommt zu einer Kriminalisierung von Eigenanbau durch die Saatgutmonopole, die Absatz- und Einflussverluste fürchten.
Gartenfreunde aus aller Welt, aus ländlichen und städtischen Räumen, von KleinstlandwirtInnen bis hin zu WissenschaftlerInnen, treffen sich in Berlin vom 21. bis 25. Juli 2000, um Formen der Kleinstlandwirtschaft, ihre soziale, ökonomische und ökologische Notwendigkeit und Praxisprobleme zu diskutieren. Die Konferenz findet im Hörsaal 4 der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin statt.
Information & Anmeldung:
Arbeitsgruppe Kleinstlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land,
Podbielskiallee 64, D-14195 Berlin
☎(0 30) 314 713 26
Email: gartenkonferenz@gmx.de
Internet: http://userpage.fu-berlin.de/~garten/

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg